

Bernhard Kraut

Gefangen, auch im Erinnern



Mit allem – was zu mir zu
Boden fällt – mal' ich mit
glasfetten Strichen die
Romane
auf windfestem Staub
– und weiß mich dabei in
bess'rer Gesellschaft denn
beim Filtern des Wendesands

Max Koloman

© Bernhard Kraut,
A 1030 Wien, Neulinggasse 25/II/16
Telefon 0043 1 718 94 56
Email bernhard@kraut.co.at

Bild:
Das schöne Zimmer, Armin Guerino
www.guerino.at

Vorwort

Für die Länge eines Satzes gab ich der Eingebung nach, an meine geschaffene Erzählergestalt* zu schreiben. Und ich fand auch etwas Gefallen daran, mir eine Insel mit eigenem Personal, dem ich selbst namentlich angehöre, zu denken: ein durchaus nicht ungehöriger Wunsch ... Dem Schein aber noch mehr Glühbirnen einzudrehn? Das *Angerichtete* reichte längst, die Literatur ohne hochtönende Rede zu lassen – –

Max Koloman wurde erzeugt, als die uferlosen Fakten über das Vergangene und die Lektüre von abertausenden Widerreden gegen das Gegenwärtige die Flüsterer der Vergeblichkeit stärkten, die schon dabei waren, sich zu einem Chor in Divisionstärke zusammenzuschließen, und die nur noch auf den Einsatz zu warten schienen, um mich endlich mit *einer* Stimme zum endgültigen Gelähmtsein zu schreien: Verstumme ...

Ein unter solcher Bedrohung geplanter Text, der als bloße Dokumentation – trotz der politischen und rechtlichen Brisanz mancher seiner Belege – nicht mehr als eine Hinzufügung geworden wäre, verlangte nach einer Form, die zum einen die Fusion der Flüsterer in mir rückgängig machen konnte, und zum anderen auch Inhalt ist – die Fakten sind ohnehin täglich in Gesellschaft von scharfen und präzisen Kommentaren zu lesen, zu hören und zu sehen.

Im sogenannten staatsbürgerlichen Alltagsleben ist die Politik ein fester und selbstverständlicher Bestandteil, der zu keiner Stunde der scharfe Wind der Vergeblichkeit bläst, und der die Steine auf den Berg gerollt werden, ohne einen Gedanken darauf zu verwenden, niemals den Gipfel zu erreichen. Ganz anders ist es freilich, wenn es gilt, Politik im *Schreiben* noch – –

* ... Max Koloman,
dir wird es kaum seltsam erscheinen können, daß ich an meinen Erzähler schreibe ... Ich werde es aber nicht so weit treiben, dir für die gemeinsame Arbeit zu danken, und ich werde auch nicht die Frage stellen, weshalb ich mich selbst als deine Figur wiederfinden muß, die offenbar für das Durchspielen von Möglichkeiten zu stehen hat, die, behaupte ich, unmöglich sind ...

Für manche Leser werden die enthaltenen Dokumente von Interesse sein, vielleicht sogar eine Unterstützung darstellen für ihr weiteres politisches Handeln; für manch andere Leserinnen wiederum, die stets um aktuellste Informationen selbst bemüht sind, wird mehr die Gestaltung des Textes im Vordergrund stehen, und sie werden daran vielleicht sogar Vergnügen finden, ohne aber deshalb, wie ich selbst, seine politische Eindeutigkeit außer Acht zu lassen.

Aus dem Konzeptbuch des Herrn Koloman

Ich möchte gestehen, daß es mir leichtfällt, Namen für Figuren zu finden, seit ich darauf setze, sie von Menschen zu leihen, die ich an einem zu einer Geschichte passenden, jedoch in ihr dann nicht vorkommenden Ort oder bei Ereignissen aufschnappe und auf Vorrat lege, die für mehr Eventualitäten eingerichtet sind, als eine Figur kennenlernen [kann.]*

Die Biographien der mit was für Namen immer Gerufenen finden keine Berücksichtigung, oder wenn, dann in der Art von Hilfslinien, die das Führen der Mine zu Beginn erleichtern, aber mit jedem zur vorgestellten Wirklichkeit sich schwärzenden Strich wieder nach und nach weggeschaltet werden können.

»Bernhard Kraut« und »Karl-Heinz Petritz« laden mich in die angeräumte Kammer, um es ebenso (voneinander separiert) wie Edda Kellerhals und Moritz Schreiweiß zu versuchen, mich mit annehmbaren Argumenten davon zu überzeugen, weshalb ich mit keinem andren Namen als »Karl-Heinz Petritz« für diese eine noch namenlose Figur der Romane, deren Wurzeln ich mir eben vornehme freizulegen, weshalb ich mit keinem andren Namen als »Bernhard Kraut« für diese eine noch namenlose Figur der Romane, deren Grundachse in einem Buch nicht vollständig abzubilden sein wird, mich wieder ans Tageslicht zu holen hab’.

Die Namen hörte ich vor mehr als zwanzig Jahren in Klagenfurt, in der Reitschulgasse vier. In diesem einz’gen (soweit ich mich unterrichten ließ) je in Kärnten widerrechtlich bewohnten Haus mit Vorgarten verbrachte ich einige Nachmittage und Abende. Wir werden das eine oder andre Mal bei Tee und linkem Diskurs an einem Tisch gesessen sein; wir werden wenig bis nicht miteinander gesprochen haben – –

* *Anmerkung der Herausgeberin.*

In seinem Logbuch findet sich ebenfalls dieses Bekenntnis, aber um eine Leseanleitung erweitert, die wir für das Verstehenkönnen als hilfreich erachten. Die Aufnahme des vom Autor für keine Druckfassung Bestimmten in Form von Fußnoten respektiert, wie wir meinen, angemessen seinen Willen:

[...], jedoch als Pendel zwischen ihrem sie nie verlassendem Möglichen und dem Umgesetzten uns dazu bringen kann, sofern wir dem Dahinterkommenwollen zu erliegen den Vorzug geben, immer wieder nachzuschlagen, um doch eines weiten Spaziergangs den Erzählhimmel ganz aufgeklart zu schauen.

»Bernhard Kraut« hörte ich nach diesem *Sommer der zweisprachigen Besetzung* nie wieder; »Karl-Heinz Petritz« sehe ich ab und an am Fernsehen, still bereit neben seinem Herrn, seinem Landeshauptmann Dr. Jörg Haider.

»Karl-Heinz Petritz« und »Bernhard Kraut« behaupten ihre Plätze für einen letzten Wahlgang. Trotz der Ahnung um jedwede Vorläufigkeit entkomme ich ein weiteres Mal nicht dem: *mich end-gültig zu entscheiden*. Und es ist mir (wenn ich mich nicht aufs glücklichste festlegen kann) ein brauchbares Gesetz: es dann in einem Spiel zu finalisieren.

Diesmal setze ich auf einen Auszählreim.

Ein Spielstand, mit dem ich zufrieden sein will: scheinen doch meine Überlegungen mit dem Reim die Tasten beim Ausfüllen der Geburtsurkunde für diese Figur anzuschlagen.

Es könnte der eine oder die andre, da der Taufname jetzt zweifelsfrei zu lesen ist, einwerfen, es wäre eine *salomonische* Lösung insofern möglich, eine der weiteren Figuren eben »Karl-Heinz Petritz« zu rufen – diese würde aber alles schwarzweiß rahmen ...

Gefangen, auch im Erinnern

Einklang

Die Last, in das Dasein sich einpassen zu müssen, drückt mich gleich allen in die Megalomanie, aus der eigenen Generation vortreten und für sie Entscheidendes zu sagen, das dem Gedachten vorangegangener Generationen gerade noch eine historische Attraktionsprose auf der Fortschrittsleiter zuweisen, kommenden Generationen aber sie leitende Erkenntnis bleiben soll. Und doch erzählen diese von jeher während des Verschmaufens vom Durcheilen der Gänge im Labyrinth entstehenden und jeder Generation sich wie zum ersten Mal hingebenden Reden zugleich von dem uneitlen Bemühen um das Vergangene, von der ichthobenen Sorge um das Gegenwärtige und Zukünftige, von der Hoffnung, das Rad der Vergeblichkeit doch anhalten, ohne Abwertung differenzieren, Zusammenleben ideal noch gestalten zu können.

Und diese den Menschen der Zukunft versprochene Wirklichkeit, die jede Generation wie durch ein (weshalb es nicht) Wunder (nennen) stets von neuem – trotz der Weltgeschichte als ihren Spiegel – und in ihr selbst bereits vollendet sich erhofft, gibt es nicht verloren, das seit Kalendern in Überlieferungen so reichlich vorhandene, aber nie mit aller Entschiedenheit Umgesetzte wieder und wieder neu kopiert zu formulieren, bis endlich aus den Kopien eine für Zusammenleben ideale Vorlage sich zeichnet.

Auf diesem Hintergrund sind die zu mir genommenen Anschauungen als Bemühen zu lesen, nach handlungsanleitenden Schriften in dem leergeräumten Geschichtsraum zu suchen, in Vertrauen darauf, es müsse eine zur Orientierung noch taugliche Schrift in den vollgeräumten Geschichtsräumen zu finden sein.

G. Heym, *Journal des dérapages*

Wenn ich mit im Chor der Empörer meinen Ton stimme, so nicht als Österreicher und einer, der Österreich liebt, haßt oder, Gipfel nationaler Verstiegtheit, liebhaßt, sondern als einer, dem der Sinngehalt, die Bedeutung von »Blut und Boden« als reine physikalische Notwendigkeiten mit »nicht genügend« zu benoten, sich nicht erschließt, und einer, der mit dem »Österreich« gerufenen Boden lediglich eine Staatsbürgerschaft einschließende Erbschaft verbindet, die auch ihren Eltern bereits bei ihrer Geburt als eine der ersten Ketten angelegt wurden, gleich allen, die mit dem Nachteil geboren werden, in eine Menschenwelt geboren zu werden.

Wäre die auch in dem Gebiet, in das hinein ich geworfen wurde, herbeigeredete Grenze im letzten Jahrhundert um nicht mehr als vier Dutzend Kilometer versetzt errichtet worden, ich wäre »Jugoslawe« und durch die Ereignisse in seinem letzten Jahrzehnt »Slowene« gerufen worden, wodurch es mir, wird dieser Satz mit diesem Gebiet als willkürlich gewähltem Beispiel zum Punkt geführt, neben weiteren nicht möglich ist, mir aufgrund meiner nationalen Zuordnung einen ersten, irgendeinen Rang vor national anders Gerufenen zuzuweisen, mich dadurch im Dasein glücklich wie unglücklich zu sehen, »Jugoslawe, Slowene, Österreicher« oder, auch diese Einsperrung hätte Revierwirklichkeit werden können, »Deutscher« gerufen zu werden.

Es treibt mich nicht ausufernder Individualismus, die Bedeutung der nationalen Zuordnung mit Null zu veranschlagen, sondern die Wertung der Fakten führt zu einem Ergebnis, an dem auch Furcht davor Anteil haben mag, das ohnehin kaum Gesicherte und stets für kurz nur Beständige in einem Menschenleben noch durch Hinwendung an eine ausschließlich kategorische Pflicht befehlende Nation, die einzig für Verschub und Vernichtung einen festen Zinssatz durch die Zeiten garantiert, von noch mehr Unbeeinflußbarem abhängig zu machen, das Erwartungspotential somit mutwillig zu vergrößern.

Gegen die Seinsverkümmern und Existenzbehinderung durch fehlgeleitete Energien, verspielte Einsätze, vergebliche Anstrengungen für jedwede Nation, die nur zu einem allzeit bereit sind, den einzelnen in jedem Augenblick seines Daseins ungehört, achtlos im Allein gehalten sich selbst verscharren zu lassen, ist in der Schrift eine Antwort zu finden – – was für eine soziale Ordnung, wird mit zukunftsgerichteter Hoffnung Vergangenheit geschaut, wäre mit diesen Anstrengungen, Einsätzen, Energien bereits zu schaffen, wie wären *Zusammenleben ideal* schon zu gestalten gewesen :würde die Heimadresse des Ausrufezeichens nicht der Appellplatz sein, hier wäre es zu setzen.

Wenn ich widerspreche, so nicht in »Österreich«, sondern Zuständen, die aus meinen Vorstellungen von *Zusammenleben* heraus überall, gleich wie der Boden gerufen wird, nicht zu unwandelbare und in diese sich einpassen zu müssende Gegebenheiten sich verfestigen dürfen. Es geht mit darum, eine Rede zu versuchen, die emotional kraftvoll genug ist, um zur Mitarbeit am Verwirklichen *idealer Zusammenleben* zu bewegen, wie (in brutal personalisierten und autoritätshörigen Geschichtserzählungen) die Reden von Johann Gottlieb Fichte eine Nation herbeizureden vermochten – – eine solidaritätsstiftende Rede also zu versuchen, die von allem (wie auch immer katalogisierten) Nationalen gereinigt ist.

Es geht gewiß nicht darum, Wolfgang Schüssel als einen für »Österreich« schädlichen, das »Ansehen Österreichs« beschädigenden Bundeskanzler zu vermessen, sondern es in das rechte Verhältnis zu bringen: durch Wolfgang Schüssel ist die in einem demokratischen Rechtsstaat gesiedelte Gesellschaft einem weiteren Risiko ausgesetzt, weil in dieser Tausende »Wolfgang Schüssele« zu rufen sind, und diese Schar bedroht zusätzlich die allen einschließlich sich selbst mühsam abgerungene Minimalausführung einer demokratischen und sozialen Ordnung – – nicht nur, wird die Verweiswirkung miteinbezogen, auf dem »Österreich« gerufenen Boden.

Ob dieser Koloß von Behauptung hierfür auch Belege in seinen mahnenden Händen hält ...

Die Entscheidung, den hier zur Verfügung stehenden Schreibplatz entweder mit einer Wiederholung des Bekannten zu füllen, die Informierten also noch einmal zu informieren, oder hier die Behauptung schlicht als Einleitung zu einer von jedem selbst zu schreibenden Evaluation der bereits zwei Jahre haltenden Regentschaft von Wolfgang Schüssel stehen zu lassen, zugunsten der Präambel zu treffen, fällt leicht, zumal einer Wiederholung bloß der Rang einer Fleißaufgabe zugestanden und unterstellt werden müßte, die Einbahn mit fortzubauen: die Informationsgesellschaft zwar zu bedienen, sie aber nicht konkret als Verband von Informierten wahr- und ernstzunehmen – – die folgenschweren Auswirkungen auf die demokratischen und sozialen Strukturen, die Rechtsstaatlichkeit, auf Kunst und Kultur, die Medien und so fort werden nahezu täglich von Berufeneren ausführlich dargelegt.

Die Bank, auf der hier Platz genommen wird, heißt »Vergessen« und dem Tisch davor, auf dem dieser Text ausgebreitet wird, ist »Erinnern« eingeritzt.

Es geht mithin darum, zu erinnern, daß Wolfgang Schüssel mit dem Besiegeln des Paktes mit Jörg Haider, mit der Bildung einer Koalitionsregierung mit der Freiheitlichen Partei neben weiteren vergaß, daß die zur Zähmung sich ausgesuchte Widerspenstige nicht »Jörg Haider«, sondern »die auf der Verfassung tanzende machttolle Freiheitliche Partei« heißt. Diese Erinnerung ist lebendig zu halten, weil die Freiheitliche Partei in ihren letzten zwei Regierungsjahren die Aufweichung rechtsstaatlicher Prinzipien weiter forciert versucht hat, um ihr Ziel zu erreichen, »ihre dritte Republik auf evolutionärem Wege zu errichten«, wofür ihr die ÖVP, die im Schatten der Eiche selbst ihr christlich-soziales Machtglück wieder zu finden hofft, als immer zu knapper Schurz dient, denn um die historischen Parteihautfarben ganz verdecken zu können, bedürfte es eines Tuches tellurischen Ausmaßes. In einer Polemik würde die Verdächtigung von Jörg Haider, daß »Nationalslowenen in Kärnten sich ein slowenisches Territorium erschleichen wollen«, sich vorzüglich für einen sein Bekenntnis einschließenden Returnsatz eignen: »Der nationale und sich zur Mehrheit der Deutsch-Kärntner als »seinem Volk« bekennende Jörg Haider will sich seine Dritte Republik erschleichen.« »Jörg Haider« steht, wie »Wolfgang Schüssel« für viele außerhalb, für alle innerhalb der Freiheitlichen Partei, die mit diesem Namen zu rufen sind.

*
* *

Menschgemäß stünde es mir frei, »Österreich« zu verlassen, dem schnell zur Hand habenden Rat von in Nationalstaatlichkeit Eingekerkerten zu folgen, die Wange selber einem Ratschlag hinzuhalten, der nichts anderes ist als der aus Superioritätswahn gespeiste Wille von Inferioren, den Staat von allen Fragenden zu »säubern« und alle zu »deportieren«, die es als Selbstverständlichkeit ansehen, den Marsch in die Stollen der ausschließlich durch Feinderschaffung wieder zu gründen wollenden »Volksgemeinschaft« nicht mitzumachen, und auch auf ihre schwach ausgeleuchteten Wände Bilder der Offenheit, des Diskurses, der Achtung vor dem Anderen und vor der Andersheit zu projizieren.

Verließe ich »Österreich«, komme ich wieder in »Österreich« an, erneut in einem Nationalstaat also, in dem sofort nach meiner nationalen Zugehörigkeit gefragt wird in Verbindung mit der augenblicklichen nutzlosen Beurteilung meiner Person nach nationaler Zugehörigkeit, während die für *Zusammenleben* tatsächlichen Notwendigkeiten zur Beliebigkeit hinabgestuft werden. Mit der

größten Selbstverständlichkeit werde ich nach meiner nationalen Zugehörigkeit gefragt, während die Fragen nach meinen Vorstellungen des Gestaltens von *Miteinander* nicht gestellt werden, nachgerade, als ob damit verschwiegener umzugehen wäre als mit sexuellen Orientierungen.

Welchen Wert für mein Leben und für das Leben derer, die unmittelbar wie mittelbar mit mir zu tun haben, können die Anderen, kann ich dem zumessen, stellte ich mich vor uns hin und verkündete: »Ich bin Österreicher« oder dem »Ich bin ein »anderer« Österreicher« :würde die Heimadresse des Fragezeichens nicht die Verhörzelle sein, hier könnte es gesetzt werden.

Auch den Parteigängern des »anderen Österreich«, diesen oftmals mit in Hyperkritik gewandete Hypokrisie Auftretenden, ist aus ihren *politisch korrekten* Reden ihr nationales Hergerichtetsein herauszuhören. Wie die Masse »Wolfgang Schüssel« das *ihre Gute für »Österreich«* will, wollen diese *das Gute im Namen eines »anderen Österreich«* und sind mit »Wolfgang Schüssel« geeint in der Art, wie sie ihre Reden intonieren, *ibr »Wir«* zum nationalen, freilich »anderen« Gleichschritt einmahnen und in ein *für sie sein* zwingen. Wie viele von ihnen, die heute das »andere Österreich« kleiden, werden in Jahren (da die dann vergänglichen Namen jetzt nicht zu kennen sind, sollen die noch gängigen Namen) »Wolfgang Schüssel« und »Jörg Haider« (weiterhin Verwendung finden) zu rufen sein :diese Unterstellung wartet vergebens darauf, von Frage- und Ausrufezeichen gemeinsam ausgezeichnet zu werden.

*
* * *

Mit dem Vers »Dort, wo der Regen viel sanfter regnet« verbietet Wilhelm Rudnigger, obgleich von ihm das Gegenteil angestrebt, bereits das Schielen nach »Heimat« und vernichtet jede Berechtigung, die nationale Zugehörigkeit zur grundgegebenen Lebensglückvoraussetzung zu erheben. Jede (positive wie negative) feierliche Äußerung zu »Blut und Boden« ist in der Diagnostik Befund genug, Schwachsinnigkeit zu attestieren.

Mit Wilhelm Rudnigger hält endlich, worauf gewiß schon gewartet wurde, der Devotionalienzug Vergangenheit vor der Ampel Gegenwart, nicht aber um auf das »Niemals Vergessen« den Eid zu erneuern, sondern »Vermutungen« von Rudolf Burger mit dem Licht des Erlebten auszustrahlen.

Verehrter Professor,

es mag Sie erstaunen, daß ich als einer aus der Masse, die bloß »immer mit dem Überleben beschäftigt« sind, meinen Brief mit

einer These einzuleiten vermag, aber auch dem Überleben sind Momente für das Herausputzen der eigenen Person abzurufen. Man muß schon ein sehr »wohlwollendes und selbstgefälliges« Eigen»bild« haben, hätte an der Stelle auch formuliert werden sollen, um sich selbst aus dem *Mit-dem-Überleben-Beschäftigtsein* nehmen zu können.

In Österreich wurde für das »Vergessenkönnen« nichts, für die Schaffung seines nationalen Mythos alles getan – das »Vergessenkönnen« muß aber, soll es denn nicht in behaglich möblierten Zimmerfluchten zu einem weiteren bloßen Muster ihrer intellektuell ansehnlichen Zitatentapeten werden, im Fabriktag praktisch ermöglicht werden.

Ihnen vom Fisch der *akademischen Philosophie* sich Nährenden ist es müßig, die Belege des Umgangs mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in Österreich ab dem Jahre 1945 bis herauf zum Briefdatum zu listen – so kann ich mich auf das Erlebte konzentrieren. Woran ich mich zu erinnern genötigt sehe, möchte ich Ihnen in einem Stenogramm berichten:

Ab meinem siebzehnten Lebensjahr mußte ich damit beginnen, alles zu vergessen, was mir im nationalstaatlichen Geschichtsunterricht gelehrt wurde: ich mußte auf eigene Kosten noch einmal und wohl zum ersten Mal tatsächlich Zeitgeschichte lernen; ich mußte das in der Pflichtschule übermalte Bild der Dichter als *Menschenfreunde* und nur *Liebe* und *Heimat* Zugewandte selbst mühsam von den Farben des Schönen reinigen, um sie in der tatsächlichen Gesamtheit ihres literarischen Schaffens und politischen Handelns erfassen zu können.

Ich, der den Nationalsozialismus physisch nicht erlebte, hatte nichts zu vergessen und wurde doch von denjenigen, die das »Ein kleiner Hitler g'hört her!« als »Amen« in ihren zu allen möglichen Themen geführten Reden setzten, ständig genötigt, mich an das »Dritte Reich« erinnern zu müssen. Jeder Böllerschuß in der Ferne war, in Einklang mit diesem »Amen«, ein Schuß aus einer »Stalinorgel«, der ihnen zur sofortigen Gewißheit wurde – »Der Ruß' kommt!«

Als es mir endlich möglich war, Zugang zu den vor uns Gleichaltrigen in der Region selbst unter Verschuß gehaltenen

Akten zu bekommen, war mir das Vergessenkönnen von dem in meiner Kindheit und ersten Jugendzeit Erlebten und des uns von ihnen mitgegebenen und als ausreichend für das Erwachsensein eingestuften Geschichtsbildes verwehrt, denn jedes Dokument, jeder Bericht über die *nationalsozialistische* Vergangenheit nötigte mich dazu, an diejenigen mich erinnern zu müssen, die in unserer Knabenzeit schon vom »Vergessen«, vom »endlich zu ziehenden Schlußstrich« sprachen, während sie gleichzeitig nicht oft genug wiederholen konnten: »Ein Hitler g'hört her, nicht ein großer, nur so'n kleiner!« und »Er hat ja nichts davon g'wußt!«

Es wird hier nicht ein ganzes Dorf zu einer nationalsozialistischen Burg hochgebaut. Menschgemäß sprachen nicht alle einen *neuen* »Adolf Hitler« herbei, bloß, es widersprach niemand, jedenfalls nicht mit in Erinnerung bleibender Entschiedenheit. Manche nickten leicht aufseufzend zu diesen *Sprüchen* und wandten sich sogleich schweigend ab; mit dem Deuten dieses mit Seufzen und Schweigen einhergehenden Nickens und Abwendens war ich als Bub aber zu sehr gefordert; ich fand hierfür keine Erklärung, und niemand fand sich, es mir erklären zu wollen. Heute versuche ich mich in der Annahme einzurichten, daß es kein zustimmendes, sondern ein um das Grauen wissendes, ungläubiges Nicken und Verstummen vor der Mehrheit und um des Dorffriedens willen war. Und es gab auch noch jene Gruppe, die diese *Sprüche* einfach unter für sie ohne Belang seiendes Gerede reihten und ansatzlos weiter über das für sie eben Wesentliche sprachen, im Grunde aber ihr Dasein autoritätsergeben gestalten ließen, ohne erfassen zu können wollen, wie sehr Sprache bereits (zukünftige) Handlung ist.

Im Gedächtnis sind trotz der herbeigesehnten endgültigen Veräußerung weiterhin gelagert: das den Nationalsozialisten entgegengebrachte Verständnis; das Kleinreden der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen als nicht zu verhindernde, weil *menschgegebene* Begleiterscheinungen jedweden Krieges; das Verschweigen vorhandener Dokumente; das selbstaufgelegte Verbot der Auseinandersetzung mit dem und, obgleich für mich damals keine zur Wahl antretende nationalsozialistische Partei auszumachen war, die fortwährende und unwidersprochene Reklame für den Nationalsozialismus. Wie aber könnte ich noch,

wäre ich bereits frei von diesen *Ablagerungen*, die Dimension von deutsch-völkischen Topoi, die auch von einem österreichischen Landeshauptmann verwendet werden, ermessen?

Was sie anscheinend alle wußten und »Er«, Adolf Hitler, angeblich nicht wußte, wollte auch ich wissen, denn im Übergang vom Kind zum Jugendlichen sah ich Adolf Hitler als einen von der Gemeinschaft ausgeschlossenen und dümmlichen Mann, da er doch das, was alle wußten, offenbar nicht wußte, und ich wollte kein Dorftrottel wie Adolf Hitler werden, der mit Spott und Gelächter als einzige Aufmerksamkeit sich zu begnügen versteht und vor dem alle Geheimnisse haben. Bald schlichen sich bei mir aber Zweifel darüber ein, denn niemand lachte über Adolf Hitler, hingegen wurde sein Name stets mit größtem Respekt gesprochen. Allmählich spekulierte ich, daß das von Adolf Hitler angeblich Nichtgewußte etwas *Schlechtes* sein muß, denn im Gegensatz zum *Guten* wurde das *Böse* nie ausgeschmückt; Beispiele für das *Gute* und für die »großen Leistungen von Adolf Hitler« waren ihnen vor allem die »Autobahnen« und das »die Menschen in Arbeit bringen«. Also mußte Adolf Hitler, sinnierte ich damals, wenn dies »alles von Ihm geleistet wurde«, vom *Guten* gewußt haben, nachgerade wie meine Großmutter vom Anzug des Meßdieners zu sagen wußte, daß dieser von ihr gut geschneidert war, das *Böse* aber vor ihm verborgen wurde, wie ich es meiner Großmutter verheimlichte, mir beim Gerangel nach dem Kirchgang Löcher in ihren mir geschneiderten und gut passenden Kommuniionsanzug gerissen zu haben.

Wie klar war es für mich damals, daß jemand, der »soviel Gutes« tat, »nichts Böses« tun und »nichts vom Bösen« wissen konnte; und weil mir die Dorfgeschichte eine gute Zeugin war, mußte ich mir nicht mal selbst einen Beweis basteln:

Ein Bauer, der stets freundlich und hilfsbereit gegen alle war, wurde beschuldigt, genährt noch durch boshafte Tratsch, seinen Hof selbst angezündet zu haben, um eine beachtliche Schadenssumme zu kassieren. Als seine Unschuld bewiesen war, dachte ich mir Adolf Hitler als diesen Bauern, der nie etwas Schlechtes den anderen im Dorf nachsagte und über Adolf

Hitler selbst »viel Gutes« zu berichten wußte; so wurde mir Adolf Hitler durch diesen unschuldig verdächtigten und hochanständigen Bauern ein nicht zu fürchtender, sondern ebenfalls zu achtender Mann, und ich hätte – mit meinen zwölf, dreizehn Jahren – ihn Leopold Wagner vorgezogen, ohne Bedenken Adolf Hitler, dessen erster Fürsprecher mir dieser untadelige Bauer wurde, meine Wahlstimme gegeben.

Und wieviel kindliches Philosophieren brachte mir damals auch die weit verbreitete Meinung zu einem Film, der deshalb als gut befunden wurde, weil »Er« nicht gezeigt und es für jeden Schauspieler als eine unerfüllbare Aufgabe angesehen wurde, »Ihn, den in Seiner Größe nicht Darstellbaren« angemessen spielen zu können; schließlich fand meine kindlich-religiöse Grübelelei ihren Schluß in der durch die von unserem Pfarrer oft zitierten Worte »Du sollst dir von Ihm kein Bild machen!« gestützte Erkenntnis: »Gott heißt Adolf Hitler.«

Durch die Gemeinschaft wurde ich, womit ich meinen Dorfrundgang beenden möchte, in schlimmster Lesart, zum *für die Akkordarbeit im wieder zu errichtenden »Industriekomplex Auschwitz-Birkenau« Hergerichteten*, in schlimmer Lesart zum *nach dem Verbotsgesetz zu verurteilenden Revisionisten* erzogen. In beinahe schon milder Lesart bleiben noch das mich *in Unwissenheit Belassen* und das mich *in Unwissenheit Halten wollen, gleich einem Ochsen auf der Oktoberweide*. Es wurde, in wohlwollender Lesart, mir selbst überlassen, *mich kundig zu machen*, wenn auch kein Zweifel darüber aufkommen konnte, daß ein über das im Dorf akzeptiertes hinausreichendes Wissen, wie auch in allen meinem Dorf nahen Ortschaften, abgelehnt wurde und den Ausschluß aus der Gemeinschaft zur Folge gehabt hätte.

In diese *Welt* wurde ich 1959 hineingeboren, in der 2002 Jörg Haider den Landeshauptmann gibt, der es nicht zum *europäischen* Kanzler bringen wird, aber für Kärnten, um dieses und nicht Jörg Haider pointiert zu charakterisieren, wieder einer von der *Vorsehung Gesandter aus dem Oberösterreichischen* wurde.

Hätte ich »nie ein Buch gelesen« und wäre es mir nicht widermenschlich erschienen, sich selbst unnötigen Schmerzen auszusetzen, ich wäre wohl mit einem »Baseballschläger«

losgezogen, ohne mir je dabei im geringsten bewußt zu werden, woraus mein Kärntner Anzug auch geschneidert ist. Dieser in meiner Kindheit für mich bestimmte Lebensentwurf, die »real nicht wie »Karthago« und das »Dritte Reich versunken« ist und mich auf meinem Weg zum alten Mann bis vor die Bahre begleiten wird, schließt Ihnen meinen Brief mit der Bitte: Sollte ich Sie für mein »Herz ausschütten« mißbraucht haben, so hoffe ich auf Ihre Nachsicht mit einem, der es nicht besser als mit seinem Erlebten zu sagen weiß.

Ihr, aufrecht an Ihren Zeilen hängender
Moritz Schreiweiß

Die Kindheits- und Jugenderlebnisse werden Moritz Schreiweiß, wie er *dramatisch* ausführt, Weggefährten bleiben, und es könnte gemutmaßt werden, daß Moritz Schreiweiß jetzt der Meinung ist, daß im gegenwärtigen »Österreich« diese *Art des Umgangs mit der nationalen Vergangenheit* ebenso »real versunken« ist wie das »Dritte Reich« oder »Karthago« und diese *Geschwulst* lediglich in den Grenzen »Kärntens« noch zu wuchern vermag, aber ihr Fortbestehen im übrigen beziehungsweise ihre neuerliche Ausbreitung auf das übrige »Österreich« erfolgreich behandelt beziehungsweise verhindert werden konnte. Moritz Schreiweiß wird, liest er die nachfolgenden Anmerkungen, so die Hoffnung, Verständnis für die ihm unterstellte Ansicht aufbringen.

Zur Erklärung, weshalb hier gerade auf den bereits wohl sehr vergessenen Wilhelm Rudnigger zurückgegriffen wird, ist ein Zwischenstopp in 1989 einzulegen: in diesem Jahr stellte ich meine Theaterarbeit »Rezitationsabend zum 10. Oktober, der heuer auf den fällt – Kleine Schweinereien von Ernst Moritz von Arndt bis Volkmar Haselbach« in eine Endfassung, in der eine Figur ohne Differenzierungsvermögen im Monolog sich eine *tugendhafte Existenz* erredet – die für die weiteren Ausführungen daraus trotzdem zum Teil verwendbaren Passagen:

»Vergangenheitsbewältigung
Unverständnis und Schurkerei
nichts anderes
Spricht ein Antifaschist
hören wir einem Schurken zu
unweigerlich einem parteipolitischen Schurken
menschgemäß keinem anderen
60 Millionen Selbstmorde
ein Jubiläum
Heimkehr Österreichs
ein Jubiläum
Für jedes Jubiläum
einen Club 2
Menschgemäß keinen Club 2

ohne Katholiken
 praktizierende Katholiken

[...]
 Da marschieren sie auf
 mit ihrem SA-Holzpferd
 Kritisieren
 Heldenhaft wehren sie den Anfängen

[...]
 Sie kritisieren die Vergangenheit
 nie die Gegenwart
 immer die Vergangenheit ist das Ziel
 Waldheims Vergangenheit
 Aller Vergangenheit
 Vergangenheitskritik ja
 Gegenwartskritik nein

[...]
 Neuevangelisierung und Heimat
 Das ist der Anfang
 Heimat
 Grenzenlos deutsch
 Der Dreh-Dich-Nenning
 Seite an Seite mit dem Grenzlandtrommler Petrei
 in der Eichenretterin
 eine Hoffnung für den Revisionisten Honsik
 und für Jörg Haider
 dessen Bann
 der Rudnigger im ernstesten Fach
 der Kronen-Fink sein möchte«

Die Hoffnung, von der Gerd Honsik, nach dem Verbotsgesetz verurteilter Revisionist, in bezug auf DDr. Günther Nenning in einem Telefonat sprach, das ich damals im Zuge meiner Recherchen zur o.a. Theaterarbeit mit ihm führte, weist ihn nahezu als Propheten und den heutigen Günther Nenning, Manifestanten der Bauernschaft, als Pädagogen der Pflichtschulzeit von Moritz Schreiweiß aus: 1965-1974.

Da nun die Ebene der »Neuen Kronenzeitung«, in der Günther Nenning mit seinem »Lesestoff für das dritte Jahrtausend« sonntäglich den Paternoster in den Volkspädagogenhimmel nimmt, zu erklimmen ist, könnte es durchaus geschehen, daß der Verfasser in Erinnerung an seine dreißigjährige Lektüre »Neue Kronenzeitung« und an seine nun ebenfalls bald dreißigjährige Lektüre »Neue Kronenzeitung«-Rezeptionsgeschichte diese neuerliche Anstrengung von einem Wort auf das andere als verschwendet ansieht, und er diesen Schreibplatz abrupt verläßt und also auf einen runden Schluß verzichtet. Der Leser wird ein plötzliches Aus wohl verstehen können, denn der Leserin werden ebenso bereits alle Vorbehalte und Bedenken gegen diese Tageszeitung und alle in diesem Format seit Jahrzehnten zu lesenden tendenziösen Vereinfachungen bestens bekannt sein.

Die Frage, weshalb hier trotzdem zu diesem Medium Stellung bezogen wird, ist leicht und knapp zu beantworten: erstens aufgrund seines hohen

Verbreitungsgrades, zweitens wegen des medialen Konzentrates in diesem Staat und drittens aufgrund der prekären gegenwärtigen Regierungszusammensetzung – für eine Demokratie eine äußerst explosive Mischung ...

Günther Nenning die Schärfeinstellung des für seine schönende Literaturbetrachtung verwendeten Feldstechers ein wenig zu justieren, geschieht nicht, um mit ihm einen Literaturdiskurs zu führen, sondern einzig wegen der Verbreitung seiner Empfehlungen durch die Auflagenstärkste der *gutter press* dieses Landes – – eine darüber hinausgehende Bedeutung kommt dem nicht zu.

Moritz Schreiweiß würde heute, im dritten Jahrtausend, Günther Nenning wohl vollkommen zustimmen können, hätte er jeder weiteren Aneignung von über das ihm in der Pflichtschule zugestandene Wissen hinaus sich verweigert.

»In Kärnten sind ja zwei Völker die Volksdichter. Graber, politisch ein Deutschnationaler, bringt die Slowenen breit ins Spiel, »mit Absicht«, sagt er, denn es sei »innige Verwandtschaft zwischen dem geistigen Besitzstand der beiden Kärntner Siedlungsvölker«. Geschrieben 1941, und vorne steht ein Spruch des Heinrich Himmler, für den der wackere Graber nichts kann.«

»Witz und Grausamkeit, Lästerung und Poesie, Ehrfurcht und Aufmüpfigkeit – es ist alles da in der Volksdichtung und übertrifft alles, was ein einzelner Autor leisten kann.«

Günther Nenning, Dichter ist das Volk selber, Krone Bunt, Herbst 2001

»Die Kontinuität einer segensreichen Germanisierungspolitik war damit gesichert, denn Ihr mangelhaft porträierter Jubilar hatte ja an der streng vertraulichen Konferenz in Bled am 6. Oktober 1941 teilgenommen, wo von Kriegsverbrecher Maier-Kaibitsch, Dr. Starzacher, SS-Obersturmführer Dr. Sievers und dem Professor der SS-Anstalt »Das Ahnenerbe«, Dr. Schwalm, über das »Institut für Kärntner Landesforschung« beraten wurde, worauf Adolf Hitler höchstpersönlich dem Gauleiter Rainer die Erlaubnis erteilte, dieses Institut mit 1. April 1942 zu errichten. Es wird Sie bestimmt interessieren, welche Mitarbeiter in diesem »Wissenschaftlichen Institut« aufscheinen: unter anderen der Kärntner Ortsnamen-Kranzmayer, der Landesschulinspektor und Ethnograph Dr. Georg Graber, der heutige Musilbetreuer Dr. Karl Dinklage, der Kunstgeschichtler Dr. Grimschitz und nicht zuletzt Gauleiter, Rainer-Preisträger Dr. Martin Wutte.«

*Janko Messner, Offener Brief an Maria Pink,
Ein Kärntner Heimatbuch, Europa Verlag GmbH., 1986*

»Je weiter man dagegen in Unterkärnten nach Osten wandert, desto veränderter der Menschenschlag. Dort scheint sich der Einfluß der durch die Slawen vermittelten Ostrasse stärker bemerkbar zu machen. Die Gesichter zeigen häufig schon mongolische Züge. Auch das Volksleben dieses Landesteiles ist dem übrigen Kärnten gegenüber auffallend, arm an schöpferischer Kraft, trotz des seit dem frühen Mittelalter wirksamen Einflusses der Märkte, die immer deutsche Sprachinseln gewesen sind.«

*Georg Graber, Die Ursprünge des Kärntner Volkstums, Kärntner Almanach 1924,
Zitat entnommen: Wann werden deutschnationale Vereinigungen der
Demokratie und den slowenischen Mitbürgern gefährlich und wie weit reicht ihr Einfluß,
Geschichte der Kärntner Slowenen, Historikerkommission unter
Vorsitz von Valentin Inzko, Klagenfurt, Hermagoras 1988*

»Sprache und Schrifttum wurzeln im Volke. Das deutsche Volk trägt die Verantwortung dafür, daß seine Sprache und sein Schrifttum reiner und unverfälschter Ausdruck seines Volkstums sind.«

»Wir wollen den Juden als Fremdling achten und wir wollen das Volkstum ernst nehmen.«

*Wider den deutschen Ungeist, öffentlicher Anschlag der deutschen Studentenschaft
ab 13. April 1933, Zitat entnommen:
Joseph Wulf, Literatur und Dichtung im Dritten Reich, Ullstein GmbH., 1983*

»Ich möchte den Deutschen Reinhold Schneider in die österreichische Literaturgeschichte heimholen. Schneider hat nie in Österreich gelebt; Schneider hat immer in Österreich gelebt.«

»Welche Freude, Reinhold Schneider zu lesen über unser Österreich. Welche Demut, welches Wissen, welche Tiefe. Schämt euch, ihr neuesten großkotzigen Österreich-Beschimpfer. Reinhold Schneider war ein tragischer Liebhaber der Geschichte. Reiche und Völker sind für ihn Gebilde der Tragik. Schuld steckt in aller Geschichte aller Völker. Eine ahnungslose ›Zeitgeschichte‹ schiebt heute die Schuld weg von der Gegenwart und wälzt sie ab auf die Vergangenheit. Schneider aber: ›Du wirst die Völker alle schuldig finden.«

»Reinhold Schneider, Dichter, Christ, Antinazi [...]«

»Reinhold Schneider war ein Antifaschist, der nicht emigrierte, sondern blieb, unter Todesgefahr.«

Günther Nenning, Stern und Verlockung, Krone Bunt, Herbst 2001

»Ich bin nachgeboren. Und Zeuge des Aufkaufs prosperierender ausländischer Firmen in Österreich. Von Firmen, die von Heimkehrern aus der Emigration gegründet wurden. Wo die arm gebliebenen Österreicher arbeiten durften. Oft unter dem Kollektivvertragstarif.«

»Die Sieger waren Helden. Und ihnen zur Seite standen jene, die sich freigekauft hatten, die ihr Wissen und ihre Mittel auch zur Vernichtung ihrer früheren Heimat und ihrer Zivilbevölkerung, vielleicht ihrer früheren Freunde und Nachbarn, eingesetzt hatten. Sie kehrten zurück und besetzten Schlüsselpositionen. Aus denen heraus sie heute die Wiedergutmachung beschließen.«

*Helga Stadler-Richter, Vergessenes Leid:
Zivilbevölkerung im Zweiten Weltkrieg – Ich bin spätgeboren...,
Zur Zeit, Spätwinter 2001*

»Die Dirndln der Gexi Tostmann, fern allem Kitsch, original und originell, haben Weltruf. Das Unwiderstehliche am Dirndl ist die Mischung aus uralter und aktueller Erotik. Was ist schon Besonderes an der heute

allgegenwärtigen Nacktheit? Ihr Reiz entfaltet sich erst in den Vermutungen unterhalb des Kittels, des Leiberls, des Mieders.«

»Franz Karl Ginzkey, Dichter der Dreißigerjahre, Liebhaber des Attersees: »Bald ist er märchenhaft blau, wie Türkis oder Aquamarin; bald abenteuerlich grün wie Smaragd oder Malachit; es ist als striche die Hand Gottes unablässig über ihn.«

Günther Nenning, Gleitet leis in Seid' und Mieder, Krone Bunt, Winter 2002

»Alle Mitglieder der Preußischen Akademie der Künste mußten schriftliche Erklärungen dieser Art abgeben:

Ich versichere hiermit dienstlich: Mir sind trotz sorgfältiger Prüfung keine Umstände bekannt, welche die Annahme rechtfertigen könnten, daß ich von nichtarischen Eltern oder Großeltern abstamme; insbesondere hat keiner meiner Eltern- oder Großeltern Teile zu irgend einer Zeit der jüdischen Religion angehört. Ich bin mir bewußt, daß ich mich dienststraflicher Verfolgung mit dem Ziel auf Dienstentlassung aussetze, wenn diese Erklärung nicht der Wahrheit entspricht.

Dienststellung: Mitglied der Deutschen Akademie der Dichtung. Empfänger des staatl. Ehrensoldes.«

Joseph Wulf, Literatur und Dichtung im Dritten Reich, Ullstein GmbH., 1983

»Dann aber, mitten in der Bedrängnis, wuchs den Katholiken die Kraft zur Gegenoffensive, eine – ihrerseits moderne – katholische Literatur entstand. Ich finde, das könnte man sich auch heute wünschen.«

»Mit Gott schlägt sich zwar auch die moderne und modernste Literatur herum, aber das flammende Bekenntnis steht, wenn's überhaupt erfolgt, doch außerhalb des Literaturbetriebs. «

»Handel-Mazzetti, die Katholikin, erregte damals katholische Empörung: Sie verteilte mit dichterischer Gerechtigkeit Licht und Schatten zwischen Katholiken und Evangelischen. Und sie tat dies mit einer Kraft und Reinheit, weit über alle Parteilichkeit.«

»Sie war katholisch, aber in ihren Büchern öffnete sie sich zu den Evangelischen. Sie schloß die damals noch tiefe Kluft. Ihre Romane spielen vornehmlich in der Zeit des Barock und der Gegenreformation, inmitten der Glaubenskämpfe, die wahre Blutströme kosteten.«

»Eine neue eigene Literatur kann nur bauen auf dem Fundament der eigenen »alten« Literatur, nicht durch fades Nachschreiben der hereinströmenden, möge sie gut oder schlecht sein.«

Günther Nenning, Dürfen Christen Romane schreiben, Krone Bunt, Herbst 2001

»In die Akademie der Dichtung sind berufen worden: [...] Enrica von Handel-Manzzetti [...]«

Stuttgarter Neuestes Tageblatt vom 10. 6. 1933, Die neugewählten Mitglieder, Zitat entnommen:

Joseph Wulf, Literatur und Dichtung im Dritten Reich, Ullstein GmbH., 1983

»Die Abteilung für Dichtung vereint in sich die deutschen Dichter aller Volksstämme. Aus dem betont außervölkischen Zustande ihrer früheren Zusammensetzung ist sie zu einem volksbewußten und artgerechten Lebenskörper umgebaut worden.«

Neckarzeitung, Heilbronn, 10. 6. 1933,

Zitat entnommen:

Joseph Wulf, Literatur und Dichtung im Dritten Reichen, Ullstein GmbH., 1983

Für den Verfasser ist es unerheblich, daß Enrica Handel-Mazzetti Mitglied einer nationalsozialistischen Organisation und dies bereits 1933 war, denn das

tatsächlich Überlegenswerte sind das schon traditionell zu nennende Verschweigen einer nationalsozialistischen Vergangenheit und das bereits ebenso traditionell zu nennende Hervorheben einer antifaschistischen Einstellung. Der Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime, ja bereits das Nichtmitmachen wird, gleich einem Titel, stets angeführt (um eine antifaschistische Gesinnung zu beweisen, werden sogar die Flächen zwischen den Zeilen fleißig gepflügt – vorausgesetzt, es wird zum Glätten des nationalen Selbstbildes als für brauchbar erachtet), hingegen wird die Arbeit für das nationalsozialistische Regime, gleich einer Vorstrafe, noch immer verheimlicht (eine nationalsozialistische *Gesinnung*, weil dies eine bloße *ungehörig-spekulative Unterstellung* wäre, nicht einmal erwogen). Dieser selektiven Preisgabe von biographischen Details frönt auch Günther Nenning, und es ist zu vermuten, daß es einzig der nationalen Bestrebung dient, auf dem Weg nach einem »österreichischen Weimar« möge kein »Mauthausen« mehr liegen ...

Wenn die »Neue Kronenzeitung« ein Medium des »Volkes« ist und ihrem ersten *Telepathen* Hans Dichand in Sitzungen das noch öffentlich Verborgene, aber unter dem »Volk« schon Eiterbildende über den Äther zugetragen wird, werden die Auseinandersetzungen mit dieser Tageszeitung weiterhin notwendig bleiben, um das aus der *Banalität des Guten* Entstehende nicht in seinem ganzen Ausmaß Wirklichkeit werden zu lassen, aber auch, um mit der nationalen Geschichte dieses Staates, zu der die nationalsozialistische ebenso unleugbar gehört wie die christlich-sozial diktatorische oder die absolutistische Vergangenheit, endlich den Fakten angemessen umgehen zu können – – solange auf ihrer Leserbriefseite Adolf Hitler als »moralisch und christlich« beschrieben, in ihr Kunst und Literatur auch dazu mißbraucht werden kann, zeitgenössische Kunstschaffende dem *Jagdorden der wahren Guten und Schönen* auszuliefern, wird »das Gebot des Erinnerns« nicht aufzuheben sein. Es darf um der Gegenwart und der Zukunft willen vor allem nicht vergessen werden, in welchen Stiefeln die Freiheitliche Partei, für die Hans Dichand Druckerpatrone um -patrone leert und die Hans Dichand unbedingt in *seiner Bundesregierung* (wofür er ihr bereits eine *neue Partnerin*, die SPÖ, erwählt hat) halten möchte, in eine »dritte Republik« marschieren will.

Günther Nenning scheint in seine Zeit als Kind, Jugendlicher und junger Mann schreibend zurückkehren zu wollen, in der allerorten »flammende Bekenntnisse« geleistet wurden; ein Land »heimgeholt« wurde; das »Hereinströmende« durch *Hinausströmen* verhindert werden wollte; »Wackeren« in der »Bedrängnis« die »Kraft zur Gegenoffensive erwuchs«; der gläubige Nationalsozialist Max Mell sich in das rein Katholische zurückschrieb.

»Im Herbst 1951 mußte, wenn man den Fortgang der Arbeiten an der Stephanskirche sichern wollte, noch einmal die Opferwilligkeit der Bevölkerung Wiens und Österreichs in Anspruch genommen werden. Auf Ersuchen des Dompfarrers Dr. Dorr verfaßte der Dichter Max Mell einen Aufruf, der im Namen des Kardinal-Erzbischofs und des Domkapitels in den Tagesblättern und im Rundfunk veröffentlicht wurde.«

»Noch einmal rufen wir Eure Hilfsbereitschaft und Eure Opferwilligkeit an. Soll der Wiederaufbau der Stephanskirche endgültig vollendet werden, bedarf es noch einmal des Mitwirkens spendender Hände!«

»Der anmaßende Donner der Zeiten verhallt seine Drohungen vor dem Kreuz. Führt Euch das Wunderbare vor Augen, das unser Erzdom ist. Nächst dem Bekenntnis und der Verkündigung des Glaubens spricht er die köstliche Sprache der Kunst. Er sagt, was wir Europa und der Welt zu bringen haben. Das ist, er spricht zum Gemüt wie kaum sonst ein Bauwerk dieses Erdteils. Zum Gemüt sprechen ist eine Sendung: die ganze Welt braucht es, wenn sie nicht der Abgrund in sich reißen soll. In der Kraft dieser Sendung tönen die Stimmen der Genien mit, die in unserer Heimat das Hohe und das Reine, das Schöne und das Sittliche zu verkünden wußten. Sie sind eins mit dem Dom, wie er eins mit Wien ist. Opfer um Opfer forderten diese Jahre von uns. Vieles blieb, was bis heute ungelöst ist, genug, was die Wohldenkenden quält, was uns mit Sorge, was uns mit Widerwillen erfüllt. Wir müssen finden, was uns heilt. Laßt uns in der Gestalt, in der Idee des Stephansdoms dieses Mittel erkennen! Er ist über den Zeiten.«

»Dieser Aufruf brachte vollen Erfolg: er fand lebhaftes Echo und löste allenthalben in rührender Weise die freudigste Teilnahme der Bevölkerung an der Wiederherstellung des Doms aus.«

Max Mell, Ein Dichter wirbt für St. Stephan, Der Dom zu St. Stephan in Wien, Festschrift zur Wiedereröffnung des albertinischen Chores, Der Dom zu Stephan, im Eigenverlag der Dompfarre, 1952, mit kirchlicher Druckerlaubnis, Druck und Bindearbeit der Österreichischen Staatsdruckerei, 500 numerierte Exemplare in Ganzleinen unterschrieb S. E. Kardinal Dr. Th. Innitzer persönlich

Wer hätte, um einmal noch im Dorf von Moritz Schreiweiß sich umzusehen, in diesem entschieden gegen das »Adolf-Hitler-Herbeireden« auch auftreten können, errichteten doch *die Autoritäten* des Staates und der Kirche vereint mit Nationalsozialisten in dieser »Festschrift« nicht bloß ein nationales Symbol Österreichs wieder, sondern sie sahen es zugleich als »ihre katholische Sendung« an, in das »österreichische Nationalgenom« das nationalsozialistische »Hohe und Reine, Schöne und Sittliche« ebenfalls unauslöschbar mit einzuschreiben.

»Als in den letzten Kriegstagen des Jahres 1945 neben so manchem Bauwerke der Innenstadt von Wien auch der Stephansdom zu brennen

begann, waren die Wiener, von denen schon Zehntausende ihre Heimstätte und ihr ganzes Hab und Gut verloren hatten, trotz ihrer schweren persönlichen Sorgen in ihrem Herzen zutiefst erschüttert.«

Bundeskanzler

»Hoffen wir, glauben wir daran, daß nie wieder eine Zeit kommen möge, in der die Zerstörungswut des Krieges in Trümmer zu legen droht, was Generationen friedlich aufgebaut haben.«

Bundespräsident

»Seit Jahrhunderten ist der Stephansdom nicht nur das Wahrzeichen der Donaustadt, sondern auch steingewordener Ausdruck christlicher Kultur Österreichs. Wie sehr ihn die Bewohner unserer Lande ins Herz geschlossen haben, zeigte sich in ergreifender Weise vor sieben Jahren, als es plötzlich hieß: Der Dom brennt! Seine Verwüstung empfanden auch die Niederösterreicher wie Schmerz am eigenen Leibe.«

Landeshauptmann von Niederösterreich

»Uralte Wege und Verbindungen zur Ausbreitung und Vertiefung des Christentums und der Kultur bestehen zwischen den geistlichen und kulturellen Metropolen Wien und Salzburg. Sie abzureißen oder zu schwächen würde einen Lebensnerv Österreich treffen; sie zu erweitern und zu festigen bedeutet eine Stärkung des österreichischen Staatsgefühls und eine Festigung des Zusammengehörigkeitsbewußtseins aller katholischen Österreicher.«

Landeshauptmann von Salzburg

»Gern haben wir zum Wiederaufbau des österreichischen Nationalheiligtums unser Scherflein beigetragen.«

Landeshauptmann von Tirol

»Und damit ein Bekenntnis zur österreichischen Gemeinschaft und Geschichte und vor allem zum christlichen Gedankengut abgelegt zu haben.«

Landeshauptmann von Vorarlberg

»Menschen kommen und Menschen gehen. Ideen aber bleiben und tragen den Keim der Ewigkeit in sich; wir haben ihnen zu dienen und setzen solchem Dienst heilige Symbole. Solch ein Symbol ist uns Österreichern der Stephansdom. Er kündigt von Opfer und Dienst für die Idee unseres Vaterlandes, von Bereitschaft, auch weiterhin zu opfern und zu arbeiten.«

Landeshauptmann von Steiermark

»So ist auch St. Stephan in seiner heutigen Gestalt Gemeinschaftswerk, wieder errichtet durch die Hilfe aller Völker. Ein Symbol der Einheit des Christentums am Rande der christlichen Welt.«

DDr. Willy Lorenz, St. Stephan als Symbol

»Das Türkendenkmal und die große Glocke, die an den Sieg vom 12. September 1683 erinnerten, waren Zeugen einer neuen Heimsuchung der Stadt geworden.«

»Zu Ostern 1937 ward sie zum letzten Mal geläutet und dann hielt sie, wie die Stadt unten, in Angst und Bangen still, ob der Dinge, die da kommen sollten.«

Domkapellmeister Anton Wesely, Die alte und die neue Pummerin

Mit Grußadressen sind alle neun Landeshauptmänner in dieser »Festschrift« vertreten. Und da es nicht darauf ankommt, ihre Namen zu wissen, habe ich mir das Heraussuchen auch der hier zitierten damaligen Landeshauptmänner erspart, wie auch das Entziffern ihrer Unterschriften; Figl, Körner, Innitzer unterschrieben in einer auf Anhieb lesbaren Schrift.

Bedenken Sie, ehe Sie mich einer moralisierenden Rezension verdächtigen, daß in dieser hehren und den Eid auf das *Gute* ablegenden »Festschrift« der *Staats- und römisch-katholischen Kirchenführung*, in der zwar »Saulus, der nachmalige Apostel Paulus«, als Zeitzeuge der Steinigung des heiligen Stephanus aufgerufen und auch detailreich beschrieben werden kann, wann und wo Papst Pius VI während seines Wien-Besuches in 1782 seine Pontifikalkleidung ablegte und Dankgebete sprach, den von den Nationalsozialisten Vertriebenen und Beraubten das Wort und das Gedenken an die von den Nationalsozialisten ermordeten Menschen verwehrt und die Überlebenden der Vernichtungslager, die Vertriebenen nicht eingeladen, dafür aber die Juden (als ob es Auschwitz-Birkenau nie gegeben hätte) weiterhin einzig als »grimmige Steiniger« und »Feinde« vorgeführt werden.

»Im 7. Kapitel der Apostelgeschichte ist zu lesen, wie der hl. Stephanus bemüht war, die ganze Vergangenheit, das ganze alte Testament auf Christus hin zu deuten. Als die Juden, darüber ergrimmt, sich auf ihn stürzten, um ihn mit Steinen zu schlagen, da spricht er die erschütternden Worte: »Ich sehe den Himmel offen und Christus zur Rechten Gottes stehen.«

Dompfarrer Dr. Karl R. Dorr, Das Antlitz des heiligen Stephanus

»Wie der heilige Stephanus, der Diener der Kirche, von den Geschossen der Feinde zermalmt wurde, so wurde diese Kirche, welche Gott dient, von den Geschossen des Krieges zerstört.«

DDr. Willy Lorenz, St. Stephan als Symbol

»Sei begrüßt uns Heimgekehrte / Uns im Herzen lang Entbehrte / Wieder uns zum Trost verliehen! / Als Vermächtnis neu gestaltet / Und von Treuegefühl verwaltet / Ziehst du in dein altes Wien.«

Franz Karl Ginzkey, Hymnus an die große Glocke

Der Historiker Prof. Dr. Adam Wandruszka spricht in seinem »Festschrift«-Beitrag davon, daß »für die Verirrungen und Wirrnisse, für die Prüfung und Bewährungsprobe unserer Zeit die größte Katastrophe, die den Dom seit seiner Entstehung betraf, die Brandkatastrophe von 1945, tiefe, symbolhafte Bedeutung« erhalte.

Die Reden von Adam Wandruszka, Friedrich Peter (damals Parteiobmann und vormals SS-Offizier) und Jörg Haider (derzeit *einfaches Parteimitglied*) im Neuen Saal der Wiener Hofburg im Rahmen des Festaktes »25 Jahre Freiheitliche Politik in Österreich« am 6. April 1974 sind für hier nicht von herausragendem Interesse, sondern die immer noch bestimmende Gegenwartigkeit der bereits der Historiographie übergeben erhofften Vergangenheit, wofür auch Adam Wandruszka, dessen Drei-Lager-Theorie Grundlage der Rekonstruktion des nationalliberalen Lagers, der Gründung des VDU in 1949 war, ein Beispiel ist:

»Die erste Vorlesung hielt der Historiker Heinrich von Srbik, neu ernanntes Mitglied des Reichstages und neu ernannter Präsident der Akademie der Wissenschaften, am 27. April. Es bedeute nun die höchste Erfüllung, daß der tausendjährige Traum der Deutschen Wirklichkeit geworden, daß zu der geistigen Einheit nun auch die staatliche gekommen sei. Aufgabe des deutschen Österreichertums sei die Verpflichtung, mit eiserner Kraftanspannung dem Reiche zu dienen und so eine wertvolle Bereicherung des Gesamtdeutschtums zu sein. Mit »Ein Volk! Ein Reich! Ein Führer!« schloß Srbik. Im Namen der nationalsozialistischen Hörschaft dankte der junge Historiker Dr. Adam von Wandruszka, Parteigenosse und SA-Obertruppführer, dem Lehrer für die geistige Führung und tatkräftige Unterstützung *in den Jahren des Kampfes und der Unterdrückung*. [Kursive Hervorhebungen B.K.]«

*Brigitte Lichtenberger-Fenz, Es läuft alles in geordneten Bahnen,
Quelle gemäß Fußnote: Neues Wiener Tagblatt, 28. April 1938,
NS-Herrschaft in Österreich, Ein Handbuch,
Tálos, Hanisch, Neugebauer, Sieder (Hg.),
öbv & hpt VerlagsgmbH. © Co. KG 1. Auflage, Nachdruck 2002*

In dieser *staatlich-kirchlichen* »Festschrift« wird allenthalben das Jahr 1945 in Erinnerung gerufen, so daß aufgrund des Proporztes nun nicht umhin zu kommen ist, der ÖVP (vulgo Christlich-sozialen Partei) den ihr als Regierungspartnerin der FPÖ zustehenden Platz einzuräumen, und also in 1945 selbst zu halten, von wo aus mit Leopold Kunschak wieder in die Gegenwart gefahren werden kann; denn der erste Nationalratspräsident und Mitunterzeichner

»Donnerstag, 19. April 1945: Die sowjetische Kommandantur übergibt die sogenannte Blaimschein-Villa im 13. Bezirk, Lainzer Straße 28, Ecke Wenzgasse an Karl Renner als Amtssitz. Die Villa trägt ihren Namen nach dem Margarinefabrikanten Blaimschein, der 1938 als Jude aus Wien geflohen ist. Die Nazi-Familie, die sich dann in die Villa setzte, ist 1945 geflohen.

Freitag, 27. April 1945: Unter strenger Geheimhaltung werden in der Hietzinger Blaimscheinvilla die Regierungsverhandlungen, von denen die Bevölkerung nicht einmal gerüchteweise hört, abgeschlossen.«

*Auszüge aus dem Kalendarium »Wien 1945«
des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien,
<http://www.magnwien.gv.at/ma53/45jahre/1945/0445.htm>*

der österreichischen Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945 wird bis zum heutigen Tag selbst ausgezeichnet und sein Wirken lebendig gehalten dadurch, daß er immer noch Namensgeber eines für Arbeiten u.a. auf dem Gebiet der Publizistik, der Geistes-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften zu vergebenden Preises ist.

»Ich glaube nicht, daß Österreich in seiner jetzigen Stimmung noch einmal erlauben würde, diese Familienmonopole aufzubauen. Sicherlich würden wir es nicht zulassen, daß eine neue jüdische Gemeinde aus Osteuropa hierher käme und sich hier etablierte, während unsere eigenen Leute Arbeit brauchen.«⁴⁵

Die Österreicher, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, wollten aber auch ihre »eigenen« Juden nicht mehr zurückhaben. Auch die SPÖ hatte keine Absicht, ihre jüdischen Genossen aus der Emigration nach Österreich zurückzubitten.⁴⁶ In dieser Frage waren die Politiker echte Repräsentanten des Volkes: Im August 1946 lehnten 46 Prozent der Befragten eine Rückkehr der Juden ab (»Sie sollen nicht zurückkehren«), nur 28 Prozent standen dieser positiv gegenüber.⁴⁷ Diese ablehnende Stimmung schlug auch den Anfang 1947 zurückkehrenden »Shanghai-Emigranten« entgegen. Filmberichte der Wochenschau über ihre Ankunft in Wien rief antisemitische Reaktionen hervor: »Als Bilder über die Rückwanderung aus Shanghai auf der Leinwand erschienen und der Kommentar bemerkte, »es sind Juden, die nach Österreich zurückkehren, um am Wiederaufbau in der Heimat teilzunehmen«, hörte man im Publikum wüstes Lachen und die Rufe: »Vergasen!«⁴⁸

Es bestand jedoch auch kein Graben zwischen der antifaschistischen Elite – sprich der politischen Führung – und dem Rest der Bevölkerung. Robert Knight widerlegte diese These, indem er den mehr oder weniger starken Antisemitismus der Gründerväter der Zweiten Republik eindrucksvoll offenlegte.⁴⁹ Als Tabubrecher tat sich schon im Herbst 1945 als erster

prominenter Politiker Nationalratspräsident Leopold Kunschak hervor, der jene Vorurteile artikulierte, die in der Bevölkerung nach wie vor ungebrochen vorherrschten. Während Kunschaks antisemitische Äußerungen in der österreichischen Presse ignoriert wurden und politische Beobachter ihnen keine besondere Bedeutung beimaßen,⁵⁰ schrieb die in New York erscheinende Zeitung »Der Aufbau« den im Frühjahr 1946 wachsenden Antisemitismus dieser Agitation zu: »Wenn man bedenkt, daß Leopold Kunschak, »der Streicher von Österreich« unter der neuen Regierung den wichtigen Posten eines Parlamentspräsidenten innehat und daß derselbe Kunschak, von seiner traurigen Vergangenheit als einer der übelsten österreichischen Radau-Antisemiten abgesehen, auch im neuen Österreich in Reden proklamieren konnte, daß »die polnischen Juden nicht nach Österreich kommen sollen, wir Österreicher brauchen aber auch die anderen nicht« [...] und »Ich bin immer ein Antisemit gewesen und bin es auch heute noch« – so braucht man sich über diese »losgelassene Volkswut« nicht zu wundern.«⁵¹

⁴⁵ Crossman, Palestine Mission, S. 102 f.; übersetzt bei Knight, „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“, S. 60 f.

⁴⁶ Vgl. Oliver Rathkolb, Zur Kontinuität antisemitischer und rassistischer Vorurteile in Österreich 1945/1950, in: Zeitgeschichte 16 (1989), Heft 5, S. 172.

⁴⁷ Vgl. Bunzl/Marin, Antisemitismus, Anhang IMAS 1973.

⁴⁸ Der neue Weg, 12/1947, S. 9, zit. n. Embacher, Juden in Österreich nach 1945, S. 164.

⁴⁹ Vgl. Knight, 'Neutrality', S. 221 f.

⁵⁰ Wagnleitner, Understanding Austria, S. 86.

⁵¹ Der Aufbau, 16. 4. 1946. Bestätigung des Sachverhaltes im Bericht der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit an Generalsekretär Wildner, Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, 26. 9. 1946. Österreichisches Staatsarchiv, Wien (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), BKA.-AA., Sekt II Pol.-1946, GZ. 111.844-pol/46. Kunschak hielt diese Rede am 14. 9. 1945.

*Thomas Albrich, Es gibt keine jüdische Frage –
zur Aufrechterhaltung des österreichischen Opfermythos,
Dokumentationszentrum Wien, www.dokumentationszentrum.org*

Dennoch sehen Rudolf Burger und Andreas Khol keinen Bedarf, das von der seinerzeitigen politischen Elite auf dem Nationaltisch *Gelassene* zu räumen; sie erachten es wohl für ausreichend, eine ihre frische Schicht *Verständnis und Gültigkeit* für die seinerzeitige politische Elite aufzutragen.

»Der Ursprung des österreichischen Wunders, der Zweiten Republik, ist der Gesellschaftsvertrag der Österreicherinnen und Österreicher. Abgeschlossen von der politischen Elite im nationalsozialistischen Konzentrationslager bei Dachau, führte er zur Unabhängigkeitserklärung am 27. April 1945. Er umfaßte jenen Grundkonsens, der noch heute als ungeschriebenes Grundgesetz in Österreich gilt.«

Andreas Khol, Mein politisches Credo – Aufbruch zur Bürgersolidarität, Molden Verlag GmbH., 1998

»Hier wurde die Geschichte, entgegen dem üblichen Klischee, nicht einmal in einem rhetorisch-plakativen Sinn »verdrängt«, sondern sie wurde legitimatorisch benützt! Und das ist auch durchaus verständlich, denn es war schließlich die vordringlichste Aufgabe der politischen Elite nach 1945, eine spezifisch österreichische Identitätsgeschichte in Differenz zur deutschen historiographisch überhaupt erst zu schaffen und den Glauben an sie massenpädagogisch durchzusetzen; eine auf den Staat bezogene historische Gemeinschaftsideologie und damit eine österreichische Nation als »kollektives Bewußtsein« theoretisch zu formieren, das sich erst nach der Annexion und während des Krieges emotiv gebildet hat. Weit davon entfernt, verschwiegen oder »verdrängt« worden zu sein, wurden ganz im Gegenteil die Nazizeit und ihre Verbrechen in den ersten Jahren der Zweiten Republik von offizieller Seite massiv thematisiert, um durch deren politische und moralische Negation eine Staatsnation zu konstituieren, die vor 1938 im Bewußtsein der Bevölkerung noch gar nicht existiert hatte.«

Rudolf Burger, Die Irrtümer der Gedenkpolemik.

Ein Plädoyer für das Vergessen, Ptolemäische Vermutungen, zu Klampen Verlag, 2001

Wenn Andreas Khol von der »geglückten Wende« spricht, ist erstens umfassend zu klären, in welche politisch-ethische Richtung in der »Wüste Gobi« denn *gewendet* wurde, und zweitens ist demokratie- und sozialpolitisch konstruktiv-redlich zu überlegen, wie dieser (das kann schon gesagt werden) bloßen *parteilpolitischen Wende* zu begegnen ist, wie ein tatsächlich *politischer Beginn* gesetzt werden kann.

Da die gegenwärtig reinen parteipolitischen Staatsverantwortungsträger selbst massiv in die Vergangenheit verweisen, wäre das für einen derartigen *politischen Beginn* idealtypische Datum: der 27. April 1945 – die »Zweite Republik« also tatsächlich beginnen zu lassen: nun neben weiteren aber ohne »Altlasten« aus der nationalsozialistischen und christlich-sozial diktatorischen Vergangenheit; ohne staatliche Unterstützung jener, die vergangenheitsbelastete, vergangenheitsverherrlichende, vergangenheitsbeschwörende Organisationen und Unternehmen sich einbilden fortführen, gründen zu müssen; und diesmal mit einem tatsächlich »innerösterreichischen Willen« zur Demokratie.

Wozu diese *Spielerei* mit der nochmaligen Gründung der Zweiten Republik – – weil es eben auch der Symbole bedarf; und wehe dem, der keine Symbole oder seine ohne Not anderen überläßt. Es geht mithin darum, der negativen Idee einer »dritten Republik« nicht nur reagierend entgegenwirken zu versuchen, sondern durch eine demokratisch und sozial bestimmte *Vision* den Einzelnen dafür zu gewinnen, sich mit einer Aufbruch symbolisierenden *Vision* identifizieren zu können und sich an deren Verwirklichung aktiv beteiligen zu wollen. Ökonomisch-technokratisch kommunizierte Reformen allein (wie es vermehrt auch im sozial- und demokratiepolitischen Bereich geschieht, allenthalben zusätzlich noch juristisch kodiert) können keine Solidarität stiften; verstärkt doch eben dieser *neoliberale Dialekt* bei vielen Menschen gerade das Empfinden, sich sozial und wirtschaftlich zu den »Verlierern« zählen und befürchten zu müssen, schon morgen vom nächsten *Modernisierungssog* selbst erfaßt und von dem *Gerade-noch-sich-Ausgehenden* in die absolute ökonomische Enge getrieben zu werden, in der schließlich auch keine Träume mehr dem Einzelnen die Hoffnung nähren können, jemals noch persönliches Wirtschaftsglück zu erleben. Und eine vom Erfolgstraum beherrschte und auf diesen als einzig glückverheißenden Traum ausgerichtete Gesellschaft mit mehr und mehr zum Austräumen gezwungenen Mitgliedern setzt sich einem existentiellen Risiko aus, erzeugt schließlich selbst ihre *menschliche Verelendung*.

Einige Randnotizen des Herrn Koloman*

»In der Nacht vom 26. auf den 27. April 1933«, berichtet Joseph Wulf in seiner Dokumentation »Literatur und Dichtung im Dritten Reich«, »wurde das Heine-Denkmal umgeworfen«, und er zitiert aus den Notizen 1931-1935 von Georg Kolbe: »Gestern haben sie mein Heine-Denkmal in Frankfurt/Main gestürzt. Wahrhaftig keine große Tat. Natürlich galt es dem ›Juden‹ Heine. Daß man dabei unflätig vorging und auch meine Arbeit respektlos besudelte, das soll wohl die Strafe sein, daß ich mich dazu hergab, einem ›Juden‹ ein Denkmal zu arbeiten.«

Es wird hier nicht versucht, einen Geschichtskranz mit ausschließlich Perlen 27. April zu beten, denn von Interesse, weil mehr in die »österreichische Tradition« passend, sind das Schreiben von Prof. Dr. Ferdinand Werner, Staats- und Ministerpräsident und Minister für Kultur und Bildungswesen von Hessen, vom 10. April 1933:

»Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
Zwei *Wünsche*:

1. ...
2. Beseitigen Sie bitte das Heinedenkmal, gegen dessen Frankfurter Erstellung ich in stürmischen Versammlungen vor 20 Jahren vergebens kämpfte.« [Kursive Hervorhebung von mir]

und die ebenfalls wiedergegebene *Wunscherfüllungsmeldung* von Dr. jur. Fritz Krebs, ab März 1933 Oberbürgermeister von Frankfurt am Main, seit 1922 für die NSDAP tätig:

»Am 18. 5. 1933 wurde von Herrn beauftragten Oberbürgermeister berichtet: »Bezüglich des Heine-Denkmal darf ich annehmen, daß Sie durch die Presse davon unterrichtet sind, daß die Bronzefigur in der Nacht vom 26. zum 27. IV. 1933 gewaltsam von ihrem Sockel heruntergeworfen wurde. Die leicht beschädigte Plastik ist entfernt und im Keller des Völkermuseums gelagert worden.«

Das Heine-Denkmal, gegen das Werner bereits Jahrzehnte vor dem Regierungseintritt der NSDAP in *stürmischen Versammlungen kämpfte*, wurde von

* *Anmerkung der Herausgeberin.*

Die Randnotizen in seinem Arbeitsmanuskript lesen wir als Skizzen zu einem weiteren, jedoch nicht realisierten Buch, dessen Zentrum, wie wir weiter vermuten, der Vergleich der Anfänge in Hinblick auf Präjudizierung der Zukunft hätte werden sollen. Als einen starken Hinweis für die Richtigkeit unserer Vermutung werten wir folgenden Eintrag in seinem Logbuch:

»Während in den ersten Monaten des Dritten Reiches der Massenvernichtung bereits auch mit dem Beseitigen von Symbolen das Millimeterpapier ausgelegt wird, auf dem bald darauf der Organisationsplan zu ihrer ordentlichen Umsetzung ins reine gezeichnet worden ist, sieht das »offizielle Österreich« in seiner »Stunde Null« keine Notwendigkeit, ein deutliches Zeichen an die Eingangstür seines »Nationalheiligtums« zu schreiben: die Zweite Republik auch der Opfer der nationalsozialistischen Volksverbrechen zu sein und bleiben zu wollen. – Genug Material, um weitermachen, anfangen ...«

Georg Kolbe 1913 geschaffen; eine Schiene zum zukünftigen nationenweiten Morden verlegte 1909 in der Lüneburger Heide Jahrzehnte vor den tatsächlichen »Transporten nach Bergen-Belsen« auch Hermann Löns mit seinem Roman »Der Wehrwolf«, einer »Bauernchronik« aus der Zeit nach dem Ende des »Dreißigjährigen Krieges«.

Menschgemäß war es dem »Heidedichter« zwanzig Jahre nach seinem »Soldatentod« nicht möglich, Adolf Hitler, den programmatischen Anbeter der »grausamen Königin« Natur, persönlich zu ersuchen, am 10. Oktober 1934 seine »Gebeine« aus Frankreich nach Deutschland überführen zu lassen, wie es 1989 Hermann Löns und Adolf Hitler gemeinsam nicht möglich war, den »Eckartboten« davon abzuhalten, ihnen zu ihren Geburtstagen zu gratulieren, und auch der Gründer der antisemitischen Zeitschrift »Auf gut Deutsch« und Kreator von »Juda, verreckel!« und »Deutschland, erwache!«, Dietrich Eckart (†1923), dem Adolf Hitler »*seinen Kampf*« widmete, die Österreichische Landsmannschaft ebenfalls nicht persönlich ersuchen konnte, ihren »Eckartboten« nach ihm zu benennen. Selbstverständlich hat Franz Fuchs Andreas Mölzer nicht persönlich gefragt, ob er den von ihm 1990 in den »Kärntner Nachrichten« veröffentlichten Satz »Wer die Umvolkung der Österreicher betreibt, nur um den deutschen Charakter des Landes zu tilgen, muß sich den Vorwurf des antigermanischen Rassismus gefallen lassen.« 1999 zur Parole zugespitzt im Gerichtssaal skandieren darf: »Antigermanismus. Nein, danke!« Und menschengemäß hat Andreas Mölzer Franz Fuchs nicht persönlich ersucht, ihn 1995 in einem Bekennerschreiben lobend zu erwähnen: »Es gab einen mittlerweile abgesägten FPÖ-Politiker mit Schmiß, der den Mut besaß, von Umvolkung zu sprechen.« Mutigsein bleibt aber nicht immer unbedankt – die Voraussetzung dafür ist allerdings: *publizistische Werke* nicht als Anleitung zum »Handeln ohne noch gesetzliche Deckung« mißverstehen zu dürfen. Als Franz Lafer 1998 in der 134. Sitzung von »Umvolkung« spricht, applaudieren ihm die freiheitlichen Parlamentarier, wie dem stenographischen Protokoll zu entnehmen ist.

»Prüfung im Fall Mölzer. Parteiprogramm nicht verletzt.

Die »Neue Freie Zeitung« veröffentlicht das von Univ.-Prof. Wilhelm Brauneder, Univ.-Prof. Walter B. Simon und Sektionsleiter DDr. Erich Reiter erstellte Gutachten zu den umstrittenen Äußerungen, die der Kuratoriumsvorsitzende des Freiheitlichen Bildungswerks, Bundesrat Andreas Mölzer, in einem Vortrag am 11. Februar 1992 in Salzburg über die in Europa eingetretenen gewaltigen Wanderbewegungen gemacht hat. Dabei verwendete er den Begriff »Umvolkung«, der vom Humanethnologen Prof. Irenäus Eibl-Eibesfeldt stammt. [...] In ihrem Gutachten kommen Brauneder, Simon und Reiter zu dem Ergebnis, daß Andreas Mölzer »sowohl mit seinem publizistischen Werk wie mit seinen in der Öffentlichkeit getätigten Äußerungen das Parteiprogramm der FPÖ nicht verletzt hat.« [Quelle, 2. April 2002:

www.fpoe.wien.at/fpoe/f_akademie/dokupoint/chronologie/chronologie1992/27mai1992.htm]

Was für ein Marketingprofi muß der 1928 geborene Irenäus Eibl-Eibesfeldt schon als Minderjähriger gewesen sein: wird *sein Begriff* »Umvolkung« doch

durch den Leiter der »Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft« sofort zu einem *wissenschaftlichen* erhoben – wie alt er wohl war, als er diesen so schnell *erfolgreichen* Begriff prägte? Wilhelm Brauneder könnte Erhellendes dazu beitragen; aber als eben erst ernanntes Mitglied der Projektgruppe »50 Jahre Staatsvertrag« wird er leider ausgelastet sein mit ...

»Das Ziel des ethnopolitischen Ansatzes bezeichnete der Leiter der NOFG, Albert Brackmann, als »Umvolkung«.^[19] Umvolkung stand als Synonym für die Germanisierung deutschfreundlicher Bevölkerungsgruppen in den eroberten Gebieten und die Zuweisung von bestimmten Völkern in ihnen angemessene Siedlungsräume. Inwieweit Minderheiten überhaupt als solche definiert wurden, blieb in der politischen Definitionsmacht der VFG. Zur Siebung dieser Minderheiten nach »deutschem Blut« verwaltete die P-Stelle Dahlem die Kopie der »deutschen Volksliste«.

Michael Fablbusch, Basel, »Für Volk, Führer und Reich! Volkstumsforschung und Volkstumspolitik 1931-1945«, Vortrag gehalten am 10. Mai 2000 an der Universität Konstanz anlässlich der Ringvorlesung über »Deutsche Historiker im Nationalsozialismus und danach«, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/beitrag/essays/fami0500.htm>

»^[19] In seinem Rundschreiben an die Beiräte der NOFG bekundete Albert Brackmann, daß die »Anteilnahme der Ämter an den Fortschritten unserer bevölkerungsgeschichtlichen Studien, namentlich an den Forschungen über Umvolkung nach wie vor »groß« sei. Zu diesem Zweck hatte die NOFG 1943 ein bevölkerungspolitisches »Sofort-Programm« aufgelegt. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PAAA) Inl. II C 33/1 NOFG Bd. 10, Brackmann Rundschreiben an die Beiräte der NOFG Nr. 20 v. 6.8. 1943, Bl. D630914.«

Redaktionelle Anmerkungen zu *Gefangen, auch im Erinnern*

Nach der Veröffentlichung von *Gefangen, auch im Erinnern* in unserer letzten Ausgabe hat der Urheber des Briefes an Rudolf Burger einen an ihn adressierten Brief samt Beilage uns zum Druck angeboten. Wie Moritz Schreiweiß finden wir in beiden Briefe ebenfalls Belege für die im medialen Dunkel geführten Auseinandersetzungen, die, im Gegensatz zu den veröffentlichten Diskursen, im guten wie im schlechten vulkanische Kräfte derart zu bündeln verstehen, daß Wirklichkeiten tatsächlich ausgelöscht, *neue* Wirklichkeiten hergestellt werden können, wobei in solchen *Weltstürzen* den elitären Diskursen mit ihren imaginierten Avantgarde-Bedeutungen lediglich ein Kopfschmuckdasein zugestanden wird. Unter weiteren bestärkte diese Überlegung uns im Entschluß, beide Schriftstücke in der vorliegenden Ausgabe auszustellen.

Brief von Frau Edda Kellerhals

Lieber Moritz,

ob ich noch einen Winkel in Deinem Gedächtnis hab'? Deine Wohnung und unser Theater »Belvedere« waren im gleichen Haus ... Ja – aber an diese Geschichte wollen wir nicht rühren. Ich schreibe Dir, weil ich in der »Zeitung« Deinen öffentlichen Brief an Rudolf Burger las, an den ich ebenfalls einen Brief schrieb, den ich dann doch nicht abschickte: weder an ihn noch an irgendwen sonst; vielleicht int'ressiert es Dich, was ich –

Ach, Rudolf Burger ist wohl nur Vorwand, um mit Dir in Erinnerungen abzutauchen, da ich vom Tag fürs Leben nicht viel brauch'. Obgleich er mich durch seine *Irrtümer* dazu brachte, mich zu erregen und ans »Belvedere« und dann, durch Deinen Brief, an Dich und auch an Bernhard mich zu erinnern. Eure Freundschaft hat gehalten; das freut mich – Du und Bernhard macht noch was zusammen ...

Erinnerst Du Dich noch an das Stück mit dem *einfallreichen* Titel, an dem wir drei gemeinsam schrieben? Wir glaubten so fest daran, eine neue Bühne zu gründen, daß wir sie uns schon in meiner Küche als wirklich vorstellten – mit dem Eröffnungstück: »Belvedere«! An einer Stelle, um Dich schneller ins Erinnern zu holen, hatte ich zu sagen:

»es war ein außerordentlicher schachzug dich zur direktorin zu machen
das war das steinchen das fehlte um dich auf unsre linie einschwenken zu lassen
und du hast dich selber auf unsre linie gebracht
wie alle von selber auf unsre linie einschwenken
und nicht begreifen daß sie unsre linie mittragen
weil sie menschengemäß gar nicht wissen was in wahrheit unsre linie ist
wenn sie auf den straßen keine aufmärsche sehn
sind sie schon von ihrer aufklärungsarbeit überzeugt
wenn sie keine nationalsozialistischen parolen hören
sind sie schon mit ihrer überzeugungsarbeit zufrieden
wenn sie keinen führer ausmachen können
sind sie schon bereit sich zurückzulehnen
während sie im antihitlerismus steckengeblieben sind
haben wir uns weiterentwickelt
aber daß sie im antihitlerismus steckenbleiben
dafür haben wir den neuen lokalboten
der lokalbote bedient ja täglich ihre hitlerängste
im lokalboten müssen sie vom christlichen und moralischen adolf hitler lesen
und augenblicklich müssen sie erschüttert sein und
blitzschnell müssen sie zu ihrer medizin wehret den anfängen greifen
sie sind so damit beschäftigt ihr niemals wieder wortreich zu kläffen
daß sie gar nicht dazu kommen zu sehen was sie wirklich erwartet
daß sie gar nicht erkennen daß ihre medizin nicht mal mehr zum placebo taugt
während sie überall das alte ausschwitz sehn

gestalten wir ein neues auschwitz
ohne ein wirkliches auschwitz errichten zu müssen
während sie überall einen alten führer kommen sehn entwickeln wir eine neue
führerschaft ohne einen wirklichen führer einsetzen zu müssen
in allem hecheln die politisch korrekten uns hinterher
die gutmenschen sie mühen sich redlich
aber sie kommen uns nicht nach und sie kommen uns nicht bei«

Vergangen ... keiner von uns war daran schuld, daß es nicht geklappt hat, daß
es kam, wie es gekommen ist – vielleicht hätten wir jeder für den andren mehr
Verantwortung ... ah, die Zeit! Ich muß jetzt wohin, zu einem Gespräch –:
Jobhearing.

Mit ein bißchen Wehmut und in Eile,

Edda

P.S. Jetzt hätt' ich fast drauf vergessen, Dir meinen Brief an R. B. beizulegen.
Ah, auch das auch noch: Kaffee! Entschuldige! Spätestens jetzt aber wirst Du
Dich an Deine Verschüttmeisterin erinnern. Was mach ich jetzt? Ach was, ich
schick's trotzdem mit, was soll's –

Redaktioneller Hinweis zum Brief an Rudolf Burger:

Während Moritz Schreiweiß sich die Mühe machte, den an ihn gerichteten Brief zu transkribieren, ließ er uns beim Entschlüsseln des kaffeeleckigen und obendrein in einer kaum lesefreundlichen Handschrift abgefaßten Briefes an Rudolf Burger allein – wir vermuten, Moritz Schreiweiß tat dies, um eine für die Öffentlichkeit bestimmte Fassung herzustellen, in der das zu Persönliche mit Recht nicht mehr enthalten ist. Was für uns im Schreiben an Rudolf Burger auf Anhieb zu lesen war, haben wir hier aufgenommen, das Nicht-Lesbare und auch das aus unserer Sicht Weglaßbare haben wir im Brief mit »[...]« kenntlich gemacht: das für ein Wort, für einen Satz, für einen Absatz stehen kann. Wenige Sätze haben wir, wenn nicht gänzlich entzifferbare Wörter aus dem Satzzusammenhang klar und eindeutig zu rekonstruieren waren, des Leseflusses willen vervollständigt und in eckige Klammern eingeschlossen, ebenso einige Wörter, von denen wir nicht mit letzter Sicherheit zu sagen wagten, sie richtig entschlüsselt zu haben. Auszeichnungen wurden von uns ausschließlich dann vorgenommen, wenn wir im Brief selbst derartige Hervorhebungen mittels Anführungszeichen oder durch Kursivsetzung mit Bestimmtheit auszumachen glaubten.

Brief an Rudolf Burger

Werter Burger!

Nach dem Tod meines Mannes entschloß ich mich dazu, unser »Belvedere« zu schließen und mich nach neuen, andren Aufgaben umzusehen, denn ich sah die Arbeit unsres Kellertheaters – freilich ohne es als nur erfolgreich evaluieren zu können – als abgeschlossen, mehr als [ermüdend, vielleicht sogar als gescheitert an.]

[...]

Unsre Theaterarbeit verstanden wir als eine politisch-ethische, getragen von dem Willen, moralisch standhaft, wehrhaft zu werden, mitzuwirken an einem »Niemals wieder!«, das zur identitätsstiftenden Losung unsres Landes werden sollte, um gegen die verlockenden Ungeheuerlichkeiten [...] breitest zu immunisieren. Die Geschichte, die Tradition, die Realpolitik – mit einem Wort: die Semantik unsrer Nation machte es notwendig, unsren Spielplan in erster Linie gegen die nationalsozialistische Option auszurichten.

Wir waren ehrlich bemüht, unsre ethische und politische Verantwortung [...]

[...] diese *Pflichterfüllung* brachte uns keinen persönlichen Erfolg, machte uns nicht reich – im Gegenteil: einen Teil meines heutigen Einkommens muß ich noch für das Begleichen der durch den Theaterbetrieb verursachten Schulden aufwenden.

Vielleicht wird Ihnen durch diesen Abriß es möglich sein, zu verstehen und zu berücksichtigen, weshalb ich Ihnen persönlich auf Ihre »Irrtümer ...« – mitunter scharf – antworte.

[...]

Ach, wie könnte ich mir einbilden zu glänzen, Ihnen hier die Auswirkungen des »Dreißigjährigen Krieges« [...] oder Ihnen Ihre [...] gänzliche Weglassung der ökonomischen und sozialen Motive [...] Beweisführung für »was wäre dem Balkan alles erspart geblieben, hätten die Serben das Amselfeld vergessen« zunichte zu machen, wäre ich nicht einer Wirklichkeit ausgesetzt, die mir jedweden Luxus [...] en passant soviel: die Serben haben sehr wohl vergessen; sie haben vergessen, sich der historischen Sensationen umfassend zu erinnern, sich etwa daran zu erinnern, daß sie Schulter an Schulter u.a. auch mit Albanern, Bosniern gegen eine, und sich auch daran zu erinnern, nicht aber gegen *die* Niederlage ankämpften ...

[...]

»Und daher gibt es nur eine liberale Lösung: Rückzug des Staates aus der Zivilgesellschaft, Rekonstruktion der Verfassung, Ende der Parteibuchwirtschaft im öffentlichen Dienst, volle Integration des Landes in das westliche Bündnissystem.«

Sie haben natürlich sofort erkannt, daß der obenstehende Text Ihrer »Austromanie ...« entnommen ist, ebenso gut aber hätte ich diese Lösung dem gültigen Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei entnehmen können. Beinahe wäre ich der Versuchung mit erlegen, dem Wort »Wendephilosoph« sein Unterfutter zu schneiden. Wenn wir des Menschen Gang tatsächlich verstehen wollen, scheint es mehr denn [...] Ich schreibe Ihnen nicht als *Antifaschistin*, die vor der »Wiederkehr des Verdrängten« warnen will, sondern der das Mitregieren der Freiheitlichen Partei seit zwei Jahren Beweise genug liefert, in die Zukunft mit Sorge zu schauen. [...] Es wäre selbstverständlich eine Ungeheuerlichkeit von mir, Ihnen zu unterstellen, Topoi auch von extremen Rechten zu verwenden, aber es langweilt, diese Wahrheit verkaufen wollenden Wendungen auch bei Ihnen zu lesen:

»Wen davor ekelt, der gilt als Antisemit.«

»Das sind unverdächtige Stimmen des [...]«

Mag Ihnen dies als zu streng bewertet und daher als ignorierbar erscheinen, werden Sie vielleicht eine klärende Darlegung nachreichen wollen, weshalb Sie selbst Ihr eigenes »Plädoyer für das Vergessen« unterlaufen:

»Selbst der Kalte Krieg ist heute schon weitgehend vergessen, mit all seinen Krisen und Peripetien, in denen buchstäblich die Existenz der Gattung auf dem Spiel stand. Wer weiß heute noch, daß damals »Megadeath« eine strategische Maßeinheit war und »Bonuskill« ein Effizienzkriterium – und da redet man von »Verdrängung der Nazizeit?«

Zu den vielen krampfhaft konstruierten *Beweisen* (wie u.a. den nie realisierten, weil breitest abgelehnten »Morgenthau-Plan«) der Neonationalsozialisten und der Rechtsextremen, die Verbrechen des Dritten Reiches wegreßen oder zumindest aufrechnen zu wollen, um die *Antifaschisten* als die *wahren monströsen Massenmörder* punzieren zu können, haben Sie diesen ein weiteres *Argument* als nicht notwendiges Geschenk in ihre dankbaren Hände gelegt. Menschgemäß ist die Vereinnahmung nicht zu fliehen, und es wäre unverantwortlich, rein aus Furcht vor Mißbrauch zu verstummen. Und doch irritiert Ihre der *wirklich* passierten *industriellen Menschenvernichtung* gegenübergestellte *grausame Phantasie* von Militärs, die nie Wirklichkeit wurde und den Einzelnen weder als Täter noch als Opfer psychisch wie physisch [...]

Den auch von Ihnen vorgebrachten und nicht anders als »folkloristisch« zu bewertenden Vorwürfen, der »Holocaust« sei bloß noch ein Geschäft und taue bloß noch zum gegenseitigen moralisch und politisch korrekten Schulterklopfen, steht die »Hitler-Deutschland- und Holocaust-Industrie« der nationalsozialistischen Wiedergänger gegenüber. Vielleicht ist es Ihnen einmal möglich (oder Sie bekommen während eines *Staatsmittagstisches* dafür den Zuschlag, sofern Ihre Regierung [...]), mit der gleichen wissenschaftlichen Sorgfalt zu forschen, wie hoch die Gewinne der Nationalsozialisten, der Rechtsextremen aus deren »Hitler-Deutschland- und Holocaust-Verwertung« sind, die mit ihrer Apologie des »Tausendjährigen Reiches« nicht nur dem *Vergessenkönnen* die Straßen sperren, sondern auch das *Erinnern* geradewegs forcieren, weil sie eben über die »ökonomische Verwertung« hinaus auch eine Wiederkehr herbeizureden versuchen, nicht aber weil die »Vergangenheit verdrängt« wurde, sondern weil es eine für sie immer noch akzeptable und wünschenswerte Form einer essentialistischen Nation darstellt. [...] Die Dynamik zwischen der von Ihnen auf dem Richtplatz des Mainstreams vorgeführten »Holocaustindustrie« und der »Hitler-Deutschland- und Holocaust-Industrie« der sentimental, aber politisch inaktiven Verklärer, der Nationsreinwascher und schließlich der Verherrlicher und Heraufrauer der nächsten Staatsvariante eines »Dritten Reiches« bringt es mit sich, daß nach bald sechs Jahrzehnten die Speichelwellen in den Debatten immer noch derart stürmisch an die Vergangenheitsfelsen schlagen, als wäre das »Dritte Reich real« nicht ebenso »versunken wie Karthago«.

[...] müßig erscheinen läßt, ist, daß Ihre »Versuche, das Nicht-Selbstverständliche zu denken«, seit Jahrzehnten bereits die Versuche auch der »Masse« sind, den Nationalsozialismus als natürliches Erbe zu etablieren, auf das [... adaptiert ...] in die Ahnengalerie der Nation Adolf Hitler neben Franz Josef Habsburg zu hängen.

Wenn die Ihnen zugeschriebene Aussage der Wahrheit entspricht, Sie hätten mit Ihren *Irrtümern* eine »Bombe gezündet«, so könne dies nur verglichen werden mit einem [putzig rebellischen Versuch eines sonst braven Jugendlichen, zu Sylvester ein Glas Sekt vor seinem Vater in einem Zug zu leeren] obgleich die gesamte Familie es für unbedenklich hält, wenn nicht sogar für angemessen, daß auch Minderjährige auf ein neues Jahr mit Alkohol anstoßen dürfen.

[... braucht] den Diskurs, [aber mit genuinen Denkenden] und nicht mit Ihnen, und nicht mit Ihnen, Edda Kellerhals

Brief von Herrn Moritz Schreiweiß

Liebe Edda,

ich hab' mich über Deine Post schmerzlich gefreut, schmerzlich, weil Du Bernhard mir sogar in Deinem Brief an mich, als ob seit unsrer gemeinsamen Zeit kein Tag noch vergangen wär', vorziehst, und gefreut, weil mein Plan sich erfüllt hat.

Ich kann aber auf unsrer Lüge keine Zukunft bau'n – deshalb antwort' ich Dir gegen meinen Entwurf. Und ich will auch keine Hoffnung mehr, Dich für mich zu gewinnen ...

Deine Vermutung, Bernhard und ich wären weiterhin Freunde, die gemeinsam auch etwas tun, ist tatsächlich bloße Vermutung, denn wir haben, wenn ich mich recht erinn're, seit mehr als drei Jahren keinen Kontakt mehr; er dürfte wohl weggegangen, das Land sogar vielleicht verlassen haben. Wohin? – – Vor zwei Jahren hielt er sich anscheinend in Costa Rica auf, jedenfalls läßt ein Leserbrief, den ich am 23. Februar 2000 in der »Wiener Zeitung« abgedruckt fand, dies mich annehmen. Ich leg' Dir von dem eine Kopie bei. Ich will ja Bernhard gegenüber nicht gerecht erscheinen und behaupten, er hätte sich nie zu Wort gemeldet. Es könnte aber sein, daß doch nicht er diesen Leserbrief geschrieben hat; in der »Kurier«-Ausgabe vom 9. Februar 2000 nämlich las ich einen mit diesem auffällig übereinstimmenden Leserbrief von einem gewissen *Bernhard Kraus*: bei dem es sich entweder um die gekürzte oder die um original wiedergegebene Version handelt. Auch von dem eine Kopie anbei.

Mit Gewißheit kann ich also bloß sagen: alles andre ist von mir.

Ja, von mir – !

Keine einz'ge der »offenen E-Mails« hat Bernhard geschrieben, ebenso nicht »Gefangen, auch im Erinnern«. Ich hab' mir dafür seinen *Account* gehackt – warum ...

Du hast einen langen Brief an mich geschrieben, in Wahrheit aber nur einen einz'gen Fragesatz, den du *klugerweise* nicht formuliert hast: »Wie ist seine Adresse?« Das war meine Hoffnung, denn ich war mir sicher, irgendwann wirst Du wieder in seine Nähe Dich nötigen und mich dafür kontaktieren müssen, um herauszufinden ... dann wär' ich da gewesen, ich nur, und ...

Aber jetzt – – ohne Ärgernis und ohne weitere Täuschung will ich Dich bloß noch drüber informieren, wer dies alles wirklich geschrieben hat, ohne jedoch es noch werten, mich hervortun zu wollen. Zum Beweis und damit alles halt endlich auf dem Tisch ist, was längst aufgedeckt gehört hätte, schick' ich Dir alles mit.

Die Frage, die Du Dir jetzt unentwegt in unzähligen Varianten beantworten wirst wollen, beantwort' ich Dir gern: Bernhard hat bis jetzt nicht darauf reagiert, daß sein *Account*, sein *Name* – – entweder nutzt er dieses Kommunikationsmittel gar nicht mehr, oder er hat sich einen neuen Zugang verschafft und überläßt seinen alten für meine Zwecke aus Gründen, über die Du wohl besser Bescheid wissen solltest ...

Ich kenn' Deinen Hang zur Rechtfertigung – antwort' trotzdem nicht,
Moritz

P.S. Die vielen Beilagen, auf die ich in den »offenen E-Mails« verweis', schick' ich Dir aber nicht mit – diese sind für *unsre* Geschichte wohl nebensächlich. Sollte Dich diese Schlacke dennoch int'ressieren (Du scheinst noch immer ein politischer Kopf zu sein), findest Du sie unter www.kdu.at.

An Herrn Hans Dichand –
Neue Kronenzeitung – so seriös wie immer!

Montag, 4. Februar 2002, 2.12 Uhr

Sehr geehrter Herr Dichand,

wenn Ihre Zeitung auch zur »gutter press« zu zählen ist, sollten Sie es dennoch unterlassen, derart dilettantisch und verantwortungslos über Geschichte zu berichten.

Die ersten Punkte, die mir in der kurzen Zeit der Lektüre Ihres Artikels aufgefallen sind:

1. Wer ist der Verfasser dieser Serie?

Da Ihr Name, Herr Hans Dichand, der einzige in dieser Serie ausgewiesene ist, werde ich Sie so ansprechen, als ob Sie es selbst geschrieben hätten.

2. Mit Ihrer Formulierung »ihre zeitgeschichtliche Arbeit« suggerieren Sie, daß es sich hierbei um eine wissenschaftliche Arbeit handelt. Tatsächlich handelt es sich bei dem Buch »Edvard Beneš - der Liquidator« von Sidonia Dedina um einen zeitgeschichtlichen Roman. Da Sie die Beweggründe von Frau Dedina nicht angeben, zitiere ich aus ihrem Referat, das sie am 21. Oktober 2000 auf der Landeskulturtagung des BdV-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen hielt:

»Und um zu beweisen, daß die Vertreibungen keine logische, geschweige denn notwendige Folge von nazistischen Greuelaten waren. Die angebliche Kausalität ist nur Propagandavorwand der Vertreiber gewesen. Wie schade, daß auch viele Deutsche, Politiker wie Journalisten, den falschen Grund akzeptiert und immer wiederholt haben.«

Um die wissenschaftliche Seriosität Ihrer ausführlich zu Wort kommenden Quelle zu untermauern, möchte ich noch ein weiteres Zitat aus diesem Referat (nachzulesen unter <http://www.mittleeuropa.de/sidoniadedina1.htm>) bringen, und zwar deshalb, weil hier eine Fußnote eingefügt wurde:

»Die Nachkriegsregierung der Tschechoslowakei fiel vom Himmel oder kam aus der Hölle. Zwei Dutzend Mann kamen von nirgendwo, sie rissen alle Staatsgewalt an sich, die Armee, die Polizei, Gerichte, die Wirtschaft, und nicht zuletzt die fast drei Millionen deutsche Bürger*, die

sie aussiedeln ließen – wie es im Orwellschen Newspeak hieß. 20 bis 30 Mann! Wo kamen sie her?»

Die Fußnote dazu:

» Tatsächlich waren die Sudetendeutschen seit Herbst 1938 rechtmäßig Bürger des Deutschen Reiches, genau wie das Sudetenland seit Herbst 1938 rechtmäßig deutsches Staatsgebiet ist. Kein international gültiger Vertrag auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker hat jemals etwas daran geändert. Ob aber Frau Dedina tatsächlich hier ›Reichsdeutsche‹ meint, über die die selbsternannte ›Benesch-Regierung‹ herfällt, oder ob sie unbedacht die Einwohner des Sudetenlandes als Staatsbürger einer Tschechoslowakei betrachtet, geht hieraus nicht eindeutig hervor. ML 2001-03-06«*

Im Vorwort zu diesem Buch von Sidonia Dedina schreibt Ludek Pachmann u.a.:

»Kurz und bündig kann man sagen: Wegen seines gegen die Deutschen zielenden Hasses verkaufte Beneš die Nachkriegs-Tschechoslowakei an Stalin, den größten Massenmörder aller Zeiten. [...]«

»Dr. Beneš ...Seine Motive für die Übeltaten, für den Massenmord ab Mai 1945, waren Hass, Rachsucht, aber auch Feigheit und Minderwertigkeitskomplexe. [...]«

Möglicherweise ist es mir bis heute entgangen – ich kenne jedenfalls keine seriösen wissenschaftlichen Arbeiten, die mit derartigen Sätzen im Vorwort eingeleitet werden.

Sie schreiben: »[...] Kinder und Kinderwagen, die in Moldau und Elbe geworfen wurden, um dann mit Maschinengewehren beschossen zu werden.« Mag. Rolf-Josef Eibicht schreibt in seinem Buch »Der Holocaust (Völkermord) an unserem Deutschen Volk - ein Jahrtausendverbrechen: 9,3 bis 13,7 Millionen Todesopfer - Anhaltender geistiger Völkermord«:

»Kinder sowie Kinderwagen stießen die Tschechen in den Strom. Es waren meistens schwarz uniformierte Tschechen mit roten Armbinden. Sie warfen Frauen und Kinder, die sich nicht wehren konnten, von der 20 Meter hohen Brücke in die Fluten. Die Massenverfolgung der Deutschen dauerte bis in den späten Abend. Wir hörten aus allen Ecken und Straßen Schreie und Weinen. Weder eine Behörde noch die russische Besatzungsmacht schritten gegen diesen Massenmord ein. Zahlreiche Deutsche, die sich aus der Elbe schwimmend gerettet hatten, wurden durch Maschinengewehre beschossen.«

Wenn Sie, Herr Dichand, sich nicht dem Verdacht aussetzen wollen, von Rechtsextremen abzuschreiben, und der Stil Ihrer »Serie« weist sprachliche Ähnlichkeiten mit der revisionistischen Literatur auf, werden Sie nicht umhinkommen, die Quellen in den nächsten Beiträgen auch anführen zu müssen.

Sie wissen, wie schnell Gerüchte entstehen: Es könnte, wenn Sie weiterhin keinen Verfasseramen angeben, auch jemand auf die Idee kommen, daß Dr. Harald Ofner von der Freiheitlichen Partei der Verfasser sein könnte, ist dieser doch als Co-Autor des Buches »Der Vertreibungs-Holocaust« von Mag. Rolf-Josef Eibicht und Anne Hipp ein mit dieser »Materie« schon bestens vertrauter Schreiber.

Da diese offene E-Mail auch an Ihren Innenminister geht, werden sich kompetente Stellen des Innenministeriums mit Ihrer »Geschichtsserie« wohl beschäftigen, wenigstens beschäftigen.

Mit freundlichen Grüßen,

An Herrn Hans Dichand –
Hans Dichand, Jörg Haider, Rolf-Josef Eibicht: der Kreis der Heimat

Montag, 4. Februar 2002, 19.43 Uhr

Sehr geehrter Herr Dichand,

meine Frage, wer denn der Verfasser Ihrer Serie »Nemcum smrt! ..« sei, bleibt auch heute, nach Erscheinen des zweiten diesbezüglichen Artikels, aufrecht.

Nachdem Sie in der heutigen Ausgabe die Bezugsquelle - »Heimatkreis Mies Pilsen e.V.« - für den von Ihnen so ausgiebig zitierten Roman von Sidonia Dedina bekanntgegeben haben, machen Sie es mir leicht, darauf endlich eingehen zu können.

Der Heimatkreis Mies Pilsen e.V. bietet auf seiner Webpage u.a. auch folgende Publikationen an:

»Rolf-Josef Eibicht/Anne Hipp: Der Vertreibungsholocaust. Politik zur Wiedergutmachung eines Jahrtausendverbrechens, 420 Seiten, gebunden, Schutzumschlag, zahlreiche Dokumente und Bilder, DM 39,80. Mit einem Vorwort von Helmut Müller, Wien, und Beiträgen von Prof. Emil Schlee, Prof. Dr. Helmut Schröcke, Dr. Walter Staffa, Dr. Alfred Ardel, Franz Karl Wolf, Karsten Eder und Karl H. Schwind.«

»Neuerscheinung 2000!: Zerstörte Heimat - Das Egerland heute... - Vorankündigung einer bemerkenswerten Neuveröffentlichung

Der Heimatkreis Mies-Pilsen e.V. bringt einen Bildband heraus mit etwa 70 Farbaufnahmen und zahlreichen interessanten Texten. Die Bilder zeigen wie weit Verfall und Zerstörung im Egerland schon fortgeschritten sind. In den Texten wird an die unveräußerlichen und unverzichtbaren Rechte der Sudetendeutschen erinnert. In einem Artikel von Dr. Hans Mirtes wird auf die Gefahren hingewiesen, die von der Tschechischen Republik für Westeuropa aber insbesondere für Deutschland und Österreich ausgehen. Dieses Land ist und bleibt ein politischer Risikofaktor und ist ein unberechenbarer Partner. Mit diesem Artikel soll auch eine neue Betrachtungsweise dieses Landes eingeleitet werden, dessen Politiker es immer wieder verstanden haben, sich als Demokraten anzubieten, sich letztlich aber zum Handlanger einer gegen Deutschland gerichteten Einkreisungspolitik mißbrauchen ließen und auch heute wieder - von Teilen der Medien und Öffentlichkeit unbemerkt - mißbrauchen lassen.«

Der Heimatkreis Mies-Pilsen e.V. bietet aber auch unzählige kostenlos abrufbare Artikel auf seiner Homepage an, wie z.B.:

Mag. Rolf-Josef Eibicht: »Der polnische und tschechische Imperialismus«

»Die Verfolgung der Deutschen steigerte sich im Sommer 1939, und zwar noch vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, bis hin zum offenen Massenmord - ein nicht unerheblicher Grund dafür, weshalb es zur Kriegserklärung Deutschlands an Polen kam. Diese Mordorgie steigerte sich noch nach Beginn der Kampfhandlungen. Die vorrückenden deutschen Truppen fanden Tausende von ermordeten Volksdeutschen vor; unzählige andere waren brutal mißhandelt viele Frauen vergewaltigt worden. Diese Verbrechen waren von Polen verübt worden, ohne daß Behörden, Armee oder Polizei dagegen eingeschritten wären.«

Ich denke, dieses Zitat reicht vollkommen aus, um die »seriöse Geschichtsdarstellung« Ihrer, Herr Dichand, Quellen zu belegen. Ist Rolf-Josef Eibicht, ein bekannter und rechter Vielschreiber, der Verfasser Ihres Aufrufs »Der Wahrheit eine Gasse«?

Nur ein wenig Scrollen bringt uns von Mag. Rolf-Josef Eibicht zu Landeshauptmann Dr. Jörg Haider:

»Rede von LH Dr. Jörg Haider, 3. März 2001, Gedenkfeier der Sudetendeutschen Landsmannschaft«

»Es ist daher positiv, wenn die neue österreichische Bundesregierung erstmals nach vielen Jahrzehnten eine ist, die sich auch dieser geschichtlichen Frage der Altösterreicher stellt und die Entschlossenheit aufbringt, auch im Interesse der geschichtlichen Wahrheit für diese Altösterreicher entsprechende Weichen zu stellen.«

»Die Kärntner Bevölkerung hat durch die Gunst der historischen Ereignisse die Chance bekommen, vom Selbstbestimmungsrecht Gebrauch zu machen, und hat eine klare Entscheidung für ein freies und ungeteiltes Kärnten bei der nahen Republik Österreich (Hervorhebung B.K.) getroffen.«

In der heutigen Ausgabe schreiben oder lassen Sie schreiben: »Immerhin wurde die Vertreibung der Sudetendeutschen vom bedeutenden, indessen verstorbenen Völkerrechtler Felix Ermacora als »Genozid« bezeichnet.« Im Anhang finden Sie einen Artikel aus 1994 vor, um in Erinnerung zu rufen, mit welcher bedeutenden Persönlichkeiten und Vereinigungen Herr Ermacora verkehrte, und wovor er keine Angst hatte.

Abschließend möchte ich die Adressaten dieser offenen E-Mails eindringlich ersuchen, diese Informationen hier zum Anlaß zu nehmen, um selbst weitere Recherchen anzustellen und breitest öffentlich historiographisch seriös darüber zu berichten, denn es kann nicht angehen, daß diesem unverantwortlichen und dem Revisionismus anscheinend zugewandten Zeitungsherausgeber die Geschichtsschreibung überlassen wird, denn es ist nicht zu erwarten, daß die vorhandenen rechtlichen Mittel gegen diese Zeitung tatsächlich im vollem Umfange angewendet werden.

Mit dieser Serie, könnte man beinahe meinen, möchte Hans Dichand beweisen, daß seine Zeitung sich durch kaum mehr als durch die Auflagenhöhe von einem »Eckartboten«, von einer »Zur Zeit«, von einer »Halt« unterscheidet.

Da ich diese offene E-mail mit einer Anrede an Sie, Herr Dichand, begonnen habe, möchte ich nicht unhöflich erscheinen und schließe daher kaufmännisch mit freundlichen Grüßen,

An Herrn Dr. Jörg Haider –
Tribüne für Jörg Haider: der Gerichtssaal?

Donnerstag, 24. Januar 2002, 1.32 Uhr

Sehr geehrter Herr Dr. Haider,

obgleich diese E-mail an Sie gerichtet ist, dient sie in erster Linie dazu, die anderen Adressaten zu informieren, u.a. also auch Ihren Bundeskanzler, um ethische Verantwortung auch in der Realpolitik einzumahnen.

In Ihrem heutigen Interview in der Nachrichtensendung »ZIB 2« haben Sie in Zusammenhang mit den Beneš-Dekreten einmal mehr deutlich gemacht, aus welcher Gesinnung heraus Sie einer »Vergangenheitsbewältigung« das Wort reden, hörbar für jeden, der nicht Andreas Khol heißt: es geht Ihnen um die »Reinwaschung von Schuld« der Ihnen nahestehenden »Volksdeutschen«.

Denn wie anders ist Ihre Reaktion auf den in dieser »ZIB 2« gesendeten Beitrag, in dem von der Ermordung tschechischer Menschen, von der physischen Auslöschung eines ganzen tschechischen Dorfes berichtet wird, zu verstehen, wenn Sie sofort bemängeln, daß in diesem Bericht aber nicht die Vertreibung der Sudetendeutschen gezeigt wurde. Und hier kommt es entscheidend auf Ihre Art des Vorwurfes an: Während Sie verharmlosend lediglich darauf verweisen, die tschechische Bevölkerung sei »zu Schaden gekommen«, können Sie hingegen aber die Verbrechen an den Sudetendeutschen sehr genau benennen und ins Monströse gesteigert schildern: »wie die Tiere abgeschlachtet«.

Ich komme gerne Ihrem in o.a. Interview getätigten Aufruf zur Erinnerung nach.

Ihre Formulierung erinnert mich an Mag. Rolf-Josef Eibicht, der unter dem Titel »Die Leistungen der Deutschen Wehrmacht, einschließlich der Waffen-SS, zur Rettung deutscher Flüchtlinge und Heimatvertriebener« (zu finden unter: http://globalfire.tv/nj/d2000/historie/waffen_ss.htm) u.a. schrieb:

»Über 15 Millionen deutsche Holocaust-Opfer (Kinder, Frauen, Alte und wehrlose Soldaten) kann von Weizsäcker nur lachen. Den bestialischsten Völkermord der Menschheitsgeschichte nannte er »Befreiung« und die größte ethnische Säuberung der Welt nannte er liebevoll eine »unfreiwillige Wanderung«

»Stalins jüdischer Völkermörder frönte einer ganz besonderen Leidenschaft: »Es gibt nichts Schöneres für uns als deutsche Leichen. Töte den Deutschen!«

Aus reiner Sentimentalität - ich war ja lange schon nicht mehr in Kärnten: kann man auch in diesem Winter vom Klagenfurter Strandbad bis nach Krumpendorf auf dem Wörthersee eislaufen? Und gibt es in Krumpendorf noch die Schnellwäscherei gleich beim Strand, in der einem gleich ohne große Wartezeit die Hose geputzt und gebügelt wird, wenn man sich schmutzig gemacht hat?

Mag. Rolf-Josef Eibicht brauche ich Ihnen, Herr Haider, wahrscheinlich nicht vorzustellen, ist er doch Herausgeber des Buches: Rolf-Josef Eibicht (Hg.), »Jörg Haider - Patriot im Zwielficht?«, DS-Verlag, Stuttgart, 1997, ISBN 3-980-5844-1-0 (hard covers).

Die im Anhang angeführten Zitate sollen noch einmal klar und deutlich machen, daß mit der Freiheitlichen Partei insgesamt – und nicht nur mit Ihnen, Herr Haider – kein redlicher Geschichtsdiskurs möglich ist, da die Beweggründe für Ihren Kampf gegen die Beneš-Dekrete zu offensichtlich sind.

Mit freundlichen Grüßen,

An Herrn Dr. Andreas Khol – »dritte Republik«

Donnerstag, 27. Dezember 2001, 23.34 Uhr

Sehr geehrter Herr Klubobmann Prof. Dr. Khol,

da ein technisches Gebrechen es notwendig macht, meine Antwort vom 22. Dezember 2001 an Ihren Regierungspartner Peter Westenthaler wiederholen zu müssen, möchte ich dies gleich, und verzeihen Sie mir diese möglicherweise als unhöflich zu wertende Verschränkung, damit verbinden, auf eine Aussage in Ihrem heutigen »Standard«-Interview einzugehen, da es ohnehin einen direkten Zusammenhang mit dem u.a. Schreiben an den Klubobmann der Freiheitlichen Partei gibt.

In diesem Interview sagen Sie, die FPÖ habe die »dritte Republik ad acta« gelegt. Peter Westenthaler hingegen schreibt in seiner E-mail vom 21. Dezember 2001 (s. Datei »dritte Republik«): »Anbei Auszüge aus unserem Parteiprogramm / Dritte Republik.« Wollten Sie damit, sehr geehrter Herr Khol, Ihrem Kanzler Wolfgang Schüssel ein wenig die Sorge nehmen, daß er sein Amt verlieren könnte, da in diesem Teil des Parteiprogramms Ihrer Regierungspartnerin kein Bundeskanzler mehr vorkommt, sondern nur mehr eine von Ministerrat und Bundespräsidenten zu bildende Regierung?

Für Sie habe, heißt es weiter im Interview, Jörg Haider selbst die Deuschtümelei beendet und klargestellt, daß der Österreich-Patriotismus an erster Stelle stehe. Auch wenn die FPÖ weder auf Jörg Haider noch auf Ewald Stadler, auf den Sie in Ihrer Beweisführung für eine »normal und demokratisch« gewordene FPÖ im Interview verweisen, reduziert werden darf, lade ich Sie zum Tauschspiel »Aussagen und Klarstellungen von Jörg Haider« ein; am Schluß des Anhangs finden Sie meine dazu passenden.

Wiederum ist aber festzuhalten, daß Sie, sehr geehrter Herr Khol, bestens Bescheid wissen über das Wesen und das Programm der Freiheitlichen Partei, denn wie anders ist es sonst zu erklären, daß der FPÖ bei ihrem Regierungseintritt ein Zwinger namens »Präambel« gebaut werden mußte, den der »Dobermann« FPÖ aber bereits in seine Einzelteile zerlegt hat.

Mit freundlichen Grüßen,

Samstag, 22. Dezember 2001, 0.25 Uhr

Sehr geehrter Herr Westenthaler,

für Ihre Übersendung von Auszügen aus Ihrem Parteiprogramm danke ich Ihnen, und ich möchte lediglich auf die Kolumne von Hans Rauscher zur »dritten Republik« im »Standard« vom 21. Dezember 2001 verweisen, der in ihrer Deutlichkeit nichts hinzuzufügen ist. Außer vielleicht, daß es hoch an der Zeit ist, endlich in breitester Öffentlichkeit ausführlich auch Ihr Parteiprogramm samt dessen Wurzeln zu analysieren.

Wenn ich Ihnen im Anhang ebenfalls Auszüge Ihres Parteiprogramms sende, so sind diese in einem offenen Brief selbstverständlich nicht für Sie bestimmt, sondern um öffentlich die Redlichkeit der Argumentation Ihres Landeshauptmannes Jörg Haider in der aktuellen Causa zu belegen. Und diese Auszüge lassen doch erkennen, daß Ihrem Landeshauptmann und Regierungsausschußmitglied Jörg Haider das Programm Ihrer Partei Basis für sein Agitieren ist. Jörg Haider ist somit auch in dieser Causa lediglich der Schrillste, der medial am besten verkaufbare Einpeitscher, aber er ist bei weitem nicht der einzige. Diese auf Jörg Haider konzentriert-aufgeregte Berichterstattung kommt zu Lasten einer medial-politischen Auseinandersetzung mit der Freiheitlichen Regierungspartei Ihrer Gemeinschaft zugute, und es ist zu hoffen, daß es hier zu einer Änderung kommt.

Sie machen sich, sehr geehrter Herr Westenthaler, um mit einem Ausdruck meines Erstaunens darüber zu schließen, die große Mühe, mir Auszüge aus Ihrem Parteiprogramm herauszusuchen, zu kopieren und schließlich zu senden, wo es doch gar keine Mühe gewesen wäre, mit bloß einem Satz sogar zeitsparend zu antworten, daß etwa ein Theoretiker eines faschistischen Rassismus und Antisemitismus wie Julius Evola keine Ideenquelle für die »dritte Republik« sei.

Mit freundlichen Grüßen,

Von Herrn Mag. Martin Horner

Montag, 24. Dezember 2001, 13.02 Uhr

Sehr geehrter Herr Kraut!

bezugnehmend auf Ihr an Herrn Landeshauptmann Dr. Haider gerichtetes Schreiben darf ich Ihnen mitteilen, daß kritische Bemerkungen an Höchstgerichtsurteilen sehr wohl erlaubt sein dürfen und ebensolche quer durch die politischen Parteien auch des öfteren getätigt werden. Auch konnte in der Vergangenheit sehr oft beobachtet werden, daß Höchstgerichtsentscheidungen ignoriert worden sind.

Ich darf Sie nebenbei einladen, sich zur Minderheitenpolitik auf der Homepage www.ktn.gv.at zu informieren. Allein der Weisenbericht der EU stellt uns ein sehr gutes Zeugnis aus.

Mit freundlichen Grüßen
Mag. Martin Horner
Referent für Volksgruppenpolitik
Büro LH Dr. Haider

An Herrn Peter Westenthaler – »dritte Republik«

Dienstag, 18. Dezember 2001, 23.07 Uhr

Sehr geehrter Herr Westenthaler,

ich nehme bezug auf Ihre heutige E-mail, um einer möglichen Mißinterpretation entgegenzuwirken.

Sie schreiben: »Was die Dritte Republik betrifft, so kennen Sie ja unsere Meinung dazu«.

Wenn Sie, Herr Westenthaler, der Meinung sind, daß ich ihre Meinung zur »dritten Republik« ja kenne (und einzig in diesem Satz verwenden Sie den Plural), dann können Sie ausschließlich von meinen Aussagen zur »dritten Republik« in meiner E-mail an Sie vom 18. Dezember 2001 ausgegangen sein, um Ihren Schluß ziehen zu können, daß ich ihre Meinung zur »dritten Republik« ja kenne. Das käme aber einer Ihrer Bestätigung der diesbezüglichen Aussagen in meiner E-mail gleich und hieße u.a., daß ein Theoretiker des faschistischen Rassismus und Antisemitismus wie Julius Evola eine der Ideenquellen für die »dritte Republik« der Freiheitlichen Partei sei.

Nennen Sie diese Satzinterpretation überzogen, berücksichtigen Sie aber dabei das Erstaunen darüber, daß Sie als Klubobmann einer Regierungspartei dem mit keinem Wort widersprachen, während Sie gleichzeitig aber sehr wohl meine Meinung, die Freiheitliche Partei betreibe eine Erpressungs- und Bedrohungspolitik als nicht nachvollziehbar zurückwiesen.

Mit freundlichen Grüßen,

Von Herrn Peter Westenthaler – »dritte Republik«

Dienstag, 18. Dezember 2001, 16.26 Uhr

Sehr geehrter Herr Kraut!

Herzlichen Dank für Ihre Nachricht. Wie ich sehe, bleiben Sie bei Ihrer Einstellung. Leider kann ich Ihre Meinung nicht nachvollziehen, daß die FPÖ eine reine Erpressungs- und Bedrohungspolitik betreibt. Ich bin aber davon überzeugt, daß wir in diesem Ortstafelstreit eine gerechte Lösung finden werden. Ich schließe mich aber den Worten Dr. Jörg Haiders an: Das Verfassungsgericht ist im Jahr 1972, dem Jahr des Ortstafelsturms stehengeblieben. Österreich nimmt ja bereits mit der derzeitigen Quote eine Vorbildposition ein.

Was die Dritte Republik betrifft, so kennen Sie ja unsere Meinung dazu.

Auch Ihre vorweihnachtlichen, nicht gerade frommen Wünsche kann ich leider nicht erwidern. Herr Mortier hat heute im News-Interview gemeint, diese Regierung bleibe sicher noch länger, mangels Alternativen. Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

Nichts für ungut – und danke für Ihre offene Meinung.

Mit den besten Wünschen

Peter Westenthaler

An Herrn Peter Westenthaler – »dritte Republik«

Dienstag, 18. Dezember 2001, 2.36 Uhr

Sehr geehrter Herr Westenthaler,

für Ihr promptes Reagieren ist Ihnen zu danken.

Ihre Antwort führt aber zu keiner einzig zu korrigierenden Zeile meiner offenen E-mail an Sie.

Gleich Ihnen werde ich auf ein paar Passagen Ihrer Antwort nicht eingehen, es aber, im Gegensatz zu Ihnen, begründen. Es war nicht mein Ansinnen, mich in die Ortstafeldebatte einzumengen, sondern als Staatsbürger meiner Sorge um das durch Ihre Partei gefährdete Rechtssystem Ausdruck zu verleihen. Aus diesem Grunde werde ich bis auf einen Absatz nicht den Weg in Ihre völkisch motivierte Argumentation einschlagen.

Sie wollen, schreiben Sie, keine Entscheidung durch eine Änderung des Volksgruppengesetzes gegen die »Kärntner Bevölkerung« herbeiführen, damit entscheiden Sie sich aber unweigerlich gegen die Kärntner und österreichische Bevölkerung, denn die in Kärnten beheimateten Slowenen sind Angehörige der Kärntner und österreichischen Bevölkerung.

Auch diese Causa macht einmal mehr deutlich, daß Ihre Freiheitliche Partei nicht nur eine reine Klüngel-, sondern auch eine Erpressungs- und Bedrohungspolitik betreibt, und dieses Agieren aus einer hierfür mißbrauchten Regierungsposition heraus ist in einem demokratischen Rechtsstaat nicht zu akzeptieren. Der heute von Ihrem Landeshauptmann Jörg Haider verlangte Rücktritt vom Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes, um ein aktuelles aus den reichlich vorhandenen Beispielen der stets gleich ablaufenden Denunziationen anzuführen, bestätigt nachgerade jede Zeile meines Schreibens an Sie, daß nämlich durch die Freiheitliche Partei das österreichische Rechtssystem aufs gemeingefährlichste bedroht ist, nicht allein wegen des weit überbewerteten Regierungsausschußmitgliedes Jörg Haider, sondern weil es im Wesen Ihrer Partei liegt, diese demokratische Republik zerschlagen zu wollen, um eine »dritte Republik« zu installieren.

»Die Dritte Republik wird sich evolutionär aus der Zweiten Republik entwickelt, da man einfach sehen muß, daß die jetzigen Zustände im Lande gerade aus verfassungsrechtlicher Sicht nicht mehr verantwortbar sind.«

Haider in der »Jungen Freiheit«, 20. Oktober 1995

Dieses Zitat von Ihrem Landeshauptmann gewinnt aktuelle Bedeutung auch dadurch, daß der Begriff »dritte Republik«, so harmlos dieser von außen auch klingen mag, eine historische und beängstigende Linie aufweist, die Ihnen Ihr einschlägig amtsbekannter Ideologe Andreas Mölzer und Ihr Lothar Höbelt sicher ausführlich erläutern können: von Arthur Moeller van den Brueck, der 1923 erstmals den Begriff »Drittes Reich« verwendete, über Julius Evola zu Alain de Benoist. Diese wenigen Namen führe ich an, um das ideologische Umfeld abzustecken, in dem gerne Begriffe mit dem Zahlwort drei gebildet werden. Diese Namen werden Ihnen möglicherweise sogar selbst geläufig sein, sollten Sie nicht nur in der »Zur Zeit«, sondern auch in der »Aula«, in der »Jungen Freiheit«, ab und an blättern.

Meine neuerliche offene E-mail an Sie hat aber im Grunde nur einen Zweck, Sie in aller Deutlichkeit wissen zu lassen, daß tatsächlich jeder weitere Tag, der Ihre Partei in Regierungsverantwortung zu sehen bekommen muß, nicht ein Tag zuviel ist, sondern tatsächlich jede weitere Regierungsminute der Freiheitlichen Partei bereits eine Minute zuviel ist. Für Ihre vorweihnachtlichen Wünsche möchte ich Ihnen herzlich danken, und halten Sie mir bitte fest die Daumen, sehr geehrter Herr Westenthaler, daß mein einziger Wunsch als Staatsbürger auch in Erfüllung geht: die ÖVP möge endlich aus Ihrer ethischen Besinnungslosigkeit erwachen und die Koalition mit Ihrer Partei beenden.

Mit den besten Wünschen für Sie in Ihrer deutsch-kärntnerischen Keusche,

Von Herrn Peter Westenthaler –
Begriffstafeln für den Freiheitlichen Klubobmann

Montag, 17. Dezember 2001, 16.35 Uhr

Sehr geehrter Herr Kraut!

Herzlichen Dank für Ihr e-mail.

Es freut mich, daß Sie meine Betrachtungsweise des Verfassungsgerichtshofes so sehr interessiert.

Sie erwähnen, daß wir nicht für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes tätig sind, sondern in dem Sinne nur für die Kärntner. Dazu kann ich nur sagen: Würde diese Debatte ganz Österreich betreffen, so würde ich in gleicher Weise agieren.

Meine Meinung dazu habe ich im heutigen ORF-Mittagsjournal eindeutig erläutert.

Eine Gesetzesgebung wird im Parlament nun zu erarbeiten sein, sie darf sich aber nicht gegen die Bevölkerung Kärntens wenden.

Es hat im Übrigen niemand Verständnis dafür, daß man in Gemeinden mit 10 Prozent Minderheitenanteil jetzt die Ortstafeln ändern muß. Hier wird doch nur wieder eine Diskussion eröffnet, die aufgrund einer ausgewogenen Minderheitenpolitik Jörg Haiders bereits beendet war.

Ich erlaube mir auch, dieses Urteil als skurril zu bezeichnen, weil es mir eben nicht darum geht, den Kopf als Politiker einzuziehen und die Dinge so zu nehmen – im Gegenteil – glauben Sie etwa daß es unter den Verfassungsrichtern keine Politik gibt?

Ich bleibe dabei: Keine Entscheidung gegen die Kärntner Bevölkerung, dabei wird die FPÖ bleiben und das wird auch im Parlament in dieser Weise von uns behandelt. Ich schließe daher aus, daß wir im Parlament eine Änderung des Volksgruppengesetzes in jene Richtung durchführen, die sich gegen die Anliegen der Kärntner Bevölkerung richtet.

Mit besten vorweihnachtlichen Wünschen

Peter Westenthaler

An Herrn Peter Westenthaler –
Begriffstafeln für den Freiheitlichen Klubobmann

Sonntag, 16. Dezember 2001, 3.58 Uhr

Sehr geehrter Herr Westenthaler,

Ihre aktuelle Wortmeldung zum Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes ist ein willkommener Anlaß, Sie einzuladen, einige von Ihnen verwendete Begriffe abzuklären, wobei ich mich einzig auf Ihre Aussagen beziehe, die auf der Homepage Ihrer Partei (s.u.) zitiert veröffentlicht sind.

- Wenn Sie das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes zum Volksgruppengesetz als »skurril« einstufen, verwenden Sie »skurril« im Sinne von »abstrus«, also in der Bedeutung und nachgerade selbstkritisch, für Sie schwer verständlich?
Oder ist es Ihnen wieder einmal daran gelegen, das nach wie vor gültige Rechtssystem abzuwerten und zu verunglimpfen, um es langfristig durch eine »Ihre anständige Rechtsordnung« zu ersetzen?
- Wenn sie mit »Kärntner Bevölkerung« eigentlich die »deutsche Volksgemeinschaft« meinen, so wäre es der Klarheit wegen angebracht, hinkünftig es auch so zu formulieren. Denn als einer, der seine ersten zwei Lebensjahrzehnte in Kärnten verbrachte, kann ich Ihnen mit Bestimmtheit sagen, daß auch nicht Slowenisch sprechende Bürgerinnen und Bürger in Kärnten leben, die keine Einwände gegen das Aufstellen von zweisprachigen Ortstafeln haben, und darin auch keinen Nachteil erkennen können.
- Interessant wäre es von Ihnen zu erfahren, wer in einen möglicherweise geplanten Beraterstab für die enge Kooperation mit Ihrem Landeshauptmann Jörg Haider berufen werden wird. Werden es die »Volksgruppenexperten« Helmut Golowitsch, Andreas Mölzer sein? Wird es der Kärntner Heimatdienst sein, der eben eine an rechtsextreme Diktion – »Kein Ende der Milliarden-Sühnezahlungen! Wieviel fließt in dunkle Kanäle?« »EU ungeschminkt und ohne Maske« – erinnernde Protestaktion veranstaltet?
- Wenn Sie, Herr Westenthaler, von »direkter Demokratie« sprechen und zusätzlich noch die Bevölkerung »als seine« (Ihres Landeshauptmannes) bezeichnen, wäre es hinkünftig der Klarheit wegen angebracht, Sie ersetzen »direkte Demokratie« durch »Führerdemokratie«, also durch einen, wie Ihre Klüngel es formulieren würde, »unverdächtigen Begriff«, geht dieser doch auf Max Weber zurück.

Abschließend möchte ich Ihnen, sehr geehrter Herr Westenthaler, für Ihren klaren Hinweis danken, daß Sie nicht für die Bürger und Bürgerinnen in diesem Land tätig sind, sondern lediglich für die Bevölkerung, die Ihren Landeshauptmann, Ihre Partei auch tatsächlich gewählt hat, daß Sie also eine reine Klüngelpolitik betreiben.

Mit freundlichen Grüßen,

An Herrn Dr. Wolfgang Schüssel

Donnerstag, 29. November 2001, 0.04 Uhr

Sehr geehrter Wolfgang Schüssel,

es ist wieder einmal an der Zeit, direkt an Sie zu schreiben, um Sie daran zu erinnern, mit wem Sie in einer Regierung sitzen – Sie also zu erinnern, und nicht zu informieren, denn als gegenwärtiger Bundeskanzler und erster Antreiber für das Zustandekommen dieser gegenwärtigen Regierungskoalition benötigen Sie keine Informationen mehr über das Wesen der Freiheitlichen Partei – Sie zu informieren, hieße bloß, Laub in den Eichenwald zu tragen.

Im Anhang zu dieser offenen Email finden Sie entsprechende Daten in nuce zu den folgenden Punkten:

- Bei dem Symposium »Südtirol – quo vadis?« wird u.a. Dr. Helmut Golowitsch referieren, den ich hier besonders anführe, weil mich eine Quellenangabe (*Archiv der Burschenschaft Leder und Helmut Golowitsch/Andreas Mölzer*) auf die <http://leder.burschenschaft.at> (Montanuniversität Leoben) brachte, die nach dem immer noch gültigen Verbotsgesetz zu prüfen ist.
Als Bildagentur verwendet die Burschenschaft Leder u.a. »Wiener Nachrichten Online«. Es müßte für die österreichischen Behörden diesmal wohl leichter möglich sein, eine Sperre durchzusetzen, handelt es sich doch um eine österreichische Domain, und nicht wie bei der »Hofberichterstatte Ihrer Regierungspartnerin« Wiener Nachrichten Online um eine amerikanische. Dies als Beispiel, wie vernetzt die Rechtsextremen und Nationalsozialisten im World Wide Web agieren und propagandieren.
- Ihr Mitarbeiter, Herr Elmar Pichl, schrieb mir am 15. November 2000 in Ihrem Auftrag:
»Mit Ihren Ausführungen über Herrn Andreas Mölzer schildern Sie wahrscheinlich tatsächliche Gegebenheiten. Die ÖVP und die Regierungspolitik verbindet mit diesen Aussagen und Agitationen der Herr Andreas Mölzer einzig und allein die Tatsache, dass er für ein Mitglied des Koalitionsausschusses, nämlich LH Dr. Haider, arbeitet.«

Und was verbinden Sie mit der Tatsache, daß ein Mitglied des Regierungsausschusses Festredner auf einer Veranstaltung ist, zu der einschlägig amtsbekannte Referenten von einschlägig amtsbekannten Organisationen geladen sind?

Mit freundlichen Grüßen,

An Herrn Dr. Andreas Khol –
Ein Ideengeber der schwarzblauen Regierung
in Österreich: Gerd Honsik, Neonazi?

Sonntag, 11. November 2001, 14.09 Uhr

Sehr geehrter Herr Dr. Khol,

das Vierjahresjubiläum der Wochenzeitschrift ZZ macht es notwendig, Ihnen wiederum eine offene E-mail zu senden.

Im folgenden erlaube ich mir aus dem Verfassungsgerichtshof-Beschluß vom 3. März 1987, Geschäftszahl B682/86, Sammlungsnummer 11258, ein paar Passagen zu zitieren, ohne aber die ohnehin bestens bekannten entsprechenden Aussagen von Funktionären Ihrer Regierungspartnerin FPÖ gegenüberzustellen. Ebenfalls verzichte ich darauf, gleichwertige Texte aus der ohnehin zu Ihrer Lektüre zählenden und von Ihrer Regierung mit Steuergeldern geförderten Wochenzeitschrift ZZ zu bringen, und zum zweiten sind entsprechende Passagen auch in meinen offenen E-Mails unter www.kdu.at (Menüpunkt Politik) nachlesbar.

In seiner Begründung der Zurückweisung einer Beschwerde von Gerd Honsik als Vorsitzender der Nationalen Front und als deren Proponent führt der Verfassungsgerichtshof u.a. an:

»§3 VerbotsG ist auch dann anwendbar, wenn das für die Behörde maßgebliche Gesetz seine Beachtung nicht ausdrücklich oder durch einen allgemeinen Vorbehalt der Rechtmäßigkeit des Vorhabens oder Begehrens vorschreibt. Als allgemeine Generalklausel steht dieses Verbot neben und über allen Einzelvorschriften

Die kompromißlose Ablehnung des Nationalsozialismus ist ein grundlegendes Merkmal der wiedererstandenen Republik. Ausnahmslos jede Staatstätigkeit hat sich an diesem Verbot zu orientieren. Es darf kein behördlicher Akt gesetzt werden, der eine Mitwirkung des Staates an nationalsozialistischer Wiederbetätigung bedeuten würde. Das rechtsstaatliche Prinzip der Bundesverfassung steht dieser Annahme nicht im Weg. Denn jede Behörde hat §3 VerbotsG nur in dem für die Bewältigung ihrer Aufgaben vorgesehenen rechtsstaatlich geordneten Verfahren zu beachten. Daß niemand ohne ordentliches Verfahren wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung verurteilt werden darf, kann kein Hindernis für die Feststellung einer Verbotsverletzung sein, wenn von dieser Vorfrage die Beachtlichkeit eines Vorhabens oder Begehrens abhängt.

aa) Die Frage, ob eine Wiederbetätigung iS des VerbotsG vorliegt, läßt sich - wie schon der Oberste Gerichtshof (mit Bezugnahme auf frühere Judikatur) im Urteil vom 25. Juni 1986, 9 Os 132/85,

zutreffend dardat - nicht durch eine abschließende Beschreibung der denkbaren Betätigungsakte beantworten, waren doch die Ziele der NSDAP und ihrer Gliederungen allzu vielfältig und mannigfaltig. Jedenfalls aber stellt etwa eine Rechtfertigung oder Verharmlosung der (verbrecherischen) Maßnahmen des NS-Regimes und die Verherrlichung der Annexion Österreichs im Jahre 1938 ebenso wie jede sonstige völlig einseitige, propagandistisch vorteilhafte Darstellung nationalsozialistischer Maßnahmen und Ziele eine Wiederbetätigung nach dem VerbotsG dar.

Bei der Beurteilung, ob ein Verhalten als Wiederbetätigung zu qualifizieren ist, kommt es nicht darauf an, ob einzelne Formulierungen schon bei isolierter Betrachtung bereits als typischer Ausdruck nationalsozialistischer Ideologie anzusehen sind oder ob manche Ideen in der Vergangenheit von anderen politischen Gruppierungen ebenfalls vertreten wurden und einzelne davon auch heute noch in Programmen demokratischer Parteien enthalten sind. Denn neben Einzelhandlungen, die schon bei isolierter Betrachtungsweise als typische Betätigung im Sinne des Nationalsozialismus zu erkennen sind, kann auch ein komplexes Handeln eine Wiederbetätigung darstellen, selbst wenn einzelne Teilakte des betreffenden Gesamtverhaltens für sich allein noch nicht als typisch nationalsozialistische Handlungen angesehen werden können. Bei dieser Gesamtschau kommt es auf den Inhalt der geäußerten Gedanken, aber auch darauf an, ob sie in einer dem Sprachgebrauch der Nationalsozialisten deutlich angenäherten Form geäußert werden.

bb) Im vorliegenden Fall ist der Bundesminister für Inneres zur Annahme einer Wiederbetätigung gelangt. Er hat dies im angefochtenen Bescheid (s.o. I.2.c) ausführlich und nachvollziehbar begründet.

cc) Insbesondere zeigt - vor dem Hintergrund der vorstehenden allgemeinen Überlegungen (sublit. aa) - das »Provisorische Programm der Nationalen Front! Vorschläge zur Beseitigung des bestehenden Systems« (abgedruckt in der Zeitschrift »Halt« Nr. 23 vom November 1984) deutlich, daß die versuchte Bildung der »Nationalen Front« eine Wiederbetätigung darstellte.

In diesem Programm lautet es auszugsweise:

»1. Beseitigung der Parlamentarischen Demokratie und Einführung der Präsidialdemokratie.

Heute darf das Volk den OHNMÄCHTIGEN erwählen. Eines Tages soll es den MÄCHTIGEN auserwählen können. Damit die Macht vom Volke ausgeht. Und nicht die Ohnmacht.

2. Die Medien als 'Vierte Gewalt'.

Dieser verbrecherische Einfluß (der Medien) muß gebrochen, der Journalistenstand muß gesäubert, befreit und dem Volk verantwortlich gemacht werden.

3. Kampf der Lüge vom 'Geeinten Europa'.

Europa ja! - Ein Europa der Nationalstaaten - eine Welt der Nationalstaaten.

Die 'Europa-Idee' der Sieger, der Freimaurer, ist Opium für das deutsche Volk. Sie ist Gift gegen Deutschlands Wiedergeburt.

4. Beseitigung des Österreichischen Staatsvertrages (Diktat von Wien).

Die österreichische Neutralität ist der Versuch der Siegermächte, unser Schicksal von dem der übrigen deutschen Nation abzukoppeln. Diese aufgezwungene Neutralität muß durch eine freiwillige, die nicht Deutschland sondern den Weltmächten gilt, ersetzt werden.

Alle wirtschaftlichen Beschränkungen, die Österreich in Hinblick auf Deutschland auferlegt wurden, müssen fallen.

5. Brechung der Macht der multinationalen Konzerne.

Die multinationalen Konzerne sind die Hauptschuldigen an der Verschmutzung unserer Umwelt, für unsere Abhängigkeit vom Ausland, für das Hereinholen von Einwanderern und für die Aushöhlung unserer Demokratie durch die Lenkung unserer Medien und damit unserer Politik. Sie verkörpern den Brückenkopf unserer Feinde, der Freimaurer und des internationalen Kapitals, in Österreich. Ihre Macht muß durch Enteignung gebrochen werden! Deutsche Konzerne gelten in unserem Bereich nicht als multinational.

6. Kampf den Geschichtslügen.

Der deutsche Soldat hatte das Völkerrecht auf seiner Seite als er das Rheinland, das Saarland, Österreich, die Tschechoslowakei, Polen und Elsaß-Lothringen betrat. Die unbewiesenen deutschen Kriegsverbrechen des Zweiten Weltkrieges sind von unabhängigen Wissenschaftlern neu zu prüfen. Die erwiesenen Massenmorde der Alliierten, insbesondere der von Amerika geplante Völkermord an uns Deutschen (Morgenthauplan) und die Verbrechen der Polen, Tschechen, Jugoslawen sowie die Unmenschlichkeiten der Roten«

Ihr Bundeskanzler, sehr geehrter Herr Dr. Khol, nehme ich an, wird über die Neutralität selbst nachgedacht haben und keine Anleihen bei Herrn Honsik genommen haben.

Wurde vor Zuerkennung der Publizistikförderung in Höhe von rund Achthunderttausend Schilling an die ZZ von »Umvölker« Andreas Mölzer eine entsprechende Prüfung durchgeführt? denn es »kann kein Hindernis für die Feststellung einer Verbotsverletzung sein, wenn von dieser Vorfrage die Beachtlichkeit eines Vorhabens oder Begehrens abhängt«. Oder ist das Verbotsgesetz bereits auch ein »Mozartkugler« in den Augen Ihres Bundeskanzlers, der von mir (und ich bin sicher nicht der einzige) über die ZZ mit einer offenen E-mail am 11. Oktober 2000 informiert wurde, ebenfalls unter www.kdu.at nachzulesen, wie auch die von Wolfgang Schüssel in Auftrag gegebene Antwort vom 15. November 2000 darauf.

In Erinnerung daran, daß der Klubobmann Ihrer Regierungspartnerin FPÖ über den Integrationsvertrag geradezu glücklich war, ist der gesamte Titel der Zeitung von Gerd Honsik anzuführen: »Halt-Demokratisches Kampfmittel gegen ausländische Unterwanderung« – welch ein Gleichklang!

Haben Sie schon einmal im gültigen Parteiprogramm Ihrer Regierungspartei gezählt, wie oft in diesem »Deutsch« vorkommt, sehr geehrter Herr Dr. Khol? Wie die Freiheitliche Partei »Deutsch« in ihrem Parteiprogramm verwendet, soll Ihnen ein Beispiel aus dem Kapitel 15 – Kultur zeigen:

»(1) Die Muttersprache ist das Ergebnis einer biographischen und familiären Prägung. Sie ist daher die Sprache, in der man denkt, fühlt und träumt. Die jeweilige Muttersprache ist daher als Trägerin des kulturellen Ausdruckes das bestimmende Kriterium der Zuordnung zu einer größeren Kulturgemeinschaft. Da die Mehrheit der Österreicher die Staatssprache Deutsch (vgl. Art. 8 B-VG) als Muttersprache spricht, ergibt sich daraus ihre Zugehörigkeit zur deutschen Kulturgemeinschaft.

(2) Der Schutz und die Pflege der Sprache sind eine öffentliche Aufgabe; eine entsprechende Gesetzgebung ist anzustreben.«

Das Parteiprogramm einer Regierungspartei hat konkrete Auswirkungen auf die Gesetzgebung, auf die Sachpolitik, und nur deshalb ist es auch immer wieder notwendig, auf das Weltbild der Freiheitlichen Partei hinzuweisen. Und dieses Weltbild ist der Schlüssel für die Regierungspolitik der Freiheitlichen Partei.

Welche Gründe sind Ihrer Meinung nach ausschlaggebend, daß die Freiheitliche Partei in Ihrem Parteiprogramm den Staatsvertrag von 1955 für gegenstandslos erklärt?

Weshalb glauben Sie, verschränkt die Freiheitliche Partei die Frage des EU-Beitrittes Tschechiens mit den Beneš-Dekreten?

Wie kann mit einer Regierungspartei FPÖ, die in ihrem Parteiprogramm Re-Nationalisierung verlangt, an der Weiterentwicklung der Europäischen Union gearbeitet werden?

Wie ist mit einer Regierungspartei FPÖ, die in ihrem Parteiprogramm dezidiert Multikulturalität ablehnt, eine wirklich für alle Seiten zufriedenstellende Integration zu erreichen?

Und so weiter, und so weiter.

Mit freundlichen Grüßen,

An Frau Elisabeth Gehrler –
Schulbuchaktion 2001/2002: Rechtsextremer Verlag dafür empfohlen?

Sonntag, 11. November 2001, 18.01 Uhr

Sehr geehrte Frau Gehrler,

ursprünglich wollte ich diesen Veranstaltungshinweis, entnommen der Homepage Ihrer Regierungspartnerin FPÖ (Menüpunkt F-Akademie)

»Wolf Martin: Diabolische Verse Die schärfsten Sprüche & Unveröffentlichtes aus Wolf Martins Giftschränkchen

Die Freiheitliche Akademie und der Leopold Stocker Verlag laden zu einem wahrhaft teuflischen Abend

Wolf Martin liest aus seinem neuen Buch: Diabolische Verse
Begrüßung: ao. Univ. Prof. Dr. Lothar HÖBELT, Mag. Wolfgang Dvorak STOCKER (Leopold Stocker Verlag)

Mittwoch, 21. November 2001, 19.00 Uhr«

an Ihren Ressortkollegen Ernst Strasser direkt schicken mit der Frage, ob der Leopold-Stocker-Verlag in Zusammenhang mit Rechtsextremismus einschlägig amtsbekannt ist, aber das World Wide Web ist schlimmer als ein Wespennest.

Sie suchen nach dem »Leopold-Stocker-Verlag« und erhalten die Liste der an der Schulbuchaktion 2001/2002 beteiligten Verlage und müssen feststellen, daß auch der Leopold Stocker Verlag aus Graz in dieser Liste geführt wird.

Auf der Homepage präsentiert sich der Leopold-Stocker-Verlag als ein Verlag für die Landwirtschaft; welche Bücher dieser Verlag aber noch herausgibt, können Sie anhand der nachfolgenden Buchbesprechung entnehmen, die auf der Homepage der Republikaner in Deutschland zu finden war:

»Intelligenz, Vererbung und Sozialstruktur

Das Thema ist brisant und tabubelastet: Welche Folgerungen ergeben sich aus der erblichen Bedingtheit der Intelligenz für die moderne Gesellschaft? Volkmar Weiss, durch eine Vielzahl wissenschaftlicher Publikationen ausgewiesener Humangenetiker und Dozent an der Universität Leipzig, gibt klare und unbequeme Antworten. Während in traditionellen Gesellschaften der Intelligenzquotient (IQ) noch viel stärker quer durch alle sozialen Schichten gestreut war, sammeln sich heute, im Zeitalter der Hochtechnologie- und Informationsgesellschaft, Menschen mit höherem IQ in den zahlenmäßig stark angewachsenen hochqualifizierten Berufen und bilden so eine »intellektuelle Elite«, die sich vom Rest der Bevölkerung

auch sozial abzusetzen beginnt. Den wirtschaftlichen Vorteilen dieser Konzentration steht ungeahnter sozialer Sprengstoff gegenüber. Gestützt auf wissenschaftliche Studien vor allem aus den USA befaßt sich Weiss auch mit der unterschiedlichen Verteilung des IQ bei verschiedenen ethnischen Gruppen in einem Land. Während die hierbei ermittelten Durchschnittswerte naturgemäß keine Aussage über einzelne Angehörige der jeweiligen ethnischen Gruppe zulassen, vor falschen, »rassistischen« Schlüssen mithin ausdrücklich gewarnt werden muß, ergibt sich der politische Zündstoff nicht zuletzt daraus, daß »durch Steuerung oder Nichtsteuerung von Einwanderung eine furchtbare Mischlage von sozialem und ethnischem Konflikt geschaffen oder verhindert werden kann«. Überzeugend weist der Verfasser den Irrglauben zurück, die vom Schrumpfen der Deutschen verursachten Probleme der Sozialkassen durch Einwanderung lösen zu können. Weiss setzt sich kritisch mit der »im Kern kinderfeindlichen« bundesrepublikanischen Gesellschaft auseinander, in der vor allem die Höherqualifizierten und -begabten ohne Nachwuchs bleiben, und scheut sich als »DDR«-Dissident, Mitinitiator der Leipziger Montagsdemos und DSU-Gründungsmitglied nicht, die erfolgreiche Bevölkerungspolitik der »DDR« zu preisen, die bis heute die Folgen des westdeutschen Versagens abmildert: Während in den alten Bundesländern (Stand 1994) 37 Prozent der Frauen mit Hochschulabschluß kinderlos sind und nur 15 Prozent der ungelerten, ist es in den neuen Bundesländern umgekehrt: Dort sind elf Prozent der Ungelernten und nur acht Prozent der Hochschulabsolventinnen kinderlos. Fazit: »Studenten mit Kindern sollten eine Selbstverständlichkeit sein«. Wer wissenschaftliche Argumente und Lösungsansätze zum Schlagwort »Kinder statt Index« sucht, findet sie in diesem Buch.

Volkmar Weiss: Die IQ-Falle. Intelligenz, Sozialstruktur und Politik. Stocker Verlag: Graz 2000, 312 S. mit Tabellen und Skizzen, geb. DM 39,90

Wenn Sie sich eingehender mit dem Leopold-Stocker-Verlag auseinandersetzen wollen, wird Ihnen Ihr Ressortkollege Wilhelm Molterer als Autor dieses Verlages ebenso Auskunft geben können, wie Ihr ehemaliger Parteiobmann Josef Riegler: Ökosoziale Marktwirtschaft, 1996, Leopold-Stocker-Verlag. Sie werden sich wohl mit diesem Verlag eingehender auseinandersetzen müssen, und ich verweise hier lediglich auf meine heutige E-mail an Ihren Klubobmann Andreas Khol. Ihre Regierungspartnerin FPÖ empfiehlt auf Ihrer Homepage ebenfalls Bücher des Leopold-Stocker-Verlages (Menüpunkt F-Akademie, Buchshop), in denen zum Beispiel solche Frage behandelt werden, wie: »können Juden deutsche Patrioten sein«.

Werden für den Geschichtsunterricht an den österreichischen Schulen auch die von den an der Schulbuchaktion beteiligten Verlagen herausgegebenen Büchern den Lehrerinnen und Lehrern als Unterrichtsmaterialien empfohlen?

Ich frage dies wegen eines bestimmten Buches: Mirko Jelusich, »Prinz Eugen, Feldherr Europas«, 1979, Leopold-Stocker-Verlag. Dieses Buch empfiehlt auf seiner Homepage Ernst Zündel, der übrigens in seinem Logo ebenfalls zwei Z führt, wie die Wochenzeitschrift »Zur Zeit«. Die Prinz-Eugen-Biographie von Mirko Jelusich erschien bereits 1941, damals aber unter dem Titel »Der Traum vom Reich«.

Mit freundlichen Grüßen,

An Herrn Gerhard Pichler –
»Wiener Nachrichten Online«
und andere Internetaktivitäten, Magazin »Zur Zeit«

Mittwoch, 7. November 2001, 20.53 Uhr

Sehr geehrter Herr Pichler,

selbstverständlich bin ich hiermit gerne bereit, Ihre neuerliche E-mail ebenfalls öffentlich zu machen, um durch Ihre heutige Erklärung möglichen Mißverständnissen aufgrund Ihrer E-mail vom 6. November entgegenzuwirken.

Sollte der eine oder die andere es trotzdem für sonderbar halten, daß aus »Verfolgung der Aktivitäten der ZZ« von gestern auf heute eine ledigliche »Mitverfolgung« wurde, daß aus der »selbstverständlichen Verfolgung« von gestern auf heute ein ledigliches »Durchsehen zur Auswertung allfälliger relevanter Informationen« wurde, kann dies bestimmt mit dem Hinweis darauf, daß es bei einem derart schnellen Medium schlicht unmöglich sei, jede Formulierung sorgfältig zu wählen, entkräftet werden.

Sollte die eine oder der andere bemerken wollen, Ihr heutiger Hinweis, die Wochenzeitschrift ZZ werde allerdings in Zusammenhang mit einem 1999 erschienenen Artikel im Verfassungsschutzbericht 2000 erwähnt, klinge wie, auch die respektabelsten Schülerinnen seien halt nicht vor einer Klassenbucheintragung gefeit gewesen, so würde ich dies als polemisch abtun und brüsk von mir weisen.

Ich hoffe, die Weiterleitung ist in Ihrem Sinne, denn dadurch sind alle in die Lage versetzt, ihr Urteil anhand unseres vollständigen Schriftverkehrs bilden zu können.

Mit freundlichen Grüßen,

Von Herrn Gerhard Pichler –
»Wiener Nachrichten Online«
und andere Internetaktivitäten, Magazin »Zur Zeit«

Mittwoch, 7. November 2001, 11.59 Uhr

Sehr geehrter Herr Kraut!

Zu Ihrem E-Mail vom 6. November 2001 darf ich zur zitierten Passage aus meinem E-Mail gleichen Tages bemerken, dass die Staatspolizei selbstverständlich sehr viele – auch die respektabelsten – Druckwerke zur Auswertung allfälliger relevanter Informationen durchsieht. Aus der »Mitverfolgung« eines Druckwerkes ergibt sich daher noch keine positive oder negative Bewertung dessen Inhalts. Die Wochenzeitung »Zur Zeit« wird allerdings auch im Kapitel IV/5 (»Rechtsextremismus«), Punkt 1.1 (»Druckwerke / Inland«) des Verfassungsschutzberichtes 2000, Seite 26, im Zusammenhang mit einem im Juni 1999 erschienenen Artikel erwähnt. Der Verfassungsschutz kann über unsere Homepage abgerufen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Gerhard Pichler
Bürgerdienst- und Auskunftsstelle des Bundesministeriums für Inneres

An Herrn Gerhard Pichler –
»Wiener Nachrichten Online«
und andere Internetaktivitäten

Dienstag, 6. November 2001, 22.21 Uhr

Sehr geehrter Herr Pichler,

ich möchte Ihnen für Ihre prompte Antwort wirklich herzlich danken.

Ganz besonders wird die Information, daß die Staatspolizei die Aktivitäten der Wochenzeitschrift »Zur Zeit« verfolgt, Herrn Andreas Khol, Klubobmann der Regierungspartei ÖVP, interessieren, der »ZZ« nicht nur allenthalben im Plenum des Nationalrates liest, sondern sich sehr dafür einsetzte, daß »ZZ« erstmals eine ansehnliche Publizistikförderung erhält.

Verzeihen Sie, daß ich Ihre Antwort öffentlich mache, aber ich denke, daß es eine sehr öffentliche Angelegenheit ist.

Mit freundlichen Grüßen,

Von Herrn Gerhard Pichler –
»Wiener Nachrichten Online«
und andere Internetaktivitäten

Dienstag, 6. November 2001, 11.30 Uhr

Sehr geehrter Herr Kraut!

Zu Ihrer Anfrage vom 5. November 2001 darf ich Ihnen nach Rücksprache mit der Staatspolizei mitteilen, dass auch diese auch die Aktivitäten der Wochenzeitschrift »Zur Zeit« – selbstverständlich – jedoch nicht der Freiheitlichen Partei verfolgt.

Der wohlbekannt »Trick« rechtsextremistischer Gruppierungen, sich ausländischer – zumal amerikanischer – Provider und Server zu bedienen, erschwert allerdings die Ermittlungen zur Ermöglichung einer Strafverfolgung selbst der von Österreich aus agierenden Verantwortlich erheblich, da diese allenfalls nur durch ständige Mitverfolgung aller Veröffentlichungen und gelegentliche »Unvorsichtigkeiten« ausgeforscht werden können.

Zu der von Ihnen am Integrationsvertrag geübten Kritik darf ich bemerken, dass diese Regierungsvorlage natürlich einen Kompromiss darstellt, dessen Details allerdings erst im Nationalrat festgelegt werden müssen. Der Herr Bundesminister ist sich jedenfalls der Sensibilität des Gesetzesvorhabens bewusst und hat auch bereits angekündigt, den Betroffenen – etwa beim Selbstbehalt für die Kurskosten – möglichst entgegenzukommen.

Mit freundlichen Grüßen

Gerhard Pichler
Bürgerdienst- und Auskunftsstelle des Bundesministeriums für Inneres

An Herrn Gerhard Pichler →»Wiener Nachrichten Online«

Montag, 5. November 2001, 18.31 Uhr

Sehr geehrter Herr Pichler,

für Ihre Information möchte ich Ihnen herzlich danken.

Menschgemäß haben Sie meine Fragen, die das sogenannte Inland betreffen, also in erster Linie die Regierungspartei FPÖ, aus welchen Gründen immer nicht beantwortet. Daß die Homepage von »Wiener Nachrichten Online« auf einem Server in den USA liegt, überrascht nicht, ist doch mittlerweile weithin bekannt, daß Rechtsextreme und Nationalsozialisten mit diesen Tricks arbeiten.

Kann man aus Ihrer Mitteilung, daß die Staatspolizei weitere Informationen beschaffen und die Aktivitäten von »Wiener Nachrichten Online« beobachten wird, den positiven Schluß ziehen, daß auch die Aktivitäten der Wochenzeitschrift »Zur Zeit« von der Staatspolizei beobachtet werden, daß die Aktivitäten von der Freiheitlichen Partei von der Staatspolizei beobachtet werden?

Mit freundlichen Grüßen,

Von Herrn Gerhard Pichler – »Wiener Nachrichten Online«

Montag, 5. November 2001, 14.29 Uhr

Sehr geehrter Herr Kraut!

Unter Bezug auf Ihre E-Mails vom 26. Juni und vom 3. Oktober d.J. in o.a. Angelegenheit darf ich Ihnen nach Erhalt eines Berichtes der Staatspolizei mitteilen, dass vom Bundesministerium für Inneres zu dieser Homepage bereits seit längerem Ermittlungen geführt werden. Es handelt sich um eine Homepage, welche auf einem amerikanischen Server liegt. Als Adresse scheint im Internet »Simple Network Communication, Inc. 225 Broadway 13 th floor, San Diego, CA 92101« auf.

Die Staatspolizei wird im Gegenstand weitere Informationen beschaffen und die Internetaktivitäten weiter beobachten.

Mit freundlichen Grüßen

Gerhard Pichler
Bürgerdienst- und Auskunftsstelle des Bundesministeriums für Inneres

An Herrn Ernst Strasser

Mittwoch, 3. Oktober 2001, 0.17 Uhr

Sehr geehrter Herr Ernst Strasser,

der heutige Beschluß des Desintegrationsvertrages gibt wieder einmal einen Anlaß dafür, kurz festzuhalten, wofür Sie als Hauptverhandler dieses Vertrages und Ihre Christlichsoziale Partei auch stehen:

- *für das ungehinderte Agieren-Lassen von Rechtsextremen im Internet:*
Mit meiner offenen Email vom 25. Juni 2001 an Ihre Vizekanzlerin, die auch an Sie, Herr Strasser, ergangen ist, habe ich auf »Wiener Nachrichten Online« aufmerksam gemacht. Heute, am 2. Oktober 2001, kann von »Wiener Nachrichten Online« immer noch bequem auf unzählige ausländische Homepages von rechtsextremistischen Vereinigungen zugegriffen werden, aber auch auf sehr viele Organisationen Ihrer Regierungspartnerin FPÖ.
- *für die aktive Unterstützung von Rechtsextremen:*
Förderung der einschlägig amtsbekannten Wochenzeitung »Zur Zeit« durch Steuergelder.
- *für das Belügen von Mitgliedern des Parlamentes der demokratischen Republik Österreich:*
Ihre Außenministerin Benita Ferrero-Waldner leugnet schriftlich, »Zur Zeit« weder zu kennen noch zu lesen, obgleich sie dieser Zeitung ein Interview gegeben hat.
- *für das Zuschauen, wie von der Freiheitlichen Partei dem Ignorieren von Gesetzen, letztendlich der Vernichtung des Rechtsstaates das Wort geredet wird:*
Nur zwei Beispiele dafür aus dem knappen Zeitraum vom 29. September bis 2. Oktober 2001: Auf den Einwand auf seine Idee, bei Nichtabsolvierung der Kurse, ausländischen Bürgerinnen und Bürgern auch das Arbeitslosengeld streichen zu lassen, da es sich dabei um eine Versicherungsleistung handle, hat Peter Westenthaler geantwortet: »das macht ja nichts«. Karl Schnell spricht sich in Zusammenhang mit den heutigen Beschlüssen für ein Handeln in bezug auf Sicherheit für die Bevölkerung aus und unterstellt der Bevölkerung, an Gesetzen nicht interessiert zu sein, wenn es um ihre Sicherheit geht.

Im »großen und ganzen« können Sie, Herr Strasser, um eine Ihrer Phrasen zu verwenden, und Ihre Christlichsoziale Partei mit diesen Ihren Leistungen »zufrieden sein«, die Herrn Peter Westenthaler und die gesamte Freiheitliche Partei (zu der auch Andreas Mölzer gehört) nicht nur geradezu, sondern vollkommen glücklich machen dürften.

Mit freundlichen Grüßen,

An Herrn Dr. Gottfried Feurstein – Presseförderung »Zur Zeit«

Sonntag, 30. September 2001, 17.23 Uhr

Sehr geehrter Herr Dr. Feurstein,

für Ihr Schreiben vom 26. September 2001 danke ich Ihnen.

Es ist nicht von Interesse, ob Sie als Christlichsozialer »Zur Zeit« abonniert haben oder nicht, ob Sie »Zur Zeit« lesen oder nicht, ob Sie zum Inhalt dieser Zeitschrift Stellung nehmen können oder nicht.

Von Interesse ist, weshalb erhält eine Zeitschrift, die die *Rechtsordnung auf einem bestimmten Rechtsgebiet wiederholt mißachtet*, eine Presseförderung. Und noch mehr von Interesse ist, weshalb hält die ÖVP an einer Regierungskoalition mit der Freiheitlichen Partei fest, deren Positionen auffällig den Inhalten von »Zur Zeit« gleichen.

Mit freundlichen Grüßen,

Von Herrn Dr. Gottfried Feurstein – Presseförderung »Zur Zeit«

Donnerstag, 27. September 2001, 10.21 Uhr

Sehr geehrter Herr Kraut!

Für Ihre Information über das E-Mail an Herrn Klubobmann Univ.-Prof. Dr. Andreas Khol bedanke ich mich. In der Zwischenzeit erhielten Sie von Herrn Klubobmann Dr. Khol eine schriftliche Antwort. Als Abgeordneter zum Nationalrat habe ich keinen Einfluss auf die Publizistikförderung. Die Entscheidung obliegt ausschließlich dem Beirat.

Die Zeitschrift »Zur Zeit« habe ich nicht abonniert. Sie zählte noch nie zu meiner Lektüre. Ich bitte um Verständnis, dass ich zum Inhalt dieser Zeitschrift nicht Stellung nehmen kann.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Gottfried Feurstein

An Herrn Dr. Andreas Khol – Presseförderung »Zur Zeit«

Dienstag, 18. September 2001, 22.08 Uhr

Sehr geehrter Herr Dr. Khol,

ich möchte Ihnen für Ihre *Antwort* auf meine offene Email vom 28. August 2001 herzlich danken.

Sie verweisen in Ihrem Schreiben (siehe Anhang am Ende der E-mail) auf die Bestimmungen des Publikationsförderungsgesetzes 1984 - und somit doch auch auf die entsprechenden Änderungen der Publizistikförderung in 1997, denn es nicht anzunehmen, daß Sie als einer **der Eintreter** für diese Änderungen auf die Neuformulierung des § 7 vergessen haben können.

Zur Erinnerung, sehr geehrter Khol, der wesentliche Auszug, damit nicht auch die Gesetze noch zu Töchtern der Zeit verkommen:

»§ 7.

(*Aufgehoben durch BGBl. I Nr. 130/1997*)

(2) Von der Förderung sind periodische Druckschriften ausgeschlossen, die im Jahr, für das die Förderung beantragt wird, oder in den beiden vorangegangenen Jahren

- 1. zum gewaltsamen Kampf gegen die Demokratie oder den Rechtsstaat aufrufen, oder
- 2. Gewalt gegen Menschen als Mittel der Politik befürworten, oder
- 3. wiederholt zur allgemeinen Mißachtung der Rechtsordnung auf einem bestimmten Rechtsgebiet auffordern«

Eine weitere Erinnerung: Ihre Aussagen zu den Änderungen in 1997. Die Hervorhebungen im folgenden Text durch Unterstreichung habe ich mir erlaubt vorzunehmen, um es Ihnen ein wenig zu erleichtern, auch diese für Sie nicht mehr zu buchstabierenden Begriffe wieder lesen und die für Sie nicht mehr existierenden Zusammenhänge wieder herstellen zu können:

»Wien, 25. Oktober 1997 (ÖVP-PK) Der Budgetausschuss des Nationalrats hat im 3. Budgetbegleitgesetz eine Änderung der Publizistikförderung beschlossen, die künftig finanzielle Unterstützung für links- und rechtsextreme Publikationen untersagt. Damit wurde einer Forderung der Österreichischen Volkspartei Rechnung getragen, dass Zeitschriften wie das ›Tatblatt‹, die zur Gewaltanwendung und zur Missachtung von Gesetzen aufrufen, nicht mehr gefördert werden dürfen. ›Es ist nun gesetzlich sichergestellt, daß Medien, die die Demokratie oder den Rechtsstaat

gewaltsam bekämpfen, keine Steuergelder mehr bekommen, betonte heute, Samstag, ÖVP-Klubobmann Dr. Andreas Khol. Von der Förderung sind periodische Druckschriften ausgeschlossen, die im Jahr, für das die Förderung beantragt wird, oder in den beiden vorangegangenen Jahren 1. zum gewaltsamen Kampf gegen die Demokratie oder den Rechtsstaat aufrufen oder 2. Gewalt gegen Menschen als Mittel der Politik befürworten oder 3. wiederholt zur allgemeinen Missachtung der Rechtsordnung auf einem bestimmten Rechtsgebiet auffordern. Auf Verlangen eines Mitgliedes des Beirates hat dessen Vorsitzender in Zukunft vom Bundeskanzleramt ein Gutachten über die Frage einzuholen, ob die Förderung einer Druckschrift die gesetzlichen Erfordernisse erfüllt, sagte Khol.«

Abschließend bleibt nur noch festzustellen, daß es menschengemäß aus Ihrer Sicht seine Richtigkeit haben wird, daß Sie die Ihnen am 28. August gestellten Fragen – nachzulesen unter www.kdu.at (Menüpunkt Politik) absolut nicht beantwortet haben, da ohnehin die Handlungen der Regierungsparteien FPÖ und ÖVP Antworten genug sind.

Wäre die ganze Angelegenheit nur ein Villacher Fasching, würde ich Sie gerne gefragt haben, ob Ihr Ausspruch, die Wahrheit sei eine Tochter der Zeit, richtig wiedergegeben wurde, oder ob Sie tatsächlich gesagt haben: »Die Wahrheit ist eine Tochter der Zur Zeit.«

Mit freundlichen Grüßen,

Von Herrn Dr. Andreas Khol – Presseförderung »Zur Zeit«

Dienstag, 18. September 2001, 16.14 Uhr

Sehr geehrter Herr Kraut!

Auf Ihr e-mail betreffend die Publizistikförderung für die Zeitschrift »Zur Zeit« kann ich Ihnen folgendes mitteilen:

Die Förderung periodischer Druckschriften erfolgt nach den Bestimmungen des Publizistikförderungsgesetzes 1984. Förderungen werden jeweils aufgrund des Gutachtens eines beim Bundeskanzleramt eingerichteten Beirates von der Bundesregierung entsprechend den gesetzlichen Voraussetzungen sowie der darauf beruhenden Förderungsrichtlinien vergeben.

Mit freundlichen Grüßen

Univ.-Prof. Dr. Andreas Khol
Klubobmann

An Frau Benita Ferrero-Waldner –
Die Lüge eine Tochter der ÖVP

Donnerstag, 6. September 2001, 21.38 Uhr

Gnädige Frau,

als Wähler in diesem Staat habe ich gelernt, die Wahlkampfstrategien der Parteien bei meiner Stimmabgabe zu berücksichtigen, und ich habe etwa vor der letzten Nationalratswahl dem nachdrücklichen Versprechen von Wolfgang Schüssel, im Falle des Abrutschens der ÖVP auf den dritten Platz, in Opposition zu gehen, gottoderwemimmerlob keinen Glauben schenken müssen, genausowenig wie ich darüber nachzudenken hatte, ob Andreas Khol nach einer Wahlniederlage sich wirklich pensionieren lassen wird, wie er es in einem Interview mit Andreas Mölzer für die »Junge Freiheit«, Ausgabe 15/1998, in Aussicht stellte.

Aber daß Sie, die als gegenwärtige Außenministerin der demokratischen Republik Österreich dem Parlament verpflichtet ist, gegenüber einem Mitglied des österreichischen Nationalrates noch im Dezember 2000 schriftlich behaupten können, die Zeitschrift »Zur Zeit« nicht zu kennen und nicht zu lesen, obgleich Sie auch von mir die offenen Emails vom Oktober 2000 an Ihren Bundeskanzler Wolfgang Schüssel wie auch die in seinem Auftrag verfaßte Antwort vom November 2000 zugesandt bekamen, zeigt doch deutlich, welchen Stellenwert das Parlament und welchen Stellenwert die Menschen in diesem Land bei Ihnen einnehmen.

In diesen offenen E-Mails, die unter www.kdu.at (Menüpunkt Politik) abrufbar sind, wird eindringlich auf das Bedrohungspotential von »Zur Zeit«, von Andreas Mölzer und Ihrer Regierungspartnerin FPÖ für die österreichische Demokratie aufmerksam gemacht, und ich bin überzeugt davon, daß Sie durch diese offenen Briefe nicht zum erstenmal darüber in Kenntnis gesetzt wurden, zumal wenn man bedenkt, daß Andreas Mölzer eine der öffentlich exponiertesten Persönlichkeiten der Wiedergänger in Österreich ist, und auch, daß im Jahr 2000 allenthalben in den Medien über »Zur Zeit« und Andreas Mölzer in Zusammenhang mit dem NS-Wiederbetätigungsgesetz zu lesen war.

Menschgemäß werden Sie die von Bürgern an Sie gesandten E-Mails nicht selbst abrufen und Ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen werden diese Ihnen nach Prüfung der Dringlichkeit und Wichtigkeit nicht vorlegen, so wäre es also von mir vermessen, Sie der Lüge zu bezichtigen.

Die Frage, wen kennt man schon wirklich, ist tatsächlich eine philosophische, eine andere Frage freilich ist die, ob man jemanden zumindest seinem Namen nach kennt. Andreas Mölzer kennt Ihren Namen, Frau Benita Ferrero-Waldner, sehr gut, denn in der Liste von »Zur Zeit« über die in dieser Zeitschrift bisher veröffentlichten Interviews wird für die Ausgabe 06/1998 das mit Ihnen geführte Gespräch mit dem Titel »Unsere Neutralität ist eine militärische« ausgewiesen.

Ihnen als Dame glaube ich aber aufrichtig, daß Sie sich nicht zu dieser Unart hinreißen lassen, Ihrem Parteifreund Andreas Khol zum Zwecke des Mitlesens über die Schulter zu blicken, wenn er zuweilen im Plenum des Nationalrates in der Zeitschrift »Zur Zeit« blättert. Hat aber Andreas Khol Sie nie dazu eingeladen, »Zur Zeit« gemeinsam im Parlament zu lesen, nicht einmal die Ausgabe 13/1998, in der sein Gespräch unter dem Titel »Staatsbürgerschaft ist ein kostbares Gut« abgedruckt wurde?

Das ist lediglich die Einleitung und nicht das Wesentliche, weshalb ich an Sie schreibe.

Denn die Bücherschränke, die Zeitungständer und das World Wide Web sind ohnehin weltweit übervoll mit Publikationen zum Wesen der Freiheitlichen Partei, so daß ich hier auf weitere Ausführungen zu dieser Ihrer Regierungspartnerin verzichten kann, und Sie, Frau Benita Ferrero-Waldner, können sich nicht aus Ihrer Verantwortung damit stehlen, zu behaupten, Ihnen sei dies alles nicht bekannt, zumal Unwissenheit und größte Informationsdefizite Sie für die Ausübung eines jeden Amtes disqualifizieren würden.

Es wäre jedoch müßig, Sie zum Rücktritt aufzufordern, denn salopper Umgang mit der Wahrheit hat in Österreich noch keine Ministerin und noch keinen Minister veranlaßt, von sich aus zu demissionieren. Für den Fall aber, daß Sie für das Amt der Bundespräsidentin kandidieren, ist es jetzt schon vorzumerken. Bei einer Direktwahl können die Wähler und Wählerinnen entscheiden, ob sie eine Lügnerin in die Hofburg entsenden wollen oder nicht, und darauf wird, wenn Sie tatsächlich kandidieren, entschieden und laut hinzuweisen sein.

Und nun das Wesentliche:

Als Bürger und Steuerzahler verlange ich von Ihnen eine klare und eindeutige Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Weshalb initiiert das Außenministerium noch ein »internationales Jugendprojekt zu Toleranz und Konfliktbewältigung«, wenn mit der FPÖ die Monopolistin der Intoleranz und des Schürens von Konflikten Ihre Regierungspartnerin ist? Gerechterweise muß aber

gesagt werden, daß in bezug auf den Antisemitismus die FPÖ eine brave und lerneifrige Tochter der Christlichsozialen ist.

2. Ist die Subvention für das vom Österreichischen Bundesjugendring und dem Interkulturellen Zentrum organisierte und vom Außenministerium beauftragte Jugendprojekt höher oder niedriger als die Presseförderung für die Zeitschrift »Zur Zeit«? Und welche von diesen beiden Förderungen erachten Sie als Verschwendung von Steuergeldern?
3. Weshalb setzen Sie noch Steuermittel für Presseaussendungen ein, wie für Ihre vom 3. April 2001 (siehe Anhang), wenn Sie den »gemeinsamen Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit« budgetschonend in Regierungsausschußsitzungen führen könnten?
4. Wenn »im Alltag die Maßnahmen zur Sensibilisierung jedes Einzelnen in der Gesellschaft« in bezug auf Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit »zu stärken sind«, und Sie als »wichtige Mittel dafür insbesondere Menschenrechtsbildung und die Förderung der Wertschätzung für kulturelle Diversität« ansehen, ist zu fragen, ob vom Außenministerium vor allem für Ihre Regierungspartnerin FPÖ ein derartiges Projekt geplant ist, unter dem denkbaren Titel *Regierungsprojekt zu Toleranz und Konfliktbewältigung*? Es wäre ein sehr kostengünstiges und budgetschonendes Projekt, denn die Inhalte des vorliegenden Jugendprojektkonzeptes können ohne die geringste Änderung übernommen werden.
5. Was verstehen Sie unter »Förderung der Wertschätzung für kulturelle Diversität«? Existenzgefährdende Anhebung der Postversandtarife? Hetze gegen Kunst- und Kulturschaffende? Streichung von Subventionen für Kunst- und Kulturschaffende, die nicht zupaf kommen? Kärnten als Vorbild in ganz Österreich umsetzen? Berichte des Innenministeriums bereitwilligst und eiligst ausländischen Freunden zur Verfügung stellen?

Mit freundlichen Grüßen,

An Herrn Dr. Andreas Khol – Presseförderung »Zur Zeit«

Dienstag, 28. August 2001, 2.26 Uhr

Sehr geehrter Herr Dr. Khol,

wie ich dem dieswöchigen *Profil* entnehme, sollen Sie sich sehr stark dafür eingesetzt haben, daß die Zeitschrift »Zur Zeit« von Andreas Mölzer erstmals eine ansehnliche Presseförderung erhält.

Ausführungen zu dieser Zeitschrift können hier unterbleiben, da ohnehin reichlich bekannt ist, wie »Zur Zeit« zu bewerten ist. Auch Ihnen sandte ich meine offenen E-Mails an Andreas Mölzer, Wolfgang Schüssel, Susanne Riess-Passer, Thomas Klestil zu, die u. a. Informationen zu dieser Zeitschrift und zu Andreas Mölzer enthalten – diese offenen E-Mails samt Antwortschreiben sind unter www.kdu.at, Menüpunkt Politik (Kärnten Down Under) abrufbar. Wesentliche Informationen finden Sie auch unter www.idgr.de (Informationsdienst gegen Rechtsextremismus).

Im folgenden stelle ich Ihnen stellvertretend für die gesamte ÖVP ein paar der Fragen, an die Sie sich leicht erinnern werden, sofern, sehr geehrter Herr Khol, die Vergeßlichkeit nicht Ihre Tochter ist. Das Jahr 1996 fällt noch nicht unter das Burgersche Diktat des Vergessens.

Diese Ihre Fragen sind in Österreich aber tatsächlich rein in bezug auf die politische Rechte aufgrund der österreichischen Geschichte und unter der besonderen Berücksichtigung, daß die Freiheitliche Partei durch Sie zur Regierungspartei avancierte, erschöpfend zu beantworten.

»Parlamentarische Anfrage Nr. 1602/1996

von Dr. Andreas Khol

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Khol

und Kollegen

an den Bundeskanzler

betreffend Publizistikförderung für linksradikale und linksalternative Zeitschriften

1. Sind Ihnen die Inhalte der genannten Zeitschriften bekannt?
2. Teilen Sie die politischen Ansichten der herausgebenden Gruppen mit allen Konsequenzen für die demokratische Republik Österreich?
3. Halten Sie die Förderung dieser Zeitschriften in Anbetracht der von diesen beabsichtigten Polarisierung der österreichischen Bevölkerung tatsächlich für demokratiepolitisch vertretbar?
4. Stellt es für Sie »Zensur« dar, solche Zeitschriften, die zum Teil den Boden der Verfassung verlassen haben, nicht zu fördern?

5. Wie definieren Sie den Begriff ›Zensur‹?
6. Ist Ihnen bekannt, wie das Innenministerium die genannten Zeitschriften und deren Herausgeber beurteilt?
7. Wenn ja, wie sind diese Beurteilungen ausgefallen?
8. Wenn nein, wieso beobachtet die Staatspolizei dieses linksextreme gewaltbereite Spektrum nicht?«

Welchen Zweck verfolgen Sie, Andreas Khol, und Ihre Partei damit, eine Zeitschrift staatlich zu fördern, die es sich nicht entgehen lassen wird, unter Hinweis auf diese Förderung sich als ein seriöses und staatlich förderungswürdiges Medium zu verkaufen? Sie unterstützen damit u.a nicht nur eine nicht-wissenschaftliche Geschichtsschreibung, sondern auch einen revisionistischen Geschichtsdilettantismus. Glauben Sie möglicherweise, in dieser das Deutschtum verherrlichenden Gemeinschaft kompetente Verbündete für die Verwirklichung Ihrer Bürgergesellschaft zu finden?

Und was werden Ihre nächsten Schritte sein?

Wenn ich an den von Ihnen kolportierten Satz, daß die Wahrheit eine Tochter der Zeit sei, denke, scheint es nicht abwegig Sie zu fragen, ob Sie daran denken, dem Revisionismus das Geschäft der Staatsgeschichtsschreibung federführend zu überlassen. Wozu allerdings zuvor das noch gültige NS-Wiederbetätigungsgesetz schnell zu killen wäre.

Oder sind es schlicht und einfach Kniefälle über Kniefälle vor Ihrem Regierungspartner FPÖ? Und wenn dem so ist, haben Sie dann gar keine Sorge, ihre gute Sonntagskirchganghose durchzuscheuern?

Mit freundlichen Grüßen,

An Frau Dr. Susanne Passer –
Initiative Flandern-Österreich: FPÖ und Vlaams Blok

Montag, 25. Juni 2001, 17.35 Uhr

Sehr geehrte Frau Dr. Susanne Riess-Passer,

Sie haben mir am 27. Februar 2001 durch Ihre BGST antworten lassen, daß Sie es nicht verbieten können, wenn Links zu Ihrer Regierungspartei gesetzt werden, auch dann nicht, wenn es Rechtsextreme in Deutschland sind, die die Freiheitliche Partei unter »Inland Deutschland« führen.

Ihre sinngemäße sonntägliche Aussage in Vösendorf, das wahre Gesicht hinter Alfred Gusenbauer und Alexander Van der Bellen dürfe nicht vergessen werden, hat mich dazu verleitet, wieder einmal in das wahre Gesicht der Regierungspartei FPÖ zu schauen.

Ein kurzer Einstieg in das World Wide Web, diesmal mit Stichprobe Radenthein, Kärnten. Die »FPÖ & PU Radenthein« haben, so nennen sie es jedenfalls selbst, einen Link zu »unseren Freunden in Belgien (Flandern)«: »Initiatief Vlanderen-Ostenrijk« gesetzt, erreichbar über www.visit.to/Austria.

Auf dieser Seite der Initiative Flandern-Österreich steht menschengemäß nichts von der Partei »Vlaams Blok«, aber die angegebene Email-Adresse, mit der direkt Kontakt aufgenommen werden kann, ist die Email-Adresse von Rob Verreyken, Vlaams Blok Antwerpen. Es ist die gleiche Email-Adresse, die Rob Verreyken auf seiner Vlaams-Blok-Homepage verwendet. Auf der Linkliste dieser Seite allerdings gibt es einen Link zur Partei Vlaams Blok. Aber auch zu beiden gegenwärtigen Regierungsparteien in Österreich (FPÖ und ÖVP). Wie steht übrigens Ihr Kanzler Wolfgang Schüssel zu diesem Initiativschulterluß mit dem Vlaams Blok?

Da diese offene E-Mail ohnehin auch der gegenwärtige Innenminister Ernst Strasser erhält, ist es dem Herrn Innenminister vielleicht möglich zu veranlassen, die Website »Wiener Nachrichten Online« (www.wno.org) auf Rechtsextremismus und mögliche rechtliche Vergehen prüfen zu lassen.

Auf »Wiener Nachrichten Online« ist aber durchaus Interessantes zu erfahren, zum Beispiel, daß Ihr Regierungsparteifreund Andreas Mölzer am 8. Juni 2001 Festredner des deutschen Burschentages 2001 der Deutschen Burschenschaft auf der Wartburg war, oder daß die jüngste national-freiheitliche Frauenverbindung mit Ihrem Frauenminister Herbert Haupt feierte.

Aber lesen Sie, Frau Passer, gegenwärtige Vizekanzlerin der demokratischen Republik Österreich, selbst, was »Wiener Nachrichten Online« darüber berichtet:

»Am 8. 6. 2001 hat der Kulturbeauftragte des Landes Kärnten, Andreas Mölzer, auf der Wartburg in Eisenach gesprochen. Er ist Festredner des Burschentages 2001 der Deutschen Burschenschaft (DB). Der Burschentag fand vom 6. bis zum 10. Juni 2001 auf der Wartburg bei Eisenach (Thüringen) statt.

Durch die Regierungsbeteiligung der FPÖ gelangten die FP-nahen akademischen Männerbünde in Österreich zu neuem Einfluß. Die Korporierten des national-freiheitlichen Lagers stellen drei Regierungsmitglieder (Haupt, Waneck, Böhmendorfer) und einen Landeshauptmann (Haider).

Puncto Burschenschaften hat übrigens der Jahreslagebericht 2000 des Österreichischen Innenministeriums festgehalten: Der von den »Burschenschaften unterschwellig ausgehenden rechtsextremen Ideologieverbreitung wird im Sinne des Sicherheitspolizeigesetzes weiterhin besonderes Augenmerk zugewendet.«

»Jüngste national-freiheitliche Frauenverbindung feiert mit Minister Herbert Haupt

Die Sudetendeutschen Damengilde »Edda« feierte am 9. 6. 2001 in Wien ihren ersten Geburtstag. Prominenter Festredner: Frauenminister Herbert Haupt (FPÖ). Er habe aus seiner eigenen Mitgliedschaft bei der »Akademischen Landsmannschaft Kärnten zu Wien« nie ein Geheimnis gemacht, sagt sein Sprecher.

Die Damengilde wurde auch als Reaktion auf die Männerbünde gegründet, erklärt Initiatorin Brigitte Enzfelder (»aktives Mädel Ulla, bedeutet reich an Erbesitz und Geistesgaben«) im Ihren Erbesitz definiert die angehende Ärztin als »deutschstämmig«. Ziel sei die »Pflege national-freiheitlichen Gedankenguts«.

Enzfelder beharrt nachdrücklich auf einem »anderen Nationenbegriff. Ich bin Österreicherin, aber wir sind einfach deutschstämmig. Österreich ist ein Vielvölkerstaat, aber wir legen halt Wert darauf, dass das deutsche Volksgut irgendwo erhalten bleibt.«

Deutsches Volksgut soll aber auch außerhalb Österreichs erhalten bleiben. »Es gibt so viele Deutsche oder deutschstämmige Menschen in den ehemaligen Ostblockländern, die außerhalb der Menschenrechte leben und unterdrückt werden«, erklärte Enzfelder: »Da sind Paragraphen drinnen, die die Menschenrechte verachten, und das könnte ich als Europäer nicht unterstützen.«

»Objektiv betrachtet« sei es, bedauert Enzfelder, doch so, daß »wenn man Worte wie Vaterland, Ehre, Freiheit oder Deutsch in den Mund nimmt, man ein bißchen aus dem Augenwinkel angeschaut wird. Ich finde das nicht in Ordnung. Das hat mit Hitlerregime nichts zu tun, sondern einfach was mit Volksgut.«

[9. Juni 2001]

»Wiener Nachrichten Online« liest sich fast schon in der Art einer Hofberichterstattungswebpage Ihrer Regierungspartei.

Noch einmal zurück zur Partei Vlaams Blok, weil ich gerade die schönen Plakate von Ihnen und Ihrem Landeshauptmann gesehen habe mit dem Hinweis, daß sie es geschafft hätten, das Kindergeld durchzusetzen. Ist es nun eine Idee von der FPÖ oder eine vom Vlaams Blok, denn dieser fordert auch:

»Frauen haben Recht auf Karrierenunterbrechung aus Familiengründen.

Um eine wirkliche Wahlfreiheit zu ermöglichen, fordert der Vlaams Blok eine finanzielle Unterstützung für zuhause arbeitende Eltern.

Wir sind davon überzeugt, dass sich, durch die Einführung des Erzieherlohns, viele Frauen – und auch Männer – freiwillig und gerne der Erziehung ihrer Kinder widmen würden.«

Sie sehen, ich bin gerne und sofort Ihrer Aufforderung nachgekommen, das wahre Gesicht zu schauen und immer mitzubedenken,

An Herrn Dr. Thomas Klestil

Samstag, 17. März 2001, 15.59 Uhr

Sehr geehrter Herr Dr. Klestil,

heute, am 16. März 2001, haben am Stephansplatz in Wien Tausende von Menschen die eindeutige politisch-ethische Haltung eingenommen, die in einem von FPÖ und ÖVP regierten Österreich täglich mehr und mehr unabdingbar wird, und die auch von Ihnen nicht nur zu erwarten, sondern von Ihnen in Ihrer gegenwärtigen Funktion als Bundespräsident der demokratischen Republik Österreich geradezu als Ihre Amtspflicht einzufordern ist.

Es geht in zweiter Linie wieder einmal um die Freiheitliche Partei und deren äußerst bedenkliche Nähe zum Rechtsextremismus. Der aktuelle antisemitische Ausspruch von Dr. Jörg Haider ist also nicht ein Witz im Affekt, sondern ein weiterer kalkulierter unsäglicher Satz in der langen Reihe seiner bewußt gesetzten unsäglichen Sager. Dr. Jörg Haider ist aber nicht der einzige Funktionär mit dieser Geisteshaltung in dieser Regierungspartei, sondern lediglich das prominenteste Regierungsausschußmitglied.

Da aber Sie, Herr Dr. Klestil, im Zentrum der Staatsinformation sitzen, wäre es kaum mehr als eine Fleißaufgabe, Sie über die Freiheitliche Partei und ihre Funktionäre informieren zu wollen, zumal es wohl zu Ihren Amtspflichten gehören müßte, sich umfassend darüber zu erkundigen, was für eine Partei Sie als Regierungspartei akzeptieren.

Trotzdem Beispiele allein aus dieser Woche in nuce:

- ein freiheitlicher Funktionär, der sich in einer »braunen Partei wohl fühlt« und »keine Probleme mit Rassismus und Antisemitismus hat«;
- ein freiheitlicher Funktionär, der einen »ausländerfreien Bezirk Alsergrund« verspricht;
- »Zur Zeit« bewirbt u. a. wiederum einen Leugner der nationalsozialistischen Verbrechen und verunglimpft die schon von den Nationalsozialisten mit Massenmord verfolgte Ethnie als »Zigeunersippe« in einem Artikel mit der Schlagzeile »Steigende Ausländerkriminalität« (Querverweis: Oberwart und Deutung der Morde durch die FPÖ als »Bandenkrieg«, Wahlplakate »Ausländer« und »Kriminalität« von Dr. Helene Partik-Pablé).

In erster Linie jedoch geht es darum,

- daß diese unerträglichen freiheitlichen Sager durch das Schweigen oder durch höchstens viertelherzige Gegenreden etwa eines Bundeskanzlers Dr. Wolfgang Schüssel noch einmal unerträglicher werden, und auch Sie sind, Herr Dr. Klestil, hiervon nicht auszunehmen;
- daß es für einen Bundespräsidenten zu wenig ist, bei Angelobungen den Tragöden zu geben;
- daß für einen Bundespräsidenten es eine Amtspflicht wäre, gegen Ausländerhetze, Antisemitismus, Kriminalisierung von Ethnien (Roma und Sinti) klar und eindeutig Stellung zu beziehen, und wenn Ihre christliche Moral dazu allein nicht ausreicht, muß mit dem ungeliebten Griff in die tiefste Schublade daran erinnert werden, daß auch diese Bürgerinnen und Bürger durch ihre Steuerleistungen Ihr Gehalt finanzieren;
- daß Sie mit Ihrem Amtsverständnis, den Bundespräsidenten als »Kaiser« anzulegen, in einem Staat mit einer noch immer weit verbreiteten Untertanenmentalität nicht nur demokratie-politisch kontraproduktiv wirken, sondern die Lagerstraße in eine autoritäre Gesellschaft mit pflastern;
- daß ein Bundespräsident sich genau zu überlegen hat, welche Veranstaltungen er durch seine Anwesenheit aufwertet, und er also nicht unter der Fahne »Unsere Ehre heißt Treue« die Kärntnerische Oktober-Parade auch vieler Ewiggestriger abzunehmen hat;
- daß Sie nicht zum Diplomaten gewählt wurden, sondern zum Bundespräsidenten. Und von einem Bundespräsidenten ist zu erwarten, daß wenigstens er noch im Sinne der von Dr. Wolfgang Schüssel und Dr. Jörg Haider unterzeichneten Präambel sein Amt ausübt.

Denn gerade die ständige Mißachtung der Präambel durch die FPÖ und die ständige Gleichgültigkeit der ÖVP demgegenüber, ob das Festgeschriebene eingehalten wird oder nicht, läßt Schreckliches für die Zukunft ahnen, zumal aus der Geschichte zur Genüge bekannt ist, daß politische Verträge nur unterzeichnet werden, um sie dann um so besser brechen zu können.

Mit freundlichen Grüßen,

Von Herrn M. Langer

Montag, 19. März 2001, 15.40 Uhr

Sehr geehrter Herr Kraut!

Zu Ihrem Schreiben an den Herrn Bundespräsidenten, daß er erhalten und aufmerksam gelesen hat, darf ich auf Reden des Herrn Bundespräsidenten vom 14. und 19. März verweisen, in der die erwähnte Problematik angeschnitten wurde.

Zu Ihrer gefälligen Information schließe ich diesem eine Presseaussendung an und kann Ihnen versichern, daß sich der Herr Bundespräsident auch in den kommenden Jahren seiner Amtszeit – so wie bisher – gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus einsetzen wird.

Mit besten Grüßen

M. Langer

An Herrn Andreas Mölzer

Samstag, 24. Februar 2001, 19.12 Uhr

Andreas Mölzer,

wenn ich auch annehme, daß diese Massenaussendung mit dem derzeitigen Wiener Wahlkampf zusammenhängt, und die Freiheitliche Partei mit Ihrer Zeitschrift Wahlwerbung betreibt, und ich nach der Wiener Wahl am 25. März 2001 nicht mehr Ihre ZZ in meinem Postkasten vorfinden werde müssen, ist es dennoch unerträglich, von Ihnen und der Freiheitlichen Partei auf diese schamlose und widerwärtige Art und Weise belästigt zu werden.

Freilich könnte man frohlocken und sagen, eine Freiheitliche Partei, die Sie in ihren Reihen hat, stellt sich selbst als unwählbar dar, ein Landeshauptmann, der Sie zum Berater hat, fordert sich selbst zum Rücktritt auf, aber die Wahrheit ist über die realpolitische Taktik zu stellen.

Seien Sie aber versichert, Andreas Mölzer, daß Sie für mich kein Adressat wären, würden Sie lediglich unter diese unzähligen Gerd Honsiks zu reihen sein, die in ihren Kämmerchen sich ihr eigenes Geschichtsbild revisionistisch zurechtzimmern und belanglos-tollwütige Schriften in Kleinstauflagen verbreiten. Ihnen gestehe ich einzig deshalb Bedeutung zu, weil Sie Berater eines Landeshauptmannes sind, der auch im Regierungsausschuß sitzt, weil Sie Stimme in der Freiheitlichen Partei haben, die auch Regierungspartei ist.

Weshalb, werden Sie vielleicht fragen, Gerd Honsik? Ich möchte Ihrem Österreich-Patriotismus Referenz erweisen, und also ganz im Land bleiben. Meine Referenz weite ich sogar soweit aus, daß ich nicht von der Vergangenheit, also von der Zeit vor 1945, sprechen werde, denn dies besorgt ohnehin Ihre ZZ reichlich.

Durch Hellmut Diwald, für dessen Buch »Geschichten der Deutschen« Sie in Ihrer ZZ Nr. 8/01 vom 23. Februar 2001 werben, bin ich auf Gerd Honsik gekommen, weil Hellmut Diwald einer der Zeugen in dem Buch »Freispruch für Hitler? - 36 ungehörte Zeugen wider die Gaskammer« ist. Und über Ihr beworbenes Buch ist bei Gerd Honsik zu lesen:

»Der Wissenschaftler wurde nach Erscheinen seines historischen Bestsellers »Geschichte der Deutschen«, durch seinen Verleger Axel Springer genötigt, jene Stellen seines Werkes, in denen er die Judenvergasung in Frage stellt, zu korrigieren. An der Kampagne gegen Prof. Diwald hatten sich Juden wie Golo Mann und der

berüchtigte Berliner Jude Gallinski beteiligt. Gallinski war ein Freund jenes kürzlich verstorbenen jüdischen Wiedergutmachungsbetrügers der umgerechnet 210 Millionen Schilling unterschlagen hatte.«

In Ihrer ZZ Nr. 8/01 wird stolz darauf verwiesen, daß einer der Gründer des VdU bei einem Präsentationsabend von zwei neuen Büchern anwesend war; ein anderes Gründungsmitglied des VdU ist auch ein Honsik-Zeuge: Herbert Schwaiger:

»Als Hitler 1933 die Macht des Goldes brach, indem er an die Stelle des Goldes die Deutsche Arbeit stellte, fühlte sich die Herrschaft des Geldes weltweit erkannt und beschloß den Krieg.«

Gerd Honsik und Herbert Schwaiger sind nach dem Wiederbetätigungsgesetz Verurteilte, und dieses Gesetz wird in Ihrer ZZ vom 23. Februar 2001 »stalinistisches NS-Verbotsgesetz« genannt.

Gerd Honsik und Ihre ZZ haben eine gemeinsame Vorliebe dafür, wie es scheint, die Medien als »Journaille« zu bezeichnen. Gerd Honsik verwendet diese Abwertung in seinem Bericht über seinen Zeugen und rechte Hand von Adolf Eichmann: Alois Brunner.

Die Idee Ihres Landeshauptmannes, »Österreich-Vernaderer« strafrechtlich zu verfolgen, läßt mich nicht vergessen, daß Gerd Honsik in seiner Zeitung »Halt«, Ausgabe Jänner/Februar 1989 geschrieben hat:

»Meiner Meinung nach sollte man diesen Lügner und Volksverräter aufknüpfen. Natürlich nicht sofort. Aber sobald es eine geänderte Gesetzeslage, die der Schwere der vorliegenden Tat Rechnung trägt, erlaubt.«

Das Verbrechen, für das Hans Rauscher »aufgeknüpft« werden sollte, war ein Artikel im Kurier. An welche Konsequenzen denkt Minister Haupt, wenn er Franz Fischler als »Feind Österreichs« bezeichnet, oder Frau Minister Forstinger, wenn sie Landeshauptmännern »Verrat an Österreich« vorwirft?

Ihre Werbung für das Buch »Forvm« von Günther Nennung erinnert mich an einen Artikel in der Forvm-Ausgabe August/September 1989. Der Artikel beleuchtet sprachkritisch »Das Grenzlandjahrbuch«, für das der derzeitige Sozialminister Herbert Haupt ausdrücklich die Verantwortung übernahm. Erinnern Sie sich auch noch, Andreas Mölzer, in dem »Grenzlandjahrbuch 1989« waren Sie ebenfalls mit einem Beitrag vertreten. Und haben Sie im letzten Jahr während der Sanktionen gegen Österreich nicht an manche Zeile von Josef Aichhorn im »Grenzlandjahrbuch« bitter denken müssen:

»Der Erste Weltkrieg hat unter dem Friedenskaiser Franz-Josef, in Serbien angefangen und gleich hat sich fast die ganze Welt auf Österreich und Deutschland gestürzt. Genau dieselben Staaten haben

auf diplomatische Weise durch Polen den Zweiten Weltkrieg eingeleitet. Wie können die Amerikaner als Friedensapostel wirken, wenn sie im eigenen Land die größte Unordnung haben? Neger, Indianer, Mafia usw.«

»Das deutsche Volk war sicher noch nie so glücklich, zufrieden und voll Zuversicht wie jetzt, weil es Hitler vom Joch des Versailler Diktats befreite und zum Wohlstand führte.«

»Nach dem Krieg kamen viele nationalgesinnte Idealisten nach den dreißiger Jahren das zweitemal für viele Jahre an die Opferbank und auch der Henker mußte wieder her. Warum? Häufig nur, weil sie als Funktionäre Ordnung pflegten, ehrlich gewirtschaftet haben, damit jeder seinen Teil ohne Schleichhandelmethode bekommt und keine ungerechtfertigten Monster-Gehälter kassierten, und weil sie auf der Seite der Besiegten standen.«

Aber Ihre Autorin, Helga Stadler-Richter, läßt den Faden tapfer nicht reißen, wenn sie schreibt: »Leider schreiben die Sieger noch immer die Geschichte!« Ob sie in ihrem in der ZZ vom 23. Februar 2001 abgedruckten Artikel »Vergessenes Leid: Zivilbevölkerung im Zweiten Weltkrieg – Ich bin spätgeboren...« Heimkehrer von der »Ostküste« meint, wie Ihr Landeshauptmann erst neulich von »Ostküstenkreisen« sprach, wenn sie schreibt:

»Ich bin nachgeboren. Und Zeuge des Aufkaufs prosperierender ausländischer Firmen in Österreich. Von Firmen, die von Heimkehrern aus der Emigration gegründet wurden. Wo die arm gebliebenen Österreicher arbeiten durften. Oft unter dem Kollektivvertragstarif.«

»Die Sieger waren Helden. Und ihnen zur Seite standen jene, die sich freigekauft hatten, die ihr Wissen und ihre Mittel auch zur Vernichtung ihrer früheren Heimat und ihrer Zivilbevölkerung, vielleicht ihrer früheren Freunde und Nachbarn, eingesetzt hatten. Sie kehrten zurück und besetzten Schlüsselpositionen. Aus denen heraus sie heute die Wiedergutmachung beschließen.«

Ob Ihr Autor Heinz Fidelsberger die »richtigen« Bücher gelesen hat? denn in seinem Artikel »Die Muse Klio im Abseits«, Ausgabe 23. Februar 2001, schreibt er, daß »Neonazi« (Anführungszeichen von Heinz Fidelsberger) Dürr verurteilt worden sei, weil er die falschen Bücher gelesen habe. Heinz Fidelsberger:

»Wer verbietet eigentlich den Deutschen, hier die geschichtliche Realität zu erwähnen, die Vergangenheit so darzustellen, wie sie wirklich war? Wie steht es hier um die sogenannte Umerziehung wonach alles, was die Nationalisten getan haben, grundsätzlich verbrecherisch war, die Gegenseite aber alles nur für Friede, Freiheit und Menschglück getan hat? Warum muß das Bild der Geschichte, wie es die Zeitgeschichte malt und hegemonisch angeboten wird, akzeptiert werden, widerspruchlos angenommen werden? Warum

diese Verbotsgesetze, die sogar das Lesen von Büchern mit Kerkerstrafe ahndet?«

Viktor Robert Knirsch schreibt an Gerd Honsik, abgedruckt im o. g. Honsik-Buch:

»Sie richten an mich die Frage, ob ich Ihr Unterfangen, ein Buch zu schreiben, welches zum Ziele hat, das bisherige Geschichtsbild zu hinterfragen, moralisch gutheiße. Als römisch-katholischer Priester sage ich: Ja! Schreiben Sie dieses Buch. Hinterfragen Sie die Existenz von Gaskammern im Dritten. Reich. Aus der uralten Erfahrung der Menschheit, daß die Lüge der bösen Tat vorauszuweichen oder zu folgen pflegt, wie ein Schatten, erwächst uns die Erkenntnis, daß die Wahrheit zur Gefolgschaft des Guten gehört.«

Weshalb ich Ihnen auch Ihre eigene Zeitung zitiere?

Weil es eine offene E-mail ist, und es also darum geht, anhand schon der wenigen angeführten Stellen aufzuzeigen, mit was für einer Zeitung die Freiheitliche Partei in Wien Wahlwerbung betreibt, was für einen Berater sich ein Landeshauptmann, der auch im Regierungsausschuß sitzt, hält, aber auch, mit welchen Personen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel eine Bundesregierung gebildet hat.

Ich fordere Sie hiermit auf, Ihre Zeitschrift ZZ nur mehr an Ihre eigene und darauf eingeschworene Gemeinschaft zu senden, und nicht mehr als Massenaussendung wahllos an Bürger und Bürgerinnen zu verschicken, die nichts mit Ihnen, Ihrer Geschichtsauffassung, Ihrem ethisch abzulehnenden Weltbild und nichts mit Ihrer auch sachlich höchst zweifelhaften Politik zu tun haben wollen,

An Frau Dr. Susanne Passer

Dienstag, 27. Februar 2001, 0.12 Uhr

Frau Susanne Riess-Passer,

ich nehme bezug auf meine offene E-Mail an Andreas Mölzer vom 24. Februar 2001, um Sie als Letztverantwortliche zu fragen:

Geschieht es mit Ihrer Einwilligung, daß die Freiheitliche Regierungspartei auf der Internet-Seite von »Bündnis Rechts« in Deutschland unter »Nationale Parteien, Vereine und Organisationen (Inland)«? in der Linkliste geführt wird?

Vielleicht interessiert es Sie, wie ich darauf gekommen bin. Ich war neugierig zu erfahren, was aus dem Österreicher Gerd Honsik, der in Österreich nach dem NS-Verbotsgesetz verurteilt und nach Spanien geflohen ist, im Ausland geworden ist, wie es einem Österreicher also im Ausland ergeht. Auf der Internet-Homepage »Kulturkammer« habe ich Gerd Honsik als einen »in deutschen Landen« von »stalinistischen Blutrichtern verfolgten Dichter« gefeiert gefunden.

Würden Sie es als einen virtuellen Schulterschuß werten, wenn auf dieser Homepage einerseits Gerd Honsik als Dichter gefeiert wird, andererseits es Links zur Freiheitlichen Partei (von der Bundesebene bis hinunter zur Bezirksebene) gibt? Und wiederum, wie kommt es zu diesen Links zur Regierungspartei FPÖ? Sind es einfach Parteimitglieder Ihrer Organisation, die ohne Ihr Wissen, eigenmächtig Verbindungen herstellen?

Nebenbei wird auch Werbung für den Künstler (»der noch vom Können herkommt«) Odin Wiesinger gemacht, für dessen Ausstellung im letzten Herbst in Kärnten Ihr Frauenminister Herbert Haupt Ehrenschrützer war. Nebenher sei noch erwähnt, daß »Bündnis rechts« unter »Nationale Persönlichkeiten« den in der ZZ Nr. 8/01 Ihres Parteifreundes Andreas Mölzer beworbenen Hellmut Diwald ehrt, das aber bei diesem Internetaufmarsch des Rechtsextremismus nicht wirklich staunend macht.

Und dies alles nach zehn Minuten Internetsurfen! Ich habe nach weiteren fünf Minuten noch mehr gefunden, aber ich möchte nicht Ihre Zeit derart in Anspruch nehmen, die Sie für Ihr zielstrebiges Vorhaben, Österreich mit ideenreichem und neuem Regieren zu einem attraktiven Standort umzugestalten, sicher mehr benötigen, daher verweise ich Sie auf die ohnehin alles aussagenden Belege in den beigefügten Dateien.

Eines würde mich doch interessieren. Angenommen Sie wüßten darüber schon Bescheid (denn ich kann unmöglich der erste sein, der Sie hiervon ...) haben Sie dann Ihren Bundeskanzler Wolfgang Schüssel über diese Links in Kenntnis gesetzt und ihn um seine Meinung dazu gefragt, und wenn ja, haben Sie eine Antwort erhalten? Und wenn Sie es schon wissen, auch dies als Annahme, weshalb gibt es diese Links heute, am 26. Februar 2001, immer noch?

Sie werden, ich bin zuversichtlich, die rechte Antwort darauf finden, weniger zuversichtlich bin ich, ob die ÖVP endlich die richtige Antwort finden wird,

Von Frau Melitta Boigner*

Dienstag, 27. Februar 2001, 12.20 Uhr

Sehr geehrter Herr Kraut!

Auftragsgemäß danke ich Ihnen für Ihre Mail und die Information. Wir können nicht jemanden verbieten, Links zu setzen. Wenn z.B. in einer unabhängigen Tageszeitung wie »Die Presse« ein Link zu den »Grünen« gesetzt ist, heißt ja das auch nicht automatisch, daß sich Die Presse mit den politischen Richtlinien der Grünen identifiziert.

Mit freundlichen Grüßen verbleibe ich
Melitta Boigner
bgst-fpoe

* Gesandt unter der Emailadresse: Susanne Riess-Passer [susanne.riess-passer@fpoe.at]

An Frau Dr. Susanne Passer

Mittwoch, 28. Februar 2001, 1.10 Uhr

Frau Susanne Riess-Passer,

auf die oben angeführte Antwort Ihrer BGST ist es mir lediglich möglich, aus dem Rechtssatz des Obersten Gerichtshofes vom 19. Dezember 2000 (GZ: 40b274/00y) zu zitieren:

»Wer auf seiner Website einen Link zu einer fremden Website setzt, will und veranlasst demnach zurechenbar, dass der Internet-Nutzer von seiner Seite auch auf den Inhalt der über den Link erreichbaren fremden Seite zugreifen kann. Er vermittelt also den Zugriff auf die fremde Seite und trägt – gleichsam als Gehilfe des Verfügungsberechtigten der verwiesenen fremden Seite – zu deren Sichtbarmachung bei.«,

denn diese bestechende Argumentation bedarf der Erwiderung eines ebensolchen Geistesmenschen, mit dem ich mich nicht zu identifizieren wage.

Sollte Ihnen der Gedanke, daß Rechtsextreme Ihre Gehilfen sind, die Bauernstube dennoch nicht wohlig machen, weil Ihr Bundeskanzler Wolfgang Schüssel zwar nichts sagt, aber es ihn doch ein wenig auf der morschen Ofenbank reißt, für diesen Fall möchte ich Ihnen etwas auf den Eichentisch legen. Das eine ist das Telekommunikationsgesetz der Bundesrepublik Deutschland, und hier besonders § 5 – Verantwortlichkeit, und das andere ist der gesamte o.a. Rechtssatz. Es müßten für Sie große Chancen bestehen, wenn auch unterschiedliche Rechtsmeinungen dazu vorliegen, gerichtlich zu erwirken, daß die Rechtsextremen die Links zu Ihrer Regierungspartei löschen müssen.

Da ich mir von Ihrer Partei keine andere Antwort erwartet habe, schließe ich mit dem Hinweis – Ihrer BGST dürfte es möglicherweise entgangen sein –, daß dies wiederum eine offene E-mail ist, und eine offene E-mail hat wie ein offener Brief sehr viele Adressaten, womit Ihnen auch der Zweck, nämlich zu informieren (freilich nicht Sie, denn zum einen müßte ich sehr blauäugig sein, das ich gottoderwemimmerlob nicht bin, und zum anderen hieße es, Laub in den Eichenwald zu tragen) nicht verheimlicht bleibt,

An Herrn Dr. Wolfgang Schüssel – Heldenplatz

Mittwoch, 11. Oktober 2000, 19.25 Uhr

Sehr geehrter Herr Dr. Wolfgang Schüssel,

mich reißt es nicht nur ein wenig, wenn ich aus dem Bundesland der Ehre und Treue Ungeheuerlichkeiten gegen Kunst- und Kulturschaffende zu hören bekomme.

Aus einem Kärnten, in dem Andreas Mölzer zeitgleich Kulturberater des Landeshauptmannes und Herausgeber einer Wochenzeitschrift mit zwei Z im Logo sein kann, die, werden beide Z ineinandergedreht verschränkt, das wahre Ausmaß des Bedrohungspotentials der Freiheitlichen gegen die Demokratie deutlich machen.

Aus einem Kärnten am 10. Oktober 2000, an dem das Schwingen der Fahne mit dem Spruch der Waffen-SS nicht Provokation von beispielsweise ihren Platz in der Gesellschaft suchenden Jugendlichen ist, sondern eine Selbstverständlichkeit, die auch dem am Umzug teilnehmenden Bundespräsidenten nicht einmal ein Zucken entlockt.

Von diesem Kärnten aus eröffnet Andreas Mölzer am 10. Oktober 2000 in der »Kronenzeitung« seine Menschenhetze nun zur bundesweiten Jagd auf Kärntner Kunst- und Kulturschaffende, und diese ist wohl auch als landesweite Warnung zu verstehen, nicht weiter staatsbürgerliche Rechte, wie etwa das Demonstrationsrecht, auszuüben.

Ein Bundeskanzler, denke ich, wird über die Vorgänge in diesem Staat und über die Aktivitäten der derzeitigen Regierungsparteien und ihrer Funktionäre und Berater bestens informiert sein, deshalb sehe ich keine Notwendigkeit, das Bekannte hier kleindienstlich zu wiederholen, sondern möchte Sie, Wolfgang Schüssel, um Antworten ersuchen.

Wie sollte Ihrer Meinung nach ein Bundeskanzler auf den Umstand reagieren, daß in der Wochenzeitschrift »Zur Zeit«, Ausgabe 6.–12. Oktober 2000, des Kulturberaters von einem Regierungsausschußmitgliedes von Österreich als einem »deutschen Staat« gesprochen, für ein Buch von Hellmut Diwald Werbung gemacht wird, der u.a. in »Freispruch für Hitler?« von Gerd Honsik als Zeuge gegen die »Auschwitz-Lüge« vertreten ist, und für Andreas Mölzer selber im Editorial »eine gewisse inhaltliche Nähe zur gegenwärtigen Regierungskoalition gegeben ist«?

Wie würden Sie, sehr geehrter Herr Schüssel, reagieren? Würden Sie dies zum Anlaß annehmen, die Koalition sofort aufzukündigen, zumal es sich ja nur um ein weiteres Mosaiksteinchen in bezug auf die Freiheitlichen handelt? Oder würden Sie öffentlich klare und eindeutige Worte gegen diese Geisteshaltung, gegen dieses Geschichtsbild, gegen diese vorerst noch schriftliche Menschenhetze finden und sich damit begnügen, die sofortige Abberufung von Andreas Mölzer zu verlangen?

Ihrer Antwort mit Interesse entgegensehend,

An Herrn Dr. Wolfgang Schüssel – Heldenplatz II

Dienstag, 24. Oktober 2000, 22.45 Uhr

Sehr geehrter Herr Dr. Wolfgang Schüssel,

ich schreibe diesmal nicht an Sie, weil ich mir tatsächlich Antworten von Ihnen erwarte, sondern, um meinen mir möglichen Teil dazu beizutragen, daß es einst nicht gänzlich heißen kann, es wurde gar nichts gewußt, es wurde gar nichts dagegen getan, worauf ich nun zu sprechen komme.

Jörg Haider, ein Regierungsausschußmitglied, reiste letzten Freitag aus dem unten beschriebenen Kärnten nach Wien, um in der Stadthalle von der Beseitigung der Ausländer zu sprechen.

Um von der Beseitigung der Ausländer zu sprechen – und Sie?

Am letzten Sonntag stellte Susanne Passer, Vizekanzlerin, in allzu bekannter Weise in Abrede, daß Jörg Haider von der Beseitigung der Ausländer gesprochen habe, sondern lediglich von der Beseitigung des Ausländerproblems.

Derart schönfärberisch-harmlos wurde schon einmal formuliert – das daraus entstandene Morden ist bekannt.

Sie werden dies reichlich überzogen finden, und dem könnte ich zustimmen, wäre ich ebenso geschichtslos und skrupellos damit beschäftigt, Politik für den Tag zu machen.

Denn die Nationalsozialisten erfanden Auschwitz nicht in einer Sekunde auf die andere bei einer Wallfahrt in Loden. Im historischen Rückblick können Sie über hundert Jahre davor Ernst Moritz Arndt die ersten Wortziegel dafür in die Hand nehmen sehen. 1910 schon fuhr Hermann Löns schiebtruhenweise Wortziegel nach Auschwitz: Andreas Mölzer wird Ihnen bei Interesse sicherlich seinen Roman »Der Wehrwolf« aushändigen können, deshalb hier lediglich ein Zitat: »Tatern und anderes fremdes Volk, das sich bei uns sehen läßt, das wird ohne weiteres mit der Peitsche begrüßt [...] in aller Heimlichkeit aufgehängt und beigerodet. Und das ist ganz recht so: denn erstens sind es keine richtigen Menschen, und außerdem, warum bleiben sie nicht, wo sie hingehören?« Wenn Sie sich fragen, wer denn die Tatern seien, empfehle ich Ihnen, ins Burgenland zu fahren, denn dort sind erst vor wenigen Jahren – nach Auschwitz – wieder vier von ihnen ermordet worden.

Ein neues Auschwitz wird nicht das bekannte Aussehen haben, denn dazu haben sich die technologischen und gesellschaftlichen Möglichkeiten zu sehr weiterentwickelt, ein neues Auschwitz wird auch nicht in den nächsten Jahren kommen, wenn, dann in ein paar Jahrzehnten. Und Susanne Passer, Jörg Haider, Andreas Mölzer und Sie werden schon lange nicht mehr berufstätig sein, sondern Rentner.

Sie werden sich fragen, was könne denn auf Parkbankerln sabbernden Prothesensuchenden vorgeworfen werden, wozu dieses Schreiben also.

Von der Zukunft aus gesehen, werden Sie, Herr Schüssel, als einer der vielen Ermöglicher und Wegseher beurteilt werden, sollten diese Entwicklungen in Europa, das eine Tür auch in dieses Grauen einen Spaltbreit offenhält, nicht gestoppt werden können; mehr als die Rolle eines Mitläufers wird Ihnen aber die Geschichte nicht zuweisen.

Wenn hier also trotzdem das Wort an den derzeitigen Bundeskanzler gerichtet wird, dann deshalb, weil es auch um die Gegenwart geht, und in dieser österreichischen Gegenwart hat der Bundeskanzler menschgemäß die Pflicht, gegen derartige Verhetzungen und Widerwärtigkeiten in aller Klarheit und Bestimmtheit aufzutreten, ein Anwalt für alle in diesem Staat lebenden Menschen zu sein.

Ruft man sich aber etwa die letzten eineinhalb Jahrzehnte in Erinnerung, wiederum Geschichte, Herr Schüssel, sind Sie kein Adressat hierfür: Sie waren bemüht, ein Außenminister zu sein, Sie waren ein Vizekanzler, dessen Altlasten Sie jetzt klagreich beseitigen wollen, Sie sind, sind Sie ein Bundeskanzler? der eines hoffentlich baldigen Tages in einer anderen Funktion diesem vorwerfen wird, dies und jenes nicht getan, dies und jenes geduldet, sich nicht durchgesetzt zu haben.

Von Herrn Elmar Pichl – Heldenplatz

Mittwoch, 15. November 2000, 15.08 Uhr

Sehr geehrter Herr Kraut,

Sie haben sich in einem umfangreichen e-Mail an Herrn Bundeskanzler Dr. Schüssel gewandt, zu dem ich in seinem Auftrag wie folgt Stellung nehme.

Mit Ihren Ausführungen über Herrn Andreas Mölzer schildern Sie wahrscheinlich tatsächliche Gegebenheiten. Die ÖVP und die Regierungspolitik verbindet mit diesen Aussagen und Agitationen der Herrn Andreas Mölzer einzig und allein die Tatsache, dass er für ein Mitglied des Koalitionsausschusses, nämlich LH Dr. Haider, arbeitet.

Die ÖVP kann niemandem vorschreiben, wer wen für sich arbeiten lassen soll.

Wofür die ÖVP jedoch steht, ist die Einhaltung der Demokratie, des Rechtsstaates und der Menschenrechte in Österreich, die auch weitgehende Freiheiten für Kunst und Kultur schaffen. Diese Freiheiten umfassen jedoch auch das Prinzip der Meinungsfreiheit, das natürlich nicht immer leicht ist, zu akzeptieren, da es oft weh tut – sowohl persönlich wie politisch.

Demokratischer Pluralismus und eine von Vielfalt geprägte Gesellschaft haben ihren Preis.

Pluralismus und Meinungsvielfalt haben aber auch ihre Grenzen, die in Österreich u.a. durch das NS-Wiederbetätigungsverbot gezogen werden. Die ÖVP sieht sich als Garant, dass die gesetzlichen Grenzen eingehalten werden, insbesondere in den Bereichen der NS-Wiederbetätigung oder Rassismus.

Sollten daher die Tätigkeit und die öffentlichen Aussagen Andreas Mölzer's jenseits dieser Grenzen liegen, hätte die zuständige Staatsanwaltschaft ihre Pflicht zu tun. Alles, was innerhalb dieser Grenzen liegt, muss von unserer Gesellschaft akzeptiert werden – auch wenn diese Meinungsvielfalt wie gesagt oft schmerzlich ist.

Mit freundlichen Grüßen

Elmar Pichl

Zwei Leserbriefe

»Seit knapp einer Woche wird mir der Aufenthalt in Costa Rica zum Ärgernis. Die hiesige Medienberichterstattung mit täglichen Aufmachern über die aktuellen politischen Vorgänge in Österreich genügt als Beweis dafür, daß von Österreich nichts gelenkt werden muß, wie so oft und gerne behauptet wird. Nicht die internationalen Medien zerren Österreich in das denkbar schlechteste Licht, sondern einzig die FPÖ und ihr Steigbügelhalter Schüssel ruinieren die internationale Reputation Österreichs.«

Bernhard Kraus, Kurier, 9. Februar 2000

»Seit knapp einer Woche wird mir der Aufenthalt in Costa Rica zum Ärgernis; denn die hiesige kommentarlose und also reine Medienberichterstattung mit täglichen Aufmachern über die aktuellen politischen Vorgänge in Österreich genügt als Beweis dafür, dass von Österreich aus nichts gelenkt werden muss, wie so oft und gerne behauptet wird. Nicht die internationalen Medien zerren Österreich in das denkbar schlechteste Licht, sondern einzig die FPÖ und ihr Steigbügelhalter Wolfgang Schüssel ruinieren die internationale Reputation Österreichs aufs Widerwärtigste. Die Idee der ÖVP, mit der FPÖ, einer auch ohne internationale Proteste nicht regierungswürdigen und -fähigen Partei, zu koalieren, kann nur als Wahnwitz aufgrund von Machtgier und Verantwortungslosigkeit bezeichnet werden. Wodurch wieder einmal mehr der Beweis erbracht ist, dass im Anfang die Biedermänner gefährlicher sind als die Brandstifter. Daher kann die Konsequenz aus diesem nationalen wie internationalen Debakel nur der Rücktritt von Wolfgang Schüssel als Kanzler und Parteiobmann sein, dem eine sofortige Koalitionsauflösung durch die ÖVP folgen muss.«

Bernhard Kraus, Wiener Zeitung, 23. Februar 2000



Dr. Markus Langer

Herrn
Bernhard Kraut
Neulinggasse 25/16
1030 Wien

Hofburg, Bellariastr. A-1014 Wien
Tel. 01/53422-0, Fax 01/53422-9311

GZ 900.000/40-BS/2002

Wien, am 15. April 2002

Sehr geehrter Herr Kraut!

Auftragsgemäß bestätige ich den Eingang Ihres freundlichen Mails vom 10. April 2002, mit welchem Sie den Herrn Bundespräsidenten um Übernahme des Ehrenschatzes über eine am 26. April d.J. im Parlament stattfindende Präsentation Ihres Buches „Gefangen auch im Erinnern“ gebeten haben.

Leider muß ich Ihnen mitteilen, daß Ihrer Bitte nicht entsprochen werden kann, da der Ehrenschatz des Bundespräsidenten nur für Großveranstaltungen von überregionaler Bedeutung vorgesehen ist. Mit Rücksicht auf Beispielfolgen kann auch in diesem Fall leider keine Ausnahme gemacht werden.

Ich bin jedoch zuversichtlich, daß Sie für diese aus grundsätzlichen Erwägungen getroffene Entscheidung Verständnis haben und sende Ihnen abschließend die besten Wünsche des Herrn Bundespräsidenten für einen erfolgreichen Verlauf Ihrer Präsentation, verbunden mit der Hoffnung auf reges Publikumsinteresse.

Auch hat der Herr Bundespräsident für den genannten Tag bereits vor längerer Zeit zahlreiche Terminverpflichtungen übernommen, weshalb es ihm nicht möglich sein wird, Ihrer freundlichen Einladung Folge zu leisten.

Mit besten Grüßen

Nachwort

Als ich das Belegexemplar der Erstausgabe zielgerichtet an den zur Korrektur *einladenden* Stellen aufschlug, fand ich meine Mutmaßungen sogleich bestätigt ... menschengemäß wären diese zu verhindern gewesen --

Wenn ich das Buch in der Dauer von Viertelstunden – für deren Addition ich nicht mal alle neun Finger benötigen würde – aufschlug, um weitere Passagen mit jenen im zum Druck hergerichteten Arbeitsmanuskript gegenzulesen, tat ich dies, wie ich (vor allem) annehmen muß, um mir leichter und schneller auf die Schliche zu kommen, weshalb ich die entscheidende Prüfmöglichkeit kurz vorm Andruck ausgeschlagen hatte. Es war, so kam es mit leichtem Schatten schnell ins Licht, bereits dahin angelegt, daß die Lektorin *mitschreibt*, sie jenen Überlegungen Gewicht erhöht, die in der Form ausgestellt sind.

Und es wird wohl schon um eine in das Buch nachzutragende Bestätigung durch Dritte gegangen sein, deren Stempel die Antwort auf die jetzt so leicht sich stellende Frage sein könnte: ob nämlich diese Überlegungen nicht durch eben ihre *Korrekturen* erst zu einer wahrhaft reißfesten Argumentationskette geknüpft wurden.

Es wäre leicht gewesen, diese wenigen Stellen *rückzuverbessern* und, ohne sonders darauf hinzuweisen, eine *fehlerfreie* Ausgabe wieder herzustellen – – wozu ...

Menschengemäß hätte ich mich daran erfreuen können, die Doppelpunkte, die in Zusammenhang mit Ausrufe- und Fragezeichen von mir an drei Stellen gegen die Rechtschreibungen gesetzt wurden, auch im Druck als Angebot zum Zurücklesen zu sehen – die Freude jedoch, zu der ich fähig bin, verbrauchte ich, wie ich (wieder einmal) annehmen muß, bereits vollständig beim Verfassen.

Nach allen Fragen, die zu stellen und zu beantworten mir möglich waren, konnte ich mich von einer Sekunde auf die andere dafür entscheiden, »Gefangen, auch im Erinnern« in seiner (die Intention bereits aufs glücklichste erfüllende) Erstausgabe zu belassen, und auch nicht weiter in einer *fehlerfreien* Ausgabe einen Gewinn zu vermuten.

Vom Jetzt aus sind die *Korrekturen* also *sehr willkommen* --

Unbehagen verursachten einzig die *Korrekturen* in den Auszügen – denn menschengemäß sind diese auch in einer nicht-wissenschaftlichen Arbeit korrekt wiederzugeben. Nachdem die Zitate aber nicht verändert wurden, sondern die Lektorin *in der Eile* bloß zwei Stellen *ausbesserte*, konnte ich mich dafür entscheiden, diese in ihrer *Schreibe* zu belassen, zumal, und dies ist die zweite Stelle, »Klampen« auch in der amputierten Nennung als der Verlag »zu Klampen« zu erkennen ist. Im *Kurier*-Leserbrief, und dies ist die erste aufgefundene *Korrektur*, hat die Lektorin (»überzeugt davon, bloß einen Tippfehler zu verbessern«) den Namen »Kraus« auf »Kraut« aufgrund von auch »zeitlich gefördertem unaufmerksamen Lesens« *umgeschrieben* – – was das Wechseln *eines Buchstabens* ...

Tatsächlich mußte alles, um die Berechtigung dieser Floskel datiert zu beglaubigen, *in der Eile* geschehen; denn untrennbar verbunden mit diesem Buch sind *Zeit-Raum* seiner Präsentation.

Vom Moment der Eingebung, es genau an jenem Wochentag, an dem 57 Jahre zuvor die österreichische Unabhängigkeitserklärung mit dem nicht niedergeschriebenen, weil auch unausgesprochen wirkenden Bekenntnis zur *nun wieder zivilisierten (psycho-sozialen)* Ausgrenzung und Verfolgung der vom *nationalsozialistischen* Staat zur vollständigen physischen Auslöschung *Verordneten* unterzeichnet wurde, im Parlament unter dem Ehrenschatz von Roma und Juden (am 27. April 2002) zu präsentieren, gab es keinen *Zeitpolster* für die Zertifizierung der *Fehlerlosigkeit*, die trotz der Überzeugung, sorgfältig gearbeitet zu haben, aufgrund der Erfahrung aber, daß *Fehler* gleich Kleidermotten für lange *Zeit* unauffindbare *Mitbewohnerinnen* sein können, durchzuführen wäre gewesen. Das hätte eine Verschiebung der Veröffentlichung um ein Jahr nach sich ziehen müssen, denn ohne das Kapitel »Präsentation« hätte »Gefangen, auch im Erinnern« die entscheidende Druckvoraussetzung gefehlt. Um vor allem der politischen Vorgänge willen mußte dieses *Wagnis* eingegangen werden.

Die Fußnote zur Aussage von Leopold Kunschak – »[...] immer Antisemit gewesen und [...] auch heute noch« – wurde aus dem Text genommen, weil, wie ich annehme, dem Buchdrucker das Platzproblem mit ihrer Entfernung einfach und schnell gelöst erschien:

»⁵¹ Der Aufbau, 16. 4. 1946. Bestätigung des Sachverhaltes im Bericht der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit an Generalsekretär Wildner, Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, 26. 9. 1946. Österreichisches Staatsarchiv, Wien (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), BKA-AA., Sekt II Pol.-1946, GZ. 111.844-pol/46. Kunschak hielt diese Rede am 14. 9. 1945.«

Daß weiter »Franz Josef Habsburg« in seinem zweiten Vornamen das prachtvolle »ph« am Ende wieder erhielt, wird Ihre Lektüre nicht

unterbrochen haben; ein Innehalten von der Dauer eines nochmaligen Lesens könnte, sofern Sie es nicht ohnehin automatisch als »entgegenwirken zu versuchen« gelesen haben, Ihnen »entgegenzu wirken zu versuchen« abverlangt haben.

Von dieser Art also sind die von der Lektorin hineingetragenen Abweichungen, die jedoch nicht scharf als Fehler zu werten sind, sondern neben anderem auch Ergebnis ihrer Auslegung der Rechtschreibungen sind – von der Intention her ist der Lektorin und dem Buchdrucker für ihre Mitarbeit zu danken.

Auch dem Verleger ist zu danken – nicht für seine Entscheidung, »Gefangen, auch im Erinnern« herausgebracht, sondern mehr dafür, mir ein praktisches Beispiel an die Hand gegeben zu haben, wie schnell und wie leicht, ein Verbrechen zu verüben ist.

Sie werden, wenn ich von *meinem Verbrechen* erzähle, es wohl als sehr abstrahiert vermessen, es vielleicht sogar als absolut überspannt und allzu konstruiert empfinden, aber gehen Sie für einen Moment *ganz* und *ohne Parteilichkeit* in die menschegebene Wirklichkeit, lesen Sie, *ohne Mensch zu sein*, einen Bericht über ein reales Menschenverbrechen, und Sie verstehen, warum ich mich trotz der Gewißheit, weder von mir noch von irgendwem jemals schuldig- wie unschuldiggesprochen zu werden, so schnell und so leicht anzuklagen vermag.

Zwei Tage vor dem unbedingt einzuhaltenden Drucktermin kam es zwischen dem Verleger und mir zu einem Gespräch, das für mich überraschend von einer geplanten organisatorischen Abklärung zu einer form-inhaltlichen Debatte wurde, und deren Ergebnis für mich nur hätte sein dürfen, das Buch nicht zu veröffentlichen. Die zu diesem Zeitpunkt bereits seit Jahrzehnten durchgehaltene Kompromißlosigkeit vor allem durch Ablehnung etwelcher Realisierungen im oftmals gerade noch möglichen Augenblick aufgrund von *plötzlich* gestellten, aber für meine Arbeiten oder für den Berufsstand der Schreibenden nicht zu akzeptierenden Bedingungen galt es, ein weiteres Mal zu *verteidigen* oder *aufzugeben*.

Der Verleger trat heftig für die Streichung oder zumindest für eine Umschreibung der Teile ein, die Anmerkungen der Herausgeberin enthalten, weil er deren Notwendigkeit ebensowenig verstand wie die erforderliche Präsenz einer Herausgeberin. Am Höhepunkt der von *Zeitknappheit* diktierten Auseinandersetzung lag auf dem Tisch bloß die Alternative: entweder von einer Sekunde auf die andere dem Verleger mit einem *alles zerstörenden* Nein

die Druckzustimmung wieder zu nehmen, oder die Herausgeberin *zu vernichten* und seiner Variante, nämlich aus ihr *einen Herausgeber* zu machen, nachzugeben: somit einer Anmaßung zuzustimmen, die (hätte er ohne *Zeitnot* denken können, auch dem Verleger selbst) es nicht verstehbarer machen konnte, die es ihm, aus einem mir sich heute noch nicht erschließenden Motiv, trotzdem *augenblicklich* leicht machte, »Gefangen, auch im Erinnern« in meiner dafür aufbereiteten Fassung zu verlegen. Ich entschied mich wohl vor allem deshalb gegen die Herausgeberin, weil diesmal nicht ich das Maß für eine Realisierung war, sondern die politischen Gegebenheiten ...

Wenngleich es *meinen Mord nicht ungeschehen macht*, so werden wenigstens die Argumentationsformknoten auch im Nachwort (nun wohl zynisch) dadurch weiter festgezogen, daß entgegen unserer Vereinbarung – *die Herausgeberin gegen einen Herausgeber* zu tauschen –, mit der wir unsere Debatte schließen konnten, im Druck *Herausgeber* auftreten.

Sollte ich mein Vorgehen je verteidigen oder wenigstens verrechnen wollen, werden mir dies gut einsetzbare Vermerke sein. Jetzt aber, während ich diesen *Sachverhalt* schreibe, nehme ich mir fest vor, aus dem folgenden Satz eine für mich kategorische Phrase zu destillieren: Ich werde niemals vergessen wollen, wie schnell und wie leicht ich die Herausgeberin *aufgab* – und nicht die Veröffentlichung, die mir zu diesem Termin durch das parteipolitisch Angerichtete mehr als notwendig erschien.

Vielleicht wird die Erinnerung mich auch davor bewahren können, einer Zeit Wirklichkeit derart nachzugeben, wie ich es heute nicht zu empfinden vermag.

Menschgemäß gibt es für einen Schreibenden in seinen Arbeiten Plätze, deren Umgestaltung im nachhinein zwingend erscheinen – – wozu und ... welche Begierden wollen dadurch tatsächlich befriedigt werden.

In der Bedrängnis des Verfassens zu einem Anlaß, in der Konzentration auf die korrekte Wiedergabe von Zitaten in einem *schlüssigen Zusammenhang* passiert es immer wieder, daß das Immerschongedachte nicht in alle seine benötigten Wörter kommt, wie zum Beispiel »[...] die Lagerstraße in eine autoritäre Gesellschaft [...]« im Schreiben an Dr. Thomas Klestil, und ich kann, da es sich um ein Original handelt, eine mehr präzise Formulierung bloß hier im Nachwort versuchen: *an der Verlängerung der Lagerstraße in eine nun auch de jure geplanten*

Die Vorstellung, daß dieses Nachwort die Käufer der Erstausgabe nicht erreichen wird, und daß ihre Leserinnen aufgrund dieses Mangels weiter *falsch* reden würden müssen, brachte mich darauf, Ihnen diese wohl mehr in einen Vorbericht gehörenden Informationen wenigstens bis zum Epilog und dadurch vielleicht ebenfalls für immer *vorzuenthalten* ...

Anhang des Verlegers

Mit dem Autor, der in einer fortwährenden Faktenhinzufügung eine bloße Vermehrung ohne substantiellen Gewinn sieht, gegen die er weiter auch mit »Wirkungslosigkeit von Aktualität« argumentierte, konnte ich mich schließlich noch darauf verständigen, die seit der Erstausgabe hinzugekommenen »offenen E-Mails« in die Neuauflage mit aufzunehmen.

Sie werden möglicherweise jetzt noch darauf warten, daß auch ich den Platz dafür nütze, auf unsere vom Autor im Epilog angesprochene Debatte einzugehen, um meinen Standpunkt unverwässert vorzutragen. Es mag dies für eine *objektive* Beurteilung durchaus vonnöten sein, aber Sie werden hinzunehmen haben, daß ich im Gegensatz zu Schreibenden, die einen kruden Umgang mit dem Geschäftlichen und dem Privaten pflegen, mit Interna nicht öffentlich handle.

An Herrn Martin Graf – Heldenplatz III

Freitag, 3. Mai 2002, 2.46 Uhr

Sehr geehrter Herr Nationalratsabgeordneter der Freiheitlichen Partei,

ich nehme bezug auf Ihr heute von der »ZIB II« gesendetes Interview, in dem Sie sich gegen die Verunglimpfung von Organisationen als insgesamt rechtsextreme Einrichtungen aufgrund des Herausgreifens von Einzelfällen aussprechen.

Die Fragen, die Ihnen in der knapp bemessenen Zeit einer Nachrichtensendung nicht gestellt werden konnten, möchte ich Ihnen stellen:

- Kann eine gesamte Organisation als Einzelfall bewertet werden, wenn keine physische Person als »Einzelfall« namhaft gemacht werden kann?
- Trägt eine Organisation Verantwortung dafür, wenn Entscheidungsträger ebendieser Organisation etwa rechtsextremistische Positionen vertreten? Erklärt eine solche Organisation ihr stillschweigendes Einverständnis mit diesen Positionen dadurch, daß ebendiese Entscheidungsträger weiterhin ihre maßgeblichen Funktionen in dieser Organisation ausüben können?
- Ist eine Organisation dafür rechtlich verantwortlich zu machen, daß sie Referenten einlädt, deren Positionen ihr bekannt sein müßten? Wie sind Veranstaltungen einer solchen Organisation juristisch zu werten, und welche rechtlichen Konsequenzen haben daraus zu folgen?

Um es aber nicht praxisfern abzuhandeln, möchte ich Sie ersuchen, die oben angeführten Fragen anhand des folgenden aktuellen Beispiels durchzuspielen:

Von Ihrer Homepage www.martin-graf.at ließ ich mich zum Ring der Freiheitlichen Studenten – www.rfs.at – führen, der als Veranstalter zu einer Podiumsdiskussion am 8. Mai 2002 in das Palais Palfy einlädt: »Selbstachtung statt Selbsthass - Neuer Umgang mit der Zeitgeschichte«. Im weiteren werde ich mir erlauben, diesen sehr langen Titel mit einem Fremdwort abzukürzen, um diese offene E-mail nicht unnötig in die Länge zu ziehen, und zwar mit: »Revisionismus«.

An der Podiumsdiskussion »Revisionismus« werden gemäß Programmankündigung teilnehmen: Dr. Claus Nordbruch, Dr. Josef Feldner, Mag. Ewald Stadler. Direkt von der Programmankündigung aus kann auf die Homepage des Wiener Korporations-Ringes – www.wkr.at – zugegriffen werden, auf der wiederum die Podiumsdiskussion »Revisionismus«

angekündigt ist. Von hier aus kann durch bequemes Anklicken der Namen auf weitere Sites zugegriffen werden.

Auf www.nordbruch.trippod.com läßt Dr. Claus Nordbruch seinen Artikel »Den Krieg auch geistig beenden: Deutsche - besiegt auf ewig?« aus »Nation und Europa«, Ausgabe 5/2001, nachlesen. Auszüge davon:

»Der Krieg ist zu Ende«, hieß es auf dem sowjetischen Flugblatt »An die deutsche Bevölkerung!«, das im Sommer 1945 auf Deutschlands Mauern, sofern sie noch standen, geklebt wurde. Im Grunde, wie andere Behauptungen der Alliierten auch, eine Augenwischerei, denn tatsächlich ging der Krieg gegen Deutschland nach Eintritt des Waffenstillstandes am 8. Mai 1945, wenn auch mit anderen Mitteln, unvermindert weiter bis heute.

Von den drei nachkriegsdeutschen Teilstaaten Österreich, BRD und DDR haben die beiden erstgenannten die größten finanziellen Bürden getragen - und tragen sie heute noch. Der Grund hierfür liegt nicht zuletzt in dem systematisch aufgebauten Schuldgefühl, das sich bis in die gesellschaftlichen Tiefenschichten erstreckt. Unter solchen Umständen bleibt der wirkliche Schlußstrich unter den Zweiten Weltkrieg in weiter Ferne. »Die Schuldenkala«, so der ehemalige österreichische Nationalrat Dr. Otto Scrinzi, »bleibt nach oben offen und ermöglicht - bei gleichzeitig erpreßtem Verzicht auf Gegenrechnung - Reparationsforderungen ohne Ende.«

Angesichts der Tatsache, daß beispielsweise der Völkermord vor allem an Volks-, Sudeten- und Ostdeutschen, die völkerrechtswidrige Bombardierung der deutschen Zivilbevölkerung, die Verschleppung von Hunderttausenden Menschen zu Zwangsarbeit und die Tötung von über 2,5 Millionen Kriegsgefangenen in französischen, amerikanischen und sowjetischen Konzentrationslagern in den Medien weitgehend totgeschwiegen werden und in den Bildungseinrichtungen nicht auf dem Lehrplan stehen, ist die Behauptung, daß die deutsche Jugend über die jüngste Vergangenheit ausreichend unterrichtet sei und deshalb kein weiterer Informationsbedarf bestünde, eine geradezu absurde Fehleinschätzung.

Wir finden dieses freiheitliche Beharrungsvermögen überall auf der Welt. Noch wird Palästinensern, Basken, Tibetanern, Flamen, Iren, Kurden, Buren und vielen anderen Völkern das Recht auf einen eigenen Staat abgesprochen. Das letzte Wort der Geschichte ist es nicht. Die betroffenen Völker müssen allerdings um ihre Rechte kämpfen. Auch den Deutschen bleibt nichts anderes übrig, wenn sie wollen, daß der Zweite Weltkrieg politisch und rechtlich zu einem vernünftigen Ende gebracht wird. Der jetzige Zustand ist unerträglich.«

Würden Sie, sehr geehrter Herr Graf, darin übereinstimmen, daß Dr. Claus Nordbruch u.a. einem neuerlichen Anschluß Österreichs an Deutschland das Wort redet, und wenn ja, wie würden Sie die Rolle des Veranstalters Ring Freiheitlicher Studenten und die Rolle des Wiener Korporations-Ringes bewerten, der im Anschluß an die Podiumsdiskussion »Revisionismus« ein

»Gefallenengedenken« am Heldenplatz veranstaltet, aus juristischer Sicht bewerten?

Können Menschen, die der nationalsozialistischen Massenvernichtung zum Opfer gefallen sind, mit Kriegsgefallenen gleichgesetzt werden, wie es der Bundesvorsitzende des Ringes Freiheitlicher Studenten Arnulf Helperstorfer in dem ebenfalls auf der Homepage der Freiheitlichen Studenten nachzulesenden Interview zum aktuellen Anlaß 8. Mai 2002 macht? Der entsprechende Auszug:

»wplus: Sind mit den ›Toten des Zweiten Weltkriegs‹ die Opfer des NS-Regimes genauso gemeint wie Soldaten und andere Zivilisten?

H: Genau. Für uns zählt jedes Opfer gleich. Es tut uns um jeden Toten, der in diesem brutalsten und sinnlosen Krieg leiden und sterben musste, leid.«

Ist Ihnen zufällig bekannt, ob für Arnulf Helperstorfer Opfer der nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslager ebenfalls »Helden« sind, da auf dem Flugblatt der Wiener akad. Burschenschaft Olympia, der derzeitigen Vorsitzenden des Wiener Korporations-Ringes, von einer »WKR-Heldenehrung« gesprochen wird?

Mit freundlichen Grüßen,

An Herrn Dr. Wolfgang Schüssel –
Erinnerungsblatt I zur Nationalratswahl 2003 – zum 8. Mai 2002

Mittwoch, 8. Mai 2002, 20.36 Uhr

Wofür steht und wofür tritt Dr. Wolfgang Schüssel mit seiner Regierungspartei ÖVP ein? Was außer Ausschreitungen befürchtet Ernst Strasser, Innenminister der Blauschwarzen Regierung, noch?

Bitte, sich selbst die mühsame Suche anzutun.

Die Regierungspartei FPÖ hat zum Anlaß 57. Wiederkehr der Kapitulation des Dritten Reiches sich einmal mehr deutlich und klar positioniert - namentlich durch Mag. Herbert Haupt, Bundesminister, Dr. Jörg Haider, Landeshauptmann, Dr. Reinhart Waneck, Staatssekretär, Mag. Ewald Stadler, Volksanwalt.

Die vier Herren haben mit weiteren ihnen gleichgesinnten Nationalratsabgeordneten, Landesregierungsmitgliedern, Landtagsabgeordneten die am 7. Mai 2002 in den Tageszeitungen »Die Presse« und »Neue Kronen Zeitung« veröffentlichte Resolution der national-freiheitlichen Studentenverbindungen im Wiener Korporationsring unterfertigt.

Auskunft über ihre Gesinnung können die korporierten Burschenschaften des Wiener Korporationsringes selbst am besten geben – eine kleine Auswahl im folgenden, wie auch Stellungnahmen von weiteren wesentlichen Funktionsträgern der Regierungspartei FPÖ:

Burschenschaft Olympia: »Alle waffenstudentischen Verbände lösten sich 1938 auf. Die Mitglieder gingen wie die Mehrzahl der Studenten in die Kameradschaften, die ein Teil des »Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes« (NSDStB) waren. Dieser blieb auch während des Krieges bis zum Zusammenbruch 1945 der Zusammenschluß und die Vertretung aller Studenten.«

Peter Westenthaler, Klubobmann der Freieitlichen Partei (derstandard.at, 8. Mai 2002): »Sehr wohl zu einer Stellungnahme bereit war FP-Klubchef Peter Westenthaler. Er bezeichnete die Kranzniederlegung »als nichts spektakuläres«. Auf Nachfrage meinte er, schlagende Burschenschaften seien wichtige Teile der Demokratie. Sie seien in der Hitlerzeit verfolgt worden und »daher zu unterstützen.«

Burschenschaft Teutonia: »1933 trennen sich die Burschenschaften in Österreich von der deutschen Burschenschaft und konstituieren sich als »Burschenschaft Ostmark«. 1938 die Burschenschaft Ostmark löst

sich auf. Die Bünde werden in Kameradschaften übergeführt, die mit studentischen Verbindungen im ursprünglichen Sinn nicht mehr ident sind.«

Burschenschaft Oberösterreichischer Germanen in Wien: »Für die Deutsche Burschenschaft gilt: Unser Vaterland ist die angestammte kulturelle und geistige Heimat aller Deutschen, unabhängig von staatlichen Grenzen. Das Vaterland und seine kulturelle Identität auf der Basis des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu bewahren, lebendig zu erhalten und zu schützen, ist Pflicht jedes Deutschen.«

Wiener akad. Burschenschaft Silesia: »2. Die Wiener akademische Burschenschaft Silesia will wirken für die ideale Einheit und Freiheit des deutschen Volkes, auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker gestützt, sie bekennt sich zur überstaatlichen Volksgemeinschaft. Die Silesia betrachtet es daher als eine ihrer Hauptaufgaben, ihre Mitglieder zum Dienste nationaler Bestrebungen an Geist und Körper tauglich zu machen sowie ihre politische Bildung zu fördern, damit jedes auch im späteren Leben nach Kräften für ihre Ideale und Ziele wirke.«

Wiener akad. Burschenschaft Olympia: »Als Ende der Fünfziger-, Anfang der Sechziger-Jahre die Situation der deutschen Volksgruppe in Südtirol aufgrund der gezielten italienischen Unterwanderung und Unterdrückung unerträglich, jede Hoffnung auf Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes zunichte wurde, ja Italien nicht einmal elementarste Volksgruppenrechte zugestehen wollte und sich in Südtirol der Widerstand formierte, sahen es zahlreiche Olympien zusammen mit vielen Korporierten, darunter auch CVern, als ihre Pflicht an, von der Freiheit nicht bloß im Liede zu singen, sondern den Freiheitskampf in Südtirol tatkräftig zu unterstützen. Dies hatte für unseren Bund harte Konsequenzen: Nicht wenige Bundesbrüder wurden in Italien zu zum Teil langjährigen Haftstrafen verurteilt. Die in Österreich eingeleiteten Prozesse gegen die Freiheitskämpfer endeten samt und sonders mit Freisprüchen. Am 1. Dezember 1961 wurde die Burschenschaft Olympia aus innen- und außenpolitischen Gründen im Zusammenhang mit der Unterstützung des Südtiroler Freiheitskampfes behördlich aufgelöst. (Inzwischen hat eine Neugründung längst stattgefunden.)«

Dr. Susanne Passer, Vizekanzlerin der Freiheitlichen Partei (derstandard.at, 8. Mai 2002): »Die Frage, was sie von schlagenden Burschenschaften im Allgemeinen halte, beantwortete Riess-Passer nüchtern, es handle sich um »Studentenverbindungen im Rahmen des demokratischen Spektrums Österreichs.«

Dr. Claus Nordbruch, geladen vom Veranstalter Ring Freiheitlicher Studenten (siehe unter www.kdu.at, Menüpunkt Politik offene E-Mail an den Nationalratsabgeordneten der Freiheitlichen Partei Dr. Martin Graf vom 3. Mai 2002): »Offensichtlich im Zuge viel gepriesener geistig-politischer Auseinandersetzung wurde uns im September 2000 unsere Heimseite in der BRD ohne Vorwarnung gesperrt. Auf unsere entsprechende Nachfrage bekamen wir vom Webmaster folgende Antwort:

IHRE SEITE WURDE WEGEN VERUNGLIMPFUNG DER STAATLICHEN ORGANE DER BUNDESREPUBLIK UND PERSÖNLICHER VERLEUMDERISCHE ANGRIFFE AUF MITMENSCHEN GESPERRT. FERNER GREIFEN SIE MENSCHEN NAMENTLICH AN UND ÜBERSCHREITEN SOMIT DIE VERLEUMDUNGSSCHWELLE, WENN SIE IHNEN Z.B. MANGELNDE GEISTIGE KAPAZITÄT VORWERFEN. DADURCH WIRD IHRE HOMEPAGE UNSERES ERACHTENS ALS SOLCHES UNTRAGBAR«

Herbert Scheibner, Verteidigungsminister der Freiheitlichen Partei (Homepage FPÖ, 8. Mai 2002): »Verteidigungsminister Herbert Scheibner hat am Dienstag im Verteidigungsausschuß des Nationalrates die Zulassung der Kranzniederlegung in der Krypta am Heldenplatz durch Burschenschafter verteidigt. Es handle sich um eine Kranzniederlegung in aller Stille, die weder als Veranstaltung noch als Kundgebung zu qualifizieren sei und auch nicht in den Anwendungsbereich des Versammlungsgesetzes falle, so Scheibner. Grundsätzlich wandte sich der Verteidigungsminister gegen Emotionalisierungen von jeder Seite und meinte, es sei gelungen, Veranstaltungen, die zumindest im Kern negative Aspekte in sich tragen, zu verlegen. Alle sollten sich von Neonazis distanzieren und an solche Organisationen »nicht einmal anstreifen.«

Die Burschenschaft Leder der Montanuniversität Leoben (Wolfgang Schüssel und sein Innenminister der Blauschwarzen Regierung wurden auf diese Homepage mit der offenen E-mail vom 29. November 2001 aufmerksam gemacht; nachzulesen unter www.kdu.at, Menüpunkt Politik) gehört nicht zu den Korporationen des Wiener Korporationsringes, hat aber ein »Verkehrsverhältnis« zur Burschenschaft Olympia, der derzeitigen Vorsitzenden des Wiener Korporationsringes.

www.Leder.Burschenschaft.at: »Weithin rollte der unter der Führung von Donner der drei Ehrensalven über das Grab hinaus in die Kärntner Berge, um dem Land zu künden, dass ein treues Burschenschafterherz zu schlagen aufgehört hat für des deutschen Volkes Ehr und Freiheit, für des deutschen Vaterlandes Ruhm und Größe ! Fiducit

Alle jetzigen und künftigen Generationen unserer Burschenschaft mögen aber das gebrachte Opfer recht ermessen, dessen Tragik durch die besonderen Umstände noch gesteigert wird. Ernst, der als Schweizer Staatsbürger vom Weltkrieg verschont geblieben war, zog freiwillig hinaus, um deutschen Heimatboden zu verteidigen und blieb auf der Walstatt !

Wo solche Treue Schildwacht hält, kann auf die Dauer deutsches Volk nicht geknechtet werden.«...

»Wir anerkennen die moderne strukturhistorische Geschichtsinterpretation eines Heinrich v. SRBIK (B! Gothia-Wien), Raimund F. KAINDL (B! Teutonia-Czernowitz), Heinrich FRIEDJUNG (B! Germania-Prag) Helmut Diwald, Ernst NOLTE u.v.a. und die traditionelle Rank'sche Quellenkritik (»wie es wirklich gewesen ist«), sine ira et studio !«

Ob es anlässlich der Nationalratswahl 2003 noch die Homepage der Burschenschaft Leder geben wird, die u.a. die Geschichtsinterpretation eines Prof. Diwald anerkennt, der Auschwitz in Frage stellte, oder auch die Homepage der im April 2002 gegründeten NPÖ, welche u.a. die Republik Österreich als »Bundesrepublik« bezeichnet?

National-demokratische Partei Österreich, www.members.aon.at/npoe: »Wir fordern, in angemessener Zeit die Zweckmäßigkeit eines weiteren Verbleibs Österreichs in der Europäischen Währungsunion und ggf. die Möglichkeiten für die Wiedereinführung des österreichischen Schillings zu prüfen. Die grenzenlose und nicht mehr von unserem Volk kontrollierte Übertragung von Souveränitätsrechten, insbesondere auch in der Außen- und Verteidigungspolitik, an eine bürgerferne europäische Hoheitsgewalt, die unsere staatliche Eigenverantwortung aufhebt, lehnen wir ab. Das Recht auf Selbstbestimmung in gerechten Grenzen ist für das ganze österreichische Volk ebenso unverzichtbar wie für jedes andere Volk der Welt. Wir wollen dieses Lebensrecht in einem freiheitlichen und demokratischen, sozialen und österreichischen Rechtsstaat im Sinne des Grundgesetzes auf der Grundlage eines gleichen Rechts für alle Menschen, Völker und Staaten sowie der allgemeinen Regeln des Völkerrechts verwirklichen. Wir wissen aber auch, daß nicht Gewaltanwendung, sondern nur friedliches Einvernehmen unter den Völkern eine Linderung oder auch Korrektur dieser Lage herbeiführen kann und darf. Die Bundesrepublik Österreich hat die Pflicht, österreichischen Volksgruppen und Minderheiten Schutz und Fürsorge zu gewähren. Gleichzeitig muß diesen Landsleuten der Weg in die Bundesrepublik auch in Zukunft offenstehen. 3. Gleichberechtigung für Österreich Die den Österreicher vielfach zugemutete einseitige Vergangenheitsbewältigung in der Art einer Zuweisung von Kollektivschuld oder Kollektivverantwortung beeinträchtigt unsere Gleichberechtigung in der Völker- und Staatenfamilie. Hunderttausende Kinder werden Jahr für Jahr in der Bundesrepublik Österreich abgetrieben, auch unter Inanspruchnahme öffentlicher Kassen. Gleichzeitig fehlen jährlich Hunderttausende Geburten in der Bundesrepublik zur Erhaltung des österreichischen Volkes und zur Sicherung unserer Zukunft.

Direkte Demokratie für österreichische Bürger

Wir treten für eine verstärkte Teilnahme des Bürgers an politischen Entscheidungen ein und sehen Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene als geeignete Instrumente an, die Bürger in wesentlichen Fragen mitbestimmen zu lassen und den Willen der Mehrheit zu berücksichtigen. Wir meinen, daß der oberste Grundsatz unserer Verfassung, die freiheitliche demokratische Grundordnung, so mit Leben erfüllt und dem Bürger nähergebracht werden kann. Jeder politischen Partei, ohne Rücksicht auf ihre Größe, ist entsprechend dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes die Chance zur Mitwirkung an der Staatswillensbildung zu eröffnen und offenzuhalten, solange ihre Ziele und Aktivitäten mit unserer Verfassung in Übereinstimmung stehen. Das vom österreichischen Gebührenzahler finanzierte

Programm im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen, aber auch das der privaten Anbieter, hat sich an den Werten des Grundgesetzes auszurichten. Es ist nicht einzusehen und untragbar, daß im österreichischen Rundfunk und Fernsehen unseren Staat diskriminierende Belange mit großer Leidenschaft vertreten werden, die Rechte der eigenen Nation aber, z. B. Gleichberechtigung und Selbstbestimmung, keine oder nur eine untergeordnete Rolle spielen oder gar bekämpft werden. Auch haben alle Sendungen auf das sittliche und moralische Empfinden der Mehrheit der Bürger Rücksicht zu nehmen. Fremde Einflüsse auf unsere Kultur müssen auf ein vernünftiges Maß beschränkt werden. Österreichische Künstler sind leistungentsprechend zu fördern. Wir erstreben eine Direktwahl der Rundfunk- und Fernsehräte durch die Bevölkerung.«

Auszug aus dem Freiheitlichen Parteiprogramm: »Das historische und kulturelle Erbe Österreichs berechtigt zu Stolz auf die erbrachten Leistungen, Traditionen und Errungenschaften. Der daraus erwachsende Patriotismus verpflichtet zu einer selbstbewußten österreichischen Politik und zu Widerstand gegen die kulturelle Verflachung, gegen die stets stärker werdenden Bestrebungen, Traditionen zu verunglimpfen und Österreich mutwillig herabzusetzen.

(1) Angesichts des großen Anteils des alten Österreichs an der gesamtdeutschen und gesamteuropäischen Geschichte und des hiervon herrührenden kulturellen Erbes ist es legitim, mit Selbstbewußtsein und Stolz auch auf internationaler Ebene aufzutreten.

(2) Eine Politik wird abgelehnt, die sich insbesondere seit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union den massiven Vereinheitlichungs- und Nivellierungsbestrebungen zu Lasten der geistigen und kulturellen Substanz Österreichs.

(3) Die Zeitgeisterscheinung, mit massiven Österreichbeschimpfungen und mutwilligen Herabsetzungen österreichischer Eigenheiten, öffentliches Echo zu erzielen, erfordert einen entschlossenen geistigen Widerstand aller patriotischen Kräfte.

(4) Gerade auf medialer Ebene ist seit Jahren eine von kultureller Verflachung gekennzeichnete Entwicklung erkennbar; dies erfordert einen neuen geistigen und kulturellen Aufbruch, um speziell österreichische Traditionen und regionale Eigenheiten lebendig zu erhalten.«

Es wäre als Entscheidungsgrundlage für die Stimmabgabe bei der nächsten Nationalratswahl unter Umständen hilfreich, würden auch von weiteren Bürgern und Bürgerinnen der demokratischen Republik Österreich »Erinnerungsblätter« erstellt und versandt werden zu weiteren Themen, wie etwa, wofür steht und wofür tritt Dr. Wolfgang Schüssel, Bundeskanzler der Schwarzblauen Regierung in der Sozialpolitik, in der Bildungspolitik, in der Wirtschaftspolitik, in der Medienpolitik usf. ein.

An Frau Dr. Susanne Riess-Passer –
Erinnerungsblatt zur Nationalratswahl 2003 –
»Erfolgreiche Integration: nur 800 überlebten«

Mittwoch, 31. Juli 2002, 2.59 Uhr

Sehr geehrte Frau Dr. Passer,

am 27. Februar 2001 schrieb ich an Sie:

Geschieht es mit Ihrer Einwilligung, daß die Freiheitliche Regierungspartei auf der Internet-Seite von »Bündnis Rechts« in Deutschland unter »Nationale Parteien, Vereine und Organisationen (Inland)«? in der Linkliste geführt wird?

Aus gegebenem Anlaß ist es notwendig, wieder einmal darauf zurückzukommen. Der Anlaß: das Treffen der Parteien in Kärnten, die laut Ihrem Landeshauptmann der FPÖ ähnlich sind. Auch wenn Sie, Frau Passer, keine Gemeinsamkeiten mit dem Vlaams Blok und Ihrer Regierungspartei sehen. Auf eine Gemeinsamkeit wies ich Sie bereits in meiner E-Mail vom 25. Juni 2001 hin: FPÖ: »Kindergeld« - Vlaams Blok: »Erziehergeld«.

Alle diese E-Mails sind unter www.kdu.at - Menüpunkt Politik, E-Mails an österreichische PolitikerInnen nachzulesen, also auch die von Ihrem Büro übermittelte Antwort auf meine E-Mail vom 27. Februar 2001, daß Sie das Setzen von Links nicht verbieten lassen können.

Heute, am 30. Juli 2002, stellt sich die Sache wieder etwas interessanter dar. Laut der Homepage von "Bündnis Rechts" werden Links nur gegen einen fairen Tausch 1:1 gesetzt oder, wenn kein Gegenlink gesetzt wird, gegen Bezahlung einer Jahresgebühr von 100,00 DM (<http://www.buendnis-rechts.com/index1.html>). Nachdem auf der Homepage Ihrer Partei kein Link zu »Bündnis Rechts« zu finden ist, ist anzunehmen, daß Ihre Regierungspartei jährlich 100,00 DM bezahlt, um in Deutschland unter »Nationale Parteien, Vereine und Organisationen (Inland)« geführt zu werden.

Ich stimme mit Ihnen, Frau Passer, vollkommen darin überein, daß es (wie Sie es heute im ZIB-Interview formulierten) wichtigeres gibt als den Vlaams Blok, und ich füge hinzu: als Ihren Landeshauptmann. Ihr Hauptmann hat ja lediglich einmal mehr das deutlich gemacht, was ohnehin seit Jahren allzu bekannt und für Dr. Wolfgang Schüssel, Ihren Bundeskanzler, ohne Belang ist.

Meine heutige E-Mail an Sie ist also wieder eine Rede gegen die breite Darstellung, daß Sie und Ihre Regierung der Gesinnung von Dr. Jörg Haider ablehnend gegenüberstehen, es halt nur nicht öffentlich tun können, aber im kleinen verschwiegenen Kreis ...

Eine weitere kleine aktuelle Zusammenfassung als mögliche Entscheidungshilfe für uns Wähler und Wählerinnen bei der nächsten Nationalratswahl:

- Sie, Frau Passer, werten die Diskussion über die aktuellen Aussagen von Ewald Stadler als hysterisch ab und würdigen gleichzeitig Ewald Stadler als wichtigen Mitarbeiter bei der Abfassung Ihres neuen Parteiprogramms.
- Sie, Frau Passer, und Ihre Parteiliebe bezichtigen Herrn Edlinger der Wiederbetätigung wegen seines ironischen Ausspruches »Sieg heik« im Parlament. Das war aber nicht der erste Versuch der FPÖ, das Verbotsgesetz bewußt in der Öffentlichkeit so darzustellen, als ob dieses Gesetz ausschließlich nur dann angewendet werden kann, wenn ein eindeutig nationalsozialistischer »Sager« (wie eben »Sieg heik«) ausgesprochen wird. Sie als Vizekanzlerin der FPÖ informieren also die Bevölkerung bewußt falsch über das Verbotsgesetz oder: Sie verschweigen zumindest bewußt ganze, aber wesentliche Passagen des Verbotsgesetzes. Es ist nicht anzunehmen, daß Ihnen als Vizekanzlerin der FPÖ das Verbotsgesetz, das eine besondere Stellung innerhalb der österreichischen Gesetzgebung einnimmt, unbekannt ist. Sollten Sie aber das Verbotsgesetz und die dazugehörige Judikatur nicht zur Gänze kennen, fehlt Ihnen eine entscheidende Voraussetzung für jedwedes Amt im öffentlich-rechtlichen Dienst.
- Sie, Frau Passer, argumentieren gegen die Beneš-Dekrete (Ihr Gastkommentar in der »Neuen Kronen Zeitung«, Ausgabe 5. Juni 2002) mit Felix Ermarcora, der für Sie unvergessen, aber für viele umstritten ist. Und führen hiermit die Linie von Hans Dichand fort, die mit der Serie im Februar 2002 über die Vertreibung der Sudetendeutschen einen Höhepunkt unseriöser und tendenziöser Geschichtsschreibung erreichte und Gratiswerbung in Millionenaufgabe für einen revisionistischen Verein in Deutschland machte.
- Dr. Jörg Haider ist Präsident der Freiheitlichen Akademie, zu deren Aufgaben zählen: Funktionäre, Abgeordnete auszubilden, politische Hintergrundarbeit zu leisten. Der wissenschaftliche Leiter ist Dr. Lothar Höbelt. Mag. Dr. Gerald Brettner-Messler ist zuständig für Bibliothek, Dokumentationen, Archiv und Publikationen. Und Dr. Brettner-Messler ist Mitglied der Burschenschaft Nibelungia zu Wien, auf deren Homepage u.a. eine Zusammenfassung eines Vortrages von Herrn Helmut Müller (»Schriftleiter des Eckartboten und Redakteur von Zur Zeit«) vom 5. Juni 1998 zu lesen ist - ein Auszug:

»Es gibt durchaus Beispiele erfolgreicher Integration. So wurden 1954/55 in Chile 3.200 Japaner in Gebieten mit sehr schlechten Voraussetzungen angesiedelt. Nur 800 überlebten, der heutige Präsident ist ein Nachkomme dieser Leute.«

Bildung dürfte für Sie, Frau Passer, auch kein wichtiges Thema sein, wenn man bedenkt, wer in der Freiheitlichen Akademie das Sagen hat.

Für heute genug.

Eines noch. Ich würde gerne wissen, was für Sie tatsächlich wichtig ist.

Was war eigentlich das Bezirksschützenfest am 26. Mai 2002 in Salurn für Sie? War es wichtig? Immerhin Wien – Salurn und retour: ein nicht geringer zeitlicher Aufwand.

In der Zeitschrift "Der Tiroler", ISBN 3-921916-02-X, Ausgabe 48/2002, "Südtiroler Freiheitskampf - Es mußte sein!" (Verlag der Kameradschaft der ehemaligen Freiheitskämpfer) lese ich im »Aufruf an unsere Leser« von »Die Herausgeber danken für Ihre Hilfe! Univ.-Prof. Dr. Erhard Hartung« u.a.:

»Sie unterstützen damit die Festigung des deutschen Geistes im bedrohten Land im Sinne des Aufrufes des Bezirksmajors des Südtiroler Schützenbundes, Robert Ventir, der am 26. Mai des Jahres 2002 auf dem Bezirksschützenfest in der südlichsten deutschen Gemeinde Tirols, in Salurn, im Beisein der österreichischen Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer seinen Schützen zugerufen hat: 'Ihr seid Wächter des Deutschtums an der Sprachgrenze!'«.

Das steht auf Seite 61 und noch einmal auf Seite 71 als Schluß der von Christian Plaickner zusammengestellten Dokumentation:

»Am Ende dieser Schrift sei noch ein Wunsch ausgesprochen:
(...) Mögen die Jungen weltoffen und in die Zukunft blickend sein und dabei bedacht bleiben auf ihre Tiroler Identität. Mögen sie nicht im 'multikulturellen' Kulturkampf, der heute mit Vehemenz gegen das angestammte Volkstum geführt wird, aus Desinteresse oder Leichtfertigkeit das verspielen, wofür tapfere Frauen und Männer alles gegeben haben, was ein Mensch für Volk und Heimat nur geben kann.

Mögen die Jungen den Glauben und den Mut und die Älteren die verbliebene Kraft haben, gegen den Zeitgeist, der uns nicht freundlich gesonnen ist, zu bestehen. Wer zur Quelle der Wahrheit gelangen will, muß gegen den Strom schwimmen!

Der Bezirksmajor des Südtirolers Schützenbundes, Robert Ventir, hat am 26. Mai 2002 auf dem Bezirksschützenfest in Salurn in Gegenwart der österreichischen Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer der Salurner Schützenkompanie zugerufen: 'Ihr seid Wächter des Deutschtums an der Sprachgrenze'.

Mögen wir alle in diesem Sinne - im ganzen Lande und nicht nur an der Sprachgrenze - Wächter und Bewahrer unseres Erbes sein!«

In dieser Dokumentation ist in der »Liste der politischen Häftlinge« zu lesen: »Univ. Prof. Dr. Erhard Hartung, Ort Österreich, verurteilt zu lebenslänglich, Haftzeit 1 J. 2 1/2 M. in Österreich, 7 J. Exil in Deutschland«. Eine weitere Quelle zu Erhard Hartung: www.free.de/antifa/nrw/feb95/hartung.html

Eine Ende Juli 1994 veröffentlichte Presseerklärung des "Bildungs- und Solidaritätswerkes Anna Seghers" in Wiesbaden brachte es ans Tageslicht: Ein in Italien wegen eines Bombenanschlags, bei dem vier Menschen starben, zu lebenslanger Haft verurteilter Neofaschist und "Südtiroler Freiheitskämpfer" überbrachte bei einem "deutsch-chinesischen Symposium über Herzchirurgie" in Wuhan Grüße von Bundeskanzler Helmut Kohl. Kohls Bote, der an der Düsseldorfer Heinrich-Heine-Universität als Anästhesist und Dozent tätige **Erhard Hartung**, wurde Ende Oktober 1994 nach einer antifaschistischen Kampagne vom Rektor aufgrund seiner rechtsextremen Machenschaften gekündigt. Die Kündigung wurde Mitte Dezember 1994 vom zuständigen Verwaltungsgericht bestätigt.

Das wird vielleicht doch eines Tages Ihre Bildungsministerin interessieren, welche Autoren es beim Schulbuchverlag Leopold Stocker noch gibt:

Dokumentation von Otto Scrinzi (Hrsg.): Chronik Südtirol 1959 - 1969, Von der Kolonie Alto Adige zur Autonomen Provinz Bozen, Mit Beiträgen von: Helmut Golowitsch, Richard v. Helly, Helmut Heuberger, Franz Klüber, Werner Pfeifenberger, Christian Plaickner, Walter Raming, Otto Scrinzi, Wilhelm Steidl. Chronik 1959 - 1969 Erhard Hartung, Peter Kienesberger, Leopold Stocker Verlag, Graz - Stuttgart, 1996, S. 9f.

Die ÖVP braucht diesmal nicht mit dem Hinweis zu antworten, der Stocker-Verlag sei ein Agrar-Verlag. Das hat sie ja schon im Parlament aufgrund einer parlamentarischen Anfrage unnötigerweise, weil ohnehin bekannt, von sich gegeben.

Tatsächlich interessant wäre es aber klar zu erfahren (verzeihen Sie, Frau Passer, daß Sie im Schlußteil ausgeblendet werden, aber wichtiger ist:), ob die ÖVP endgültig zum Schweigeorden des Wolfgangs werden will, um weiterhin mit einer Partei in einer Regierung zu sitzen, die für die Zukunft nur Überholtes, also nichts zu bieten hat.

An Herrn Dr. Wolfgang Schüssel –
Erinnerungsblatt zur Nationalratswahl 2003 –
Ausgrenzung und Tugend: Schweigen

Freitag, 2. August 2002, 23.42 Uhr

Sehr geehrter Herr Dr. Haider,

ich nehme bezug auf Ihr heutiges ZIB-Sommerinterview, und lade Sie herzlich zur Diskussion vor allem über den von Ihnen verwendeten Begriff »Ausgrenzung« ein, um endgültig klarzustellen, wer in diesem Staat der erste und einzige wahre Ausgrenzer ist.

Was für unbedankte Positionen muß Ihre Freiheitliche Partei - diese ständig ausgegrenzte Partei - einnehmen? Und was müssen Sie und Ihre Freiheitliche Partei aufgrund dieser Ausgrenzung alles auf sich nehmen?

- Sie selbst, Herr Dr. Haider, werden seit Jahrzehnten derart ausgegrenzt, daß Ihnen keine andere Wahl bleibt, als zum zweiten Mal Landeshauptmann von Kärnten zu sein.
- Ihre Freiheitliche Partei wird derart ausgegrenzt, daß ihr seit über zwei Jahren keine andere Wahl bleibt, als zum zweiten Mal Regierungspartei zu sein.
- Ihre Freiheitliche Partei wird derart ausgegrenzt, daß Ihrem Gesinnungsfreund Mag. Ewald Stadler keine andere Wahl bleibt, als Volksanwalt der FPÖ zu sein. Ihr Regierungsfreund Andreas Khol hat zwar in dieser Woche Mag. Ewald Stadler bescheinigt, außerhalb des »Verfassungsbogens« sich zu befinden, gleichzeitig aber hat Andreas Khol Sie lobend erwähnt. Die Freiheitliche Partei wird derart ausgegrenzt, daß ihr Andreas Khol Ende Dezember 2001 bescheinigen mußte, eine »normale demokratische Partei« geworden zu sein, wofür er Mag. Ewald Stadler als schlagenden Beweis anführte.
- Die Freiheitliche Partei wird derart ausgegrenzt, daß die einschlägig amtsbekannte Zeitschrift Ihres Gesinnungsfreundes Andreas Mölzer 2001 erstmalig eine beachtliche Presseförderung annehmen mußte.
- Die Freiheitliche Partei wird derart ausgegrenzt, daß ihre Funktionäre keine andere Wahl haben, als die Positionen von Bezirksräten, Gemeinderäten, Landtagsabgeordneten, Landräten, Stadträten, Bundesräten, Nationalratsabgeordneten, EU-

Abgeordneten, Ministern, Vizekanzlerin, Landeshauptmann zu besetzen.

- Sie selbst, Herr Dr. Haider, werden derart ausgegrenzt, daß Sie in der Tageszeitung »Die Presse« Gastkommentare schreiben müssen und unentwegt Interviews geben müssen.
- Die Funktionäre der Freiheitlichen Partei werden derart ausgegrenzt, daß sie keine andere Wahl haben, als an allen großen gesellschaftlichen Veranstaltungen teilzunehmen.

Aufgrund dieser Ausgrenzungen bleibt der Freiheitlichen Partei keine andere Wahl, als das zu tun, was sie eben tun muß:

- Die Freiheitliche Partei wird derart von »Ausländern« ausgegrenzt, daß sie gar keine andere Wahl hat, als ...
- Die Freiheitliche Partei wird von Kunstschaffenden derart ausgegrenzt, daß sie gar keine andere Wahl hat, als ...
- Die Freiheitliche Partei wird von Sinti und Roma derart ausgegrenzt, daß es Ihnen gar nicht anders möglich war, als ...
- Die Freiheitliche Partei wird von Juden derart ausgegrenzt, daß Ihnen allenthalben gar keine andere Wahl bleibt, als ...
- Die Freiheitliche Partei wird vom Verfassungsgerichtshof derart ausgegrenzt, daß ihr gar keine andere Wahl blieb, als ...
- Die Freiheitliche Partei wird von den nicht-deutschen Sprachen derart ausgegrenzt, daß sie gar keine andere Wahl hat, als ...
- Sie werden von der Tugend derart ausgegrenzt, daß Sie gar keine andere Wahl haben, als die Tugend aus der deutschen Familie Ehre und Treue zu verstoßen und sie den »Linken« anzulasten.
- Sie werden von der Wahrheit derart ausgegrenzt, daß Sie gar keine andere Wahl haben, als ...
- Sie werden von der Demokratie derart ausgegrenzt, daß Sie es beispielsweise heute noch als eine Ungeheuerlichkeit der SPÖ empfinden müssen, als diese von ihrem Recht auf freie Wahl ihres Regierungspartners Gebrauch machte.
- ...
- ...
- ...

Und wie hart muß es gerade Sie, Herr Dr. Haider, als zartfühlenden Redner und gegen Ungerechtigkeiten und antidemokratische Umtriebe auftretenden und ausschließlich um das Heil der Nation besorgten Landesvater treffen, daß Ihr Bundeskanzler, Dr. Wolfgang Schüssel, zu diesen Ausgrenzungen schweigt. Wenn ich Ihnen einen Rat geben darf, pochen Sie auf die Einhaltung der »Präambel«: schließlich hat Dr. Wolfgang Schüssel diese auch unterschrieben.

Soweit also der Versuch eines Couplets. Denn anders kann darauf nicht geantwortet werden.

Wem es aber nicht egal ist, wie die politische Wirklichkeit in zehn bis fünfzehn Jahren in Europa sich uns präsentiert, wird zur Überzeugung gelangen, daß die Antwort jetzt gefunden werden muß, um genügend Zeit für die Entwicklung und Verbreitung einer Gegenvision zu haben, die für die Bürgerinnen und Bürger Europas eine (weil eine soziale und demokratische) unterstützenswerte Vision ist. Denn ein von Ihrem geträumten »Rechten Block« regiertes Europa ist die denkbar schlechteste Zukunft.

Für diese meine offene E-Mail reichte mir der Ausschnitt Ihres Sommer-Interviews in der ZIB 1. Das gesamte Interview in der ZIB 3 sehe ich mir gar nicht mehr an. Denn die Antworten sind nicht mit Blick auf die Freiheitliche Partei und Ihre Bruderparteien zu finden.

Von Herrn Mag. Roland Weinert,
Referent für Wirtschaft, Umwelt und Soziales –
Erinnerungsblatt zur Nationalratswahl 2003 –
»Erfolgreiche Integration: nur 800 überlebten«

Dienstag, 13. August 2002, 13.44 Uhr
GZ-5176-RP/02

Sehr geehrter Herr Kraut!

Im Namen von Frau Vizekanzler Dr. Susanne Riess-Passer danke ich Ihnen für Ihr informatives E-Mail vom 31. Juli.

Ich möchte darauf hinweisen, dass Frau Dr. Susanne Riess-Passer in der Pressekonferenz vom 1. August klargestellt hat, dass keine Kooperation mit dem Vlaams Blok geplant ist. Sollte der Vlaams Blok erfolgreiche Ideen der FPÖ wie zum Beispiel das Kindergeld übernommen haben, so ist dies eine Aktion, die für jede Partei zu befürworten wäre. In diesem Zusammenhang möchte ich aber erwähnen, dass auch die Deutsche CDU/CSU unser Projekt des Kindergeldes übernommen hat und dies nach der Wahl einführen möchte.

Des weiteren darf ich anführen, dass die Freiheitliche Partei Österreichs keine 100 DM für einen Link auf der Homepage "Bündnis Rechts" bezahlt hat. Ich darf bezüglich dieses Links auf die erfolgte Beantwortung Ihres letzten Mails verweisen. Bezüglich Ihrer Fragestellung zum Verbotsgesetz darf ich auf die dazu ergangene Judikatur verweisen, die uns sehr wohl bekannt ist. Es ist weiters von Ihnen eine Fehlinterpretation, wenn Sie uns vorwerfen, dass wir bewusst Passagen des Verbotsgesetzes verschweigen.

Abschließend möchte ich anfügen, dass Ihre Worte zu den Benes - Dekreten ein Schlag ins Gesicht von hunderttausenden vertriebenen und ermordeten Sudetendeutschen sind, und dass das Engagement der FPÖ für eine Abschaffung der Unrechts - Dekrete, welche die Vertreibung möglich machten nichts mit Revisionismus zu tun hat, sondern ganz im Gegenteil mit der Möglichkeit der Tschechischen Republik den Weg in die Europäische Werte - Union zu ebnen.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Roland Weinert

An Herrn Mag. Roland Weinert –
Erinnerungsblatt zur Nationalratswahl 2003 –
»Erfolgreiche Integration: nur 800 überlebten«

Donnerstag, 15. August 2002, 9.21 Uhr

Sehr geehrter Herr Mag. Weinert,

ich nehme bezug auf Ihr Schreiben im Namen von Dr. Susanne Riess-Passer, Vizekanzlerin der FPÖ, vom 13. August 2002, GZ-5176-RP-02, und nehme zu Ihren Ausführungen wie folgt Stellung.

Kooperation mit dem Vlaams Blok

So begrüßenswert die Klarstellung Ihrer Vizekanzlerin ist, so schnell kann menschgemäß eine »Planung« einen anderen Verlauf nehmen.

Mein Hinweis auf das »Kindergeld« bzw. »Erziehergeld« erfolgte lediglich, um ein Beispiel der Gemeinsamkeiten zwischen FPÖ und dem Vlaams Blok anzuführen. Bezüglich Auflistung weiterer Gemeinsamkeiten wenden Sie sich bitte an Ihren Landeshauptmann Dr. Jörg Haider, der ja als Präsident der Freiheitlichen Akademie hauptverantwortlich für die Bildung der FPÖ-Funktionäre und für die politische Hintergrundarbeit ist.

Link von »Bündnis Rechts« zur FPÖ

Die schicksals- oder wem-immer-ergebene Antwort vor weit über einem Jahr war, daß Ihre Vizekanzlerin Links nicht verbieten lassen könne. Ihr Generalsekretär Karl Schweitzer hingegen spricht tatkräftig in der Tageszeitung »Die Presse« vom 1. August 2002 davon, daß er dies recherchieren und abstellen lassen werde. Sollte das Ihrem Generalsekretär gelingen, dann stellt sich um so mehr die Frage, weshalb es Ihre Vizekanzlerin nicht abstellen lassen wollte.

Verbotsgesetz

Das noch recht aktuelle Beispiel Rudolf Edlinger zeigt deutlich, wie schnell die FPÖ in der Lage ist, Wiederbetätigung im nationalsozialistischem Sinn bei anderen »zu erkennen« und anderen zu unterstellen, wenn es einhergeht mit einer breit bekannten und den Nationalsozialismus nur oberflächlich charakterisierenden Parole.

Eine andere Schiene in Österreich ist der aktive publizistische Kampf gegen das Verbotsgesetz von einschlägig amtsbekannten Publikationen – zum Beispiel auch durch die Wochenzeitschrift »Zur Zeit« Ihres Andreas Mölzer (siehe entsprechende offene E-Mails unter www.kdu.at, Menüpunkt Politik).

In der breiten Öffentlichkeit wäre ohne die Darstellung der eingeschränkten Anwendungsmöglichkeiten des Verbotsgesetzes die Förderung der ZZ aus Steuergeld wohl kaum argumentierbar. Denn das in der ZZ vorherrschende Geschichtsbild wird nicht durch ein »Sieg heil« vorgetragen, aber etwa mit so harmlos klingenden Formulierungen wie »Leider schreiben die Sieger immer noch die Geschichte«.

Beneš-Dekrete

Gegen eine umfassende historiographische Aufarbeitung der Vergangenheit habe und werde ich niemals das Wort reden. Aber im Falle der FPÖ sind in bezug auf ihre wissenschaftliche und redliche Geschichtsdarstellung äußerste Bedenken angebracht.

Verzeihen Sie, sehr geehrter Herr Weinert, daß ich aus Anlaß Ihres Schreibens mich über Sie zu informieren versuchte. Ein Artikel von Ihnen in der »Tangente«, Bundeszeitschrift des Rings Freiheitlicher Jugend, veranlaßte mich, ein wenig in deren Ausgaben wie auch auf der Homepage des Rings Freiheitlicher Jugend zu schmökern.

Ehe ich mich darauf beschränke, lediglich ein Zitat anzuführen, möchte ich aber klarstellen, daß es niemals meine Absicht war und ist, nach zitierbaren Stellen zu suchen, um die FPÖ in eine bestimmte weltanschauliche Richtung zu schreiben.

Es war und ist stets ein Anlaßfall, der mir (auch heute wieder) umgehend und ohne großen Aufwand Aussagen zu Tage fördert, die den Eindruck, so hat es den Anschein, immer wieder aufs neue bestätigen wollen, daß die FPÖ ihren Wurzeln treu bleiben will. In Österreich ist allenthalben diese bequeme und etwas raunzert vorgetragene Meinung zu hören, es seien ja eh immer nur die selben.

Es gibt in der FPÖ aber auch einen Nachwuchs der »selben«, die Wiedergänger der Stadlers, Haiders und Mölzers (um nur die allerbekanntesten Namen anzuführen). Denn in den Jugendorganisationen einer Partei erhalten u.a. zukünftige Parlamentarier, Minister, Landeshauptmänner das für sie wohl maßgebliche (parteikarrierefördernde) politische und weltanschauliche Rüstzeug. Über eine andere Jugendorganisation Ihrer Partei, nämlich über den Ring Freiheitlicher Studenten, wurde bereits im Mai 2002 in Zusammenhang mit dem 8. Mai 1945 gesprochen: nachzulesen ebenfalls unter www.kdu.at.

»Oft versuchen ja Historiker diese Epoche als Reaktion, ja als Notwehr zu erklären, um somit diese Untaten zu rechtfertigen. Auch wenn die Nazi-Deutschen noch so grausam gewesen sein sollten (was sie ja im Protektorat Böhmen und Mähren erwiesenermaßen nicht waren), gibt das noch lange keine Berechtigung, unschuldige Zivilbevölkerung so zu behandeln.«

Johann Gudenus, Tangente 1/2002

Auch anhand dieses Zitates könnten wir einen Diskurs über die Auswirkungen der massenmedial verbreiteten vereinfachten Darstellung des Verbotsgesetzes führen.

Mit der gegen mich schwingenden »Moralkeule«, sehr geehrter Herr Weinert, können Sie den Revisionismus nicht entkräften, den ich im übrigen Ihrer Vizekanzlerin gar nicht unterstellt habe.

Von Interesse wäre Ihre Meinung auch zu den anderen von mir angesprochenen Punkten gewesen.

Mit freundlichen Grüßen,

An Frau Benita Ferrero-Waldner –
Erinnerungsblatt zur Nationalratswahl –
Österreich: Zukunftsverdrängung als Regierungspolitik

Samstag, 5. Oktober 2002, 13.49 Uhr

Sehr geehrter Herr Dr. Klestil,

Die Erklärung Ihres Sprechers Hans Magenschab

Die Personen, an die die Orden gingen, sind Magenschab zufolge vom Außenministerium ausgewählt worden. Die jeweilige Begründung dafür sei wohl im Statut für die Ehrungen (siehe Wissen) zu finden. Der Präsident habe die Vorschläge gegengezeichnet. Aber: "Wir konnten ja nicht wissen, dass Fini das zur Wahlpropaganda benützt."

Der Standard, 3. Oktober 2002

veranlaßt mich wieder einmal an Sie zu schreiben: zum einen, weil bereits die Vorstellung, schon innerhalb der nächsten Monate folgende Erklärung Ihres Sprechers zu lesen bekommen zu können, mir den Magen ausschabt,

Die Parteien, die in die Regierung berufen wurden, sind Magenschab zufolge von Wolfgang Schüssel und Matthias Reichhold ausgewählt worden. ... Der Präsident habe die Vorschläge gegengezeichnet. Aber: "Wir konnten ja nicht wissen, dass Schüssel das zum Regieren benützt."

und zum anderen, weil in Österreich jedes Papier sofort mit seinem Staatswappen "Vergessen" gestempelt wird und deshalb das ohnehin bestens Bekannte wieder und wieder verschriftlicht und breitest gestreut werden muß.

Was für eine Regierungspolka von diesen beiden Parteien ÖVP und FPÖ zu erwarten ist, haben diese seit dem Februar 2000 bereits eindrucksvoll aufgeführt. Keine Regierung hat es einem je leichter gemacht, ihre Planungs- und Gestaltungskapazität und ihre Sach- und Entscheidungskompetenz in Frage stellen zu können. Das markanteste Beispiel stellvertretend für die gesamte Planungs- und Gestaltungskapazität und Sach- und Entscheidungskompetenz dieser Regierung: Zuerst müssen es, weil geprüft und geplant, genau 24 Kriegsfluggeräte sein, dann können es, weil geprüft und geplant, auch 18 Kriegsfluggeräte sein, und dann können es für die FPÖ, weil geprüft und geplant, auch 0 Kriegsfluggeräte sein.

Zum Anlaß der Vorstellung von »Gefangen, auch im Erinnern« im Parlament am 26. April 2002 haben Sie die "besten Wünsche für einen erfolgreichen Verlauf Ihrer Präsentation, verbunden mit der Hoffnung auf reges Publikumsinteresse" schreiben lassen. Mit dem Hinweis darauf und auf die seit dem hinzugefügten Kapitel (nachzulesen unter www.kdu.at - Menüpunkt Politik) erspare ich mir willkommenerweise wiederholen zu müssen, was bis zum August 2002 bereits schriftlich vorliegt, und ich kann mich hier weiterhin auf die letzten Wochen der Bundesregierung beschränken.

- Während die Regierung der FPÖ und ÖVP bequem vorgeben, wegen einer Flutkatastrophe eine Steuersenkung verschieben zu müssen, leistet sich diese Regierung einen mit etwa 7,2 Millionen Euro dotierten Fonds, der menschengemäß aus Steuergeld (Bund und Länder) gespeist werden soll, zur Förderung der "Vertriebenenverbände", des Kulturzentrums "Haus der Heimat" im dritten Wiener Gemeindebezirk mit einem zum Beispiel "engen Naheverhältnis" zur Österreichischen Landsmannschaft und ihrer Zeitschrift "Der Eckartbote":

Auszüge aus "Schutzarbeit für unsere Kultur", Helmut Müller, Der Eckartbote, Mai 2002:

Im großen Rahmen geht es um den Schutz und die Förderung der deutschen Kultur und unserer Muttersprache jenseits unserer Grenzen, aber auch vermehrt im Inland selbst. Es geht aber darüberhinaus auch darum, die bio-oder ethnokulturelle Wirklichkeit eines Volkes sichtbar und bewußt zu machen.

Wenn nun die Österreichische Landsmannschaft diesem auch ideologischen Druck - der Begriff der „Österreichischen Nation“ ist bekanntlich eine kommunistische Schöpfung wie jenes berüchtigte Dokumentationsarchiv - über Jahrzehnte standgehalten hat, dann wohl auch, weil es genügend Menschen gab, die den Angriff auf ihre Sprache und ihre Kultur sowie die Überfremdung ihrer Heimat nicht hinnehmen wollten.

Was Ariel Sharon als notwendige Maßnahme gegen den „Terror“ der palästinensischen Widerstandskämpfer hinzustellen versucht, spottet jeder Beschreibung. Gerade am 9. April, dem Holocaustgedenktag, waren die Angriffe der israelischen Aggressoren besonders heftig. Dies trotz aller angeblichen Mäßigungsversuche der USA. Die israelische Aggression gegen die palästinensischen Ghattostädte erinnert unerfreulich an das Vorgehen der SS im Warschauer Ghetto, wo die Juden verzweifelt Widerstand gegen den übermächtigen Feind leisteten und schließlich unterlagen.

Da Rechtsextreme und NeonationalsozialistInnen aber bereits empfehlen, die Publikationen der von ihnen als Feinde Qualifizierten als Informationsquelle beispielsweise über ihre Netzwerke zu nutzen, will ich es bei diesem Beispiel

belassen, um nicht auch möglicherweise Arbeit für die äußersten Rechten zu leisten.

Deshalb werde ich mit allgemeinen Anmerkungen das Schreiben an Sie fortsetzen, die ausschließlich in Hinblick auf die Bedeutung für die Zukunft zu lesen sind. Da Sie ja mögliche Auswirkungen aufgrund Ihrer Entscheidungen allenthalben doch bedenken dürften - wie dem bereits o.a. Schreiben entnommen werden kann: "Mit Rücksicht auf Beispielsfolgen kann auch in diesem Fall leider keine Ausnahme gemacht werden." -, ist vielleicht die eine oder andere Anmerkung für Sie bei Ihren Überlegungen im Rahmen der bald bevorstehenden Regierungsbildung brauchbar.

- Ernst Strasser, Altinnenminister der ÖVP, dreht kalt an der von der FPÖ seit Jahren bekannten Hetz- und Verleumdungsspirale der FPÖ und mißbraucht AsylwerberInnen physisch für seinen Wahlkampf. Fragen Sie bitte Ihren Reisegefährten Matthias Reichhold, dem diese Strasser-Maßnahmen noch zu wenig weit gehen, welche Lösung über die Obdachlosigkeit hinaus er sich noch vorstellt. Diese Art von Flüchtlingspolitik ist auch keine zukunftsorientierte Politik.
- Der Regierung der ÖVP und der FPÖ kann als schlagender Erfolg angerechnet werden, daß bereits nach zweieinhalb Jahren forciert rechtsgetanzter Polka eine österreichische Wochenzeitung, nämlich "Format", neben Andreas Mölzer schon Gottfried Küssel als einen weiteren von 100 prominenten ÖsterreicherInnen führt und ihn als "VAPO"-Gründer zu seinem Wahlverhalten befragt - das Gründen einer gesetzlich verbotenen Organisation also mit Prominentsein adelt - und auf ihrer Homepage Gottfried Küssel mit einem Foto vorstellt: so adrett wie sonst nur noch Nationsschwiegeneraltfinanzminister Grassler dargestellt wird. Möglicherweise möchte "Format" damit eine beträchtliche Presseförderung keilen, und hat sich dafür Mölzers "ZZ" zum Vorbild genommen. Oder/und es wird bereits ein medialer Nachfolger für den Verkaufsschlager Jörg Haider panisch gesucht. Hier doch ein passender Rückgriff auf die erste Hälfte des Jahres 2002, nämlich auf die ungenierte Werbung in Millionenaufgabe der "Neuen Kronen Zeitung" für einen revisionistischen Verein in der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen ihrer Februar-2002-Serie über die Vertreibung der Sudetendeutschen aus Tschechien. Das aber war keine Leistung dieser Regierung, denn Hans Dichand benötigt für seine Ungeniertheit keine diese fördernde Regierung. Auffällig daran ist jedoch, daß es dazu keine breite öffentliche Gegendarstellung gab. Was es aber gab, war eine Fortführung dieser Geschichtsschreibung in Form eines Gastkommentars im Juni 2002 der Altvizekanzlerin Susanne Passer in der "Neuen Kronen Zeitung".

- Auch wenn massenmedial die FPÖ immer wieder und immer noch auf Jörg Haider stellvertretend für das österreichische Demokratieverständnis analyseverweigend, Denk- und Demokratiealphabetismus fördernd und also Obrigkeitshörigkeit stützend reduziert wird, kann es über das Wesen und das Weltbild der FPÖ keinen Trugschluß geben. Die FPÖ war und ist und wird mit und ohne Jörg Haider die Partei sein, die seit der Gründung des VDU bestens bekannt und dokumentiert ist. Auch Susanne Passer zum Beispiel ist keine Ausnahme; was für Jörg Haider die Kontakte u.a. zum Vlaams Blok sind, sind für die Altvizekanzlerin die Kontakte u.a. zu Gianfranco Fini. Können Sie, Herr Dr. Klestil, zum Beispiel in bezug auf die Beneš-Dekrete einen tatsächlichen Unterschied in der Haltung von den öffentlich bekannteren Freiheitlichen Jörg Haider, Ewald Stadler, Herbert Scheibner, Herbert Haupt, Magda Bleckmann, Matthias Reichhold, Susanne Passer, Karl Schweitzer, Peter Westenthaler, Daniela Raschhofer ausmachen? Und wenn auch nicht, welchen Grund würden Sie hierfür ausmachen? Wie wird die FPÖ, sollte sie sich mit ihrer Haltung durchsetzen, es verkaufen? Die von dieser Regierung als große Leistung verkaufte „Entschädigung der Zwangsarbeiter“ kann als Beispiel dienen, wie es der FPÖ gelingt, die Staatsgeschichtschreibung ihrem Weltbild anzupassen. Auf ihrer Homepage wird die Entschädigung für NS-Zwangsarbeiter nicht prominent gelistet, gepriesen aber wird (auszugsweise):

Kriegsgefangenenentschädigung für alle Gefangenen und Internierten
Später Dank und Anerkennung -
die Freiheitlichen haben es möglich gemacht!

Österreichische Staatsbürger die im Verlauf des 2. Weltkrieges in Kriegsgefangenschaft gerieten, oder während der Besetzung Österreichs durch die Alliierten Mächte von einer ausländischen Macht aus politischen oder militärischen Gründen in Österreich festgenommen und angehalten wurden, oder sich auf Grund politischer Verfolgung oder drohender politischer Verfolgung außerhalb des Gebietes der Republik Österreich befanden und von einer ausländischen Macht festgenommen und nach Beginn des zweiten Weltkrieges angehalten wurden sind anspruchsberechtigt.

Ein Akt der Gerechtigkeit und der Pietät gegenüber der Kriegsgeneration

Mit diesem Gesetz ist das freiheitliche Wahlversprechen, den Männern und Frauen der Kriegsgeneration die Anerkennung zukommen zu lassen die Ihnen gebührt endgültig umgesetzt und das Versprechen eingelöst, jenen Menschen eine Entschädigung zuzuerkennen, die nicht nur unermessliches Leid im Kriegseinsatz, sondern auch die Demütigung einer Kriegsgefangenschaft erdulden mussten.

56 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges wurde der Kriegsgeneration jene Anerkennung verschafft, die von vergangenen Regierungen sträflich unterlassen wurde.

- Die politische Vergangenheit von Altschweigemeister Wolfgang Schüssel hat Österreich eine nun vergangene Zukunft mit einer Regierungspartei FPÖ und all den unappetitlichen Folgen beschert. Mehr hatte und mehr wird Wolfgang Schüssel nie für die Zukunft anzubieten haben.
- Das Weltbild der FPÖ ist kein Wegweiser in eine sozial und demokratisch bestimmte Zukunft mit einer endlich zu erhoffenden historiographisch seriös und redlich aufgearbeiteten Vergangenheit.

Gesetzt den Fall, um zum Anlaßfall dieses Schreibens zurückzukommen, es stünde in Ihrer noch verbleibenden Amtszeit ein Staatsbesuch in der Bundesrepublik Deutschland auf dem Programm, würden Sie, sehr geehrter Herr Bundespräsident, unter der Annahme, daß es eine postume Verleihung gibt, auf Vorschlag des Außenministeriums einen Orden für den ehemaligen Reichskanzler mitnehmen, nur um Ihre protokollarische und diplomatische Pflicht zu erfüllen? Und wenn ja, fiel dann die Stellungnahme Ihres Pressesprechers in etwa so aus:

Die Personen, an die die Orden gingen, sind Magenschab zufolge vom Außenministerium ausgewählt worden. Die jeweilige Begründung dafür sei wohl im Statut für die Ehrungen zu finden. Der Präsident habe die Vorschläge gegengezeichnet. Aber: Wir konnten ja nicht wissen, dass die Erben des Reichskanzlers das zur Durchsetzung einer Volksabstimmung über die Umbenennung des Heldenplatzes benützen.

Es kann wohl davon ausgegangen werden, daß bald nach dem Ende Ihrer Amtszeit wir Untertanen uns an Ihren Memoiren erfreuen werden dürfen. Werden Sie dann, sehr geehrter Herr Dr. Klestil, für Ihre Beurteilung der Angelobung der Regierung ÖVP und FPÖ und der Unterzeichnung der Präambel durch Bundeskanzler a.D. Dr. Wolfgang Schüssel und Landeshauptmann a.D. Dr. Jörg Haider - auf Publikationen zurückgreifen, wie beispielsweise auf "Die Bundespolizei", Ausgabe 5/2002? In dieser Ausgabe schreibt Dr. Albin Dearing, Leiter der Abteilung V/2 und Vorsitzender des Präventionsbeirates im Bundesministerium für Inneres, unter dem Titel "Nationalsozialistische Wiederbetätigung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit" u.a.:

Die Verhinderung und Ahndung von rechtsextremen Straftaten ist ein wichtiger Teil der Arbeit der Sicherheitsexekutive. Denn diese hat über den (rechtlichen und moralischen) Grundkonsens der

Gesellschaft zu wachen und Angriffen auf diesen Konsens im Interesse des sozialen Friedens entgegenzutreten.

Dieses "völkische", an der deutschen Volksnation orientierte Denken ist ein (wenn nicht das) Kernelement der NS-Ideologie. Es richtet sich sowohl nach innen hin gegen jede Art von Individualismus als auch nach außen hin gegen jede kosmopolitische oder globale Ethik.

Oft werden die Juden als "Internationalisten" apostrophiert.

Aus der Sicht des Neonazismus in Österreich folgt aus der Orientierung am deutschen Volk die Ablehnung des österreichischen Staates als Nation, der als politische Fehlentwicklung ("Missgeburt") hingestellt wird.

Vielleicht sollten Sie diesen ausführlichen Artikel vor der nächsten Ordensverleihung und vor allem vor der nächsten Regierungsangelobung schon aufmerksam lesen.

Mit freundlichen Grüßen,

An Frau Maria Rauch-Kallat –
Erinnerungsblatt zur Nationalratswahl –
In der ÖVP nichts Neues

Freitag, 1. November 2002, 15.55 Uhr

Gnädige Frau,

können Sie der Ansicht etwas abgewinnen, daß nicht weiter mehr nach der Vorstellung, der "Bote" und nicht der "Verursacher" hat zurückzutreten, politisch gehandelt werden sollte? Und wenn Sie auch dieser Meinung sind - weshalb verlangen Sie dann von Dr. Peter Pilz den Rücktritt, der bloß einmal mehr auf das aufmerksam machte, was seit langem ohnehin bestens bekannt ist?

Seit meiner Zusammenfassung an Ihren Innenminister im Oktober 2001 hat sich an ihrer Politik für die ÖVP nichts Wesentliches verändert, und so kann ich hier einfach diese E-Mail auszugsweise mit der Frage an Sie wiederholen, ob Sie sich in der Eile bei Ihrer Aufforderung zum Rücktritt nur im Namen vergriffen haben und Sie diese eigentlich an ganz andere adressieren wollten:

· *für das ungehinderte Agieren-Lassen von Rechtsextremen im Internet:*

Mit meiner offenen Email vom 25. Juni 2001 an Ihre Vizekanzlerin, die auch an Sie, Herr Strasser, ergangen ist, habe ich auf »Wiener Nachrichten Online« aufmerksam gemacht. Heute, am 2. Oktober 2001, kann von »Wiener Nachrichten Online« immer noch bequem auf unzählige ausländische Homepages von rechtsextremistischen Vereinigungen zugegriffen werden, aber auch auf sehr viele Organisationen Ihrer Regierungspartnerin FPÖ.

· *für die aktive Unterstützung von Rechtsextremen:*

Förderung der einschlägig amtsbekanntenen Wochenzeitung »Zur Zeit« durch Steuergelder.

· *für das Belügen von Mitgliedern des Parlamentes der demokratischen Republik Österreich:*

Ihre Außenministerin Benita Ferrero-Waldner leugnet schriftlich, »Zur Zeit« weder zu kennen noch zu lesen, obgleich sie dieser Zeitung ein Interview gegeben hat.

Erstaunlich ist, gnädige Frau, wie feinnervig Sie auf Aussagen von Dr. Peter Pilz reagieren und wie gelassen und ohne Widerspruch hingegen Peter Westenthaler auf meine E-Mails vom 18. und 22. Dezember 2001, in denen ich u.a. schrieb:

Das käme aber einer Ihrer Bestätigung der diesbezüglichen Aussagen in meiner E-mail gleich und hieße u.a., daß ein Theoretiker des faschistischen Rassismus und Antisemitismus wie Julius Evola eine der Ideenquellen für die »dritte Republik« der Freiheitlichen Partei sei. Nennen Sie diese Satzinterpretation überzogen, berücksichtigen Sie aber dabei das Erstaunen darüber, daß Sie als Klubobmann einer Regierungspartei dem mit keinem Wort widersprachen, während Sie gleichzeitig aber sehr wohl meine Meinung, die Freiheitliche Partei betreibe eine Erpressungs- und Bedrohungspolitik als nicht nachvollziehbar zurückwiesen.

Sie machen sich, sehr geehrter Herr Westenthaler, um mit einem Ausdruck meines Erstaunens darüber zu schließen, die große Mühe, mir Auszüge aus Ihrem Parteiprogramm herauszusuchen, zu kopieren und schließlich zu senden, wo es doch gar keine Mühe gewesen wäre, mit bloß einem Satz sogar zeitsparend zu antworten, daß etwa ein Theoretiker eines faschistischen Rassismus und Antisemitismus wie Julius Evola keine Ideenquelle für die »dritte Republik« sei.

Darauf antwortete Ing. Peter Wesenthaler am 7. Jänner 2002:

Herzlichen Dank für Ihre Nachricht. Die Kolumne von Hans Rauscher habe ich gelesen.
Ich wünsche Ihnen für 2002 Alles Gute und viel Erfolg!
Vielleicht hören wir ja wieder voneinander!

Abschließend möchte ich das "Vielleicht hören wir ja wieder voneinander!" als gutes Omen für die Nationalratswahl nehmen: daß auch Sie nach dem 24. November 2002 keine Funktionärin einer Regierungsmehrheit, sondern bloß noch Funktionärin einer Partei sind!

Mit freundlichen Grüßen,

An die Telekom –
Erinnerungsblatt zur Nationalratswahl –
Homepage der »Nationaldemokratischen Partei Österreichs«

Samstag, 2. November 2002, 23.39 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren,

da das Innenministerium unter dem noch amtierenden Innenminister der ÖVP und FPÖ, Ernst Strasser, vollauf damit beschäftigt sein dürfte, für AsylantInnen eine seiner Auffassung nach im Wahlkampf gemäße Unterkunft zu finden, wende ich mich direkt an Sie.

Sind Sie als Provider damit einverstanden, daß auf dem von Ihnen zur Verfügung gestellten Speicherplatz diese "Nationaldemokratische Partei Österreichs" unter der Adresse "members.aon.at/npoe" u.a.

- die Wiedereinführung der Todesstrafe in Österreich,
- einen "dritten Weg" der deutschen Nationalisten für Europa,
- zum einen den Anschluß an Deutschland und ein "Neues Reich" fordern und zum anderen bereits so tun kann, als ob Österreich schon zu Deutschland gehörte (Österreich wird als "Bundesrepublik", der Nationalrat als "Bundestag" bezeichnet)?

Es wäre mir zwar möglich, Ihnen durch passende Zitate einen schon detaillierteren Einblick zu geben, aber ich möchte diese Ungeheuerlichkeiten nicht mit weiter verbreiten. Deshalb ersuche ich Sie freundlich, diese Homepage selbst und schneller als das o.a. Ressort zu prüfen unter Einbeziehung des entsprechenden in Österreich nach wie vor geltenden Verbotsgesetzes.

Mit freundlichen Grüßen,

An die Montanuniversität Leoben –
Erinnerungsblatt zur Nationalratswahl –
Weht die deutsche Fahne in Österreich
schon unter dem Schutz der ÖVP?

Sonntag, 3. November 2002, 14.11 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren,

da Funktionäre der ÖVP vollauf damit beschäftigt sein dürften, die von ihren politischen MitbewerberInnen menschengemäß auch parteilich motivierte Beurteilung ihrer Regierungszeit als "Entgleisungen" qualifizieren zu müssen und deren - wie Maria -Rauch-Kallat von Dr. Peter Pilz - Rücktritt zu verlangen, wende ich mich direkt an Sie.

Ich möchte an Sie die gleiche Frage stellen, die dem noch amtierenden Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel in einer offenen E-mail am 8. Mai 2002 schon gestellt wurde (dieser Frage ging bereits eine Information über die Homepage der Burschenschaft Leder per E-Mail am 29. November 2001, die ebenfalls u.a. auch an seinen Innenminister gesandt wurde, voraus):

Ob es anlässlich der Nationalratswahl 2003 noch die Homepage der Burschenschaft Leder geben wird, die u.a. die Geschichtsinterpretation eines Prof. Diwald anerkennt, der Auschwitz in Frage stellte, oder auch die Homepage der im April 2002 gegründeten NPÖ, welche u.a. die Republik Österreich als »Bundesrepublik« bezeichnet?

Sehen Sie es für eine österreichische Universität als vereinbar an, den elektronischen Schriftverkehr der Burschenschaft Leder über eine universitätseigene E-mail-Adresse ("leder@unileoben.ac.at") abwickeln zu lassen, die eine derartige Geschichtsinterpretation anerkennungswürdig befindet und die als ihr "Vaterland" Deutschland, anders können die Texte auf ihrer Homepage schwerlich interpretiert werden, und Österreich als ihr "Mutterland" anerkennt, somit Österreich nach dem Weltbild der Burschenschaft Leder wohl als der Nation Deutschland zugehörig? Nicht die österreichische Fahne weht unzählige Male auf der lederischen Homepage, sondern die deutsche Fahne - und dies mit einer kühnen Absicherungsinterpretation: "... und zu unserem rot-weiß-roten Mutterland Österreich mit seiner verfassungsgemäßen schwarz, roten und goldenen Farbsymbolik im Staatswappen".

Stellen Sie der Burschenschaft Leder auch den notwendigen Speicherplatz zur
Betreibung ihrer Homepage zur Verfügung? Und wenn ja, sehen Sie dies für
das Ansehen der Montanuniversität als dienlich und förderlich an?

Mit freundlichen Grüßen,

Von Herrn Rektor Dr. W. Pöhl –
Erinnerungsblatt zur Nationalratswahl –
Weht die deutsche Fahne in Österreich
schon unter dem Schutz der ÖVP?

Donnerstag, 7. November 2002, 13.50 Uhr

Sehr geehrter Herr Kraut!

Bezugnehmend auf Ihre E-Mail-Anfrage vom 3. November d.J. bedaure ich Ihnen mitteilen zu müssen, dass ich als Rektor der Montanuniversität Leoben keine Auskunft darüber erteilen kann, "ob es anlässlich der Nationalratswahl 2003 noch die Homepage der Burschenschaft Leder geben wird".

Die Burschenschaft Leder ist eine von der Montanuniversität Leoben unabhängige Vereinigung, die durch ihre eigenen Organe handelt und nach außen hin vertreten wird. Ich habe mir deshalb erlaubt, Ihre Anfrage zuständigkeitshalber an die Burschenschaft Leder weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen!

Dr. W. Pöhl, Rektor

An Herrn Rektor Dr. W. Pöhl –
Erinnerungsblatt zur Nationalratswahl –
Weht die deutsche Fahne in Österreich
schon unter dem Schutz der ÖVP?

Donnerstag, 7. November 2002, 18.15 Uhr

Sehr geehrter Herr Dr. Pöhl,

für Ihre Beantwortung einer von drei Fragen und für Ihre Weiterleitung meiner offenen E-Mail vom 3. November an die Burschenschaft Leder zur Beantwortung möchte ich Ihnen herzlich danken. Daraus ergeben sich aber, verzeihen Sie die Komplexität, wiederum mehr Fragen als nur eine.

Kann Ihre heutige E-mail tatsächlich in dem Sinne verstanden werden, daß Sie als Rektor der Montanuniversität Leoben das Beantworten von an Sie persönlich adressierten Fragen der Burschenschaft Leder überlassen, für Sie somit die Burschenschaft Leder die für die Montanuniversität Leoben zuständige Organisation ist?

Fallen die zwei Fragen, die ich Ihnen auch stellte und die von Ihnen unbeantwortet blieben, tatsächlich in den Zuständigkeitsbereich der Burschenschaft Leder?

Um es zu vereinfachen, möchte ich diese zwei Fragen hier noch einmal verkürzt wiederholen:

- Sehen Sie es für eine österreichische Universität als vereinbar an, den elektronischen Schriftverkehr der Burschenschaft Leder über eine universitätseigene E-mail-Adresse ("leder@unileoben.ac.at") abwickeln zu lassen, die eine derartige Geschichtsinterpretation anerkennungswürdig befindet?
- Stellen Sie der Burschenschaft Leder auch den notwendigen Speicherplatz zur Betreibung ihrer Homepage zur Verfügung - und wenn ja, sehen Sie dies für das Ansehen der Montanuniversität als dienlich und förderlich an?

Ihrer Antwort mit Interesse entgegensehend verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen,

An Herrn Dr. Wolfgang Schüssel –
Erinnerungsblatt zur Nationalratswahl –
»In Österreich wird das NS-Verbotsgesetz gegen einen kritischen
jüdischen Journalisten eingesetzt«

Samstag, 9. November 2002, 13.51 Uhr

Sehr geehrter Herr Grasser,

obgleich Ihre Partei nur noch ein paar Tage eine Regierungspartei sein und bei der bevorstehenden Nationalratswahl auf eine für eine Demokratie aushaltbare Größe von 0,5 bis maximal 3,9% Wahlstimmenanteil, so ist zu hoffen, reduziert werden wird, ist es dennoch notwendig, auf die von dem einen oder anderen Ihrer Parteifreunde gerne ins Spiel gebrachten "Weltverschwörung" einzugehen, und zwar nicht deshalb, weil es ein diskussionswürdiger Beitrag ist, sondern weil es konkrete Auswirkungen auf Menschen in Österreich haben kann und hat, und aufgrund der feststellbaren Kontinuität.

Es wird für uns Wähler und Wählerinnen von Interesse sein, von Ihnen, der seine Karriere in der Politik und wohl indirekt auch in der Wirtschaft (vulgo Frank Stronach) aufgrund seiner politischen Ämter der FPÖ zu verdanken hat, hierzu endlich Ihre konkrete ethisch-politische Position zu erfahren. Denn als Wähler der ÖVP möchte ich nicht ein Kuckucksei mit ausbrüten.

Die "Ostküste", die Ihr Förderer Dr. Jörg Haider diese Woche wieder einmal ins Spiel brachte, ist von Kärnten nur einen zeitgeschichtlichen Steinwurf entfernt: 1989 schrieb Kriemhild Trattinig im "Kärntner Grenzland-Jahrbuch 1989", für das damals Ihr am heutigen Tag wohl noch aktueller Parteiobmann Herbert Haupt die alleinige politische Verantwortung übernahm, schon über die "westliche Hochfinanz" in ihrem Artikel unter der Überschrift "Wer regiert in Österreich oder Kärnten". Im Schlußbefund des "Wissenschaftlergutachtens zum Grenzlandjahrbuch" in der "Forvm"-Ausgabe August/September 1989 ist u.a. zu lesen:

"In einigen Beiträgen finden sich drückende Belege expliziter rassistischer, antisemitischer, deutschnationaler sowie (z.T. auch früher) nationalsozialistischer Propagandasprache, Etikettierungen, Vorurteilsstrukturen und Feindbilder.

Relevante Konzepte und manipulative Techniken rechtsextremer Ideologie sind vertreten: Volksgemeinschaft, biologistisch-rassistisch akzentuierter integraler Nationalismus, Schaffung von Sündenböcken, Provozierung von Gruppenhaß und Ausgrenzung z.B. von Slowenen, Juden, Intellektuellen, Künstlern, Sozialisten, Kommunisten usw.; deutschnationales Geschichtsbild, Negierung der Ergebnisse der

wissenschaftlichen Zeitgeschichte und Politikwissenschaft zum Nationalsozialismus, Aufwertung und Verharmlosung faschistischen Gedankengutes, Legitimierung bzw. Verharmlosung von Kriegsverbrechen.

Einige Autoren zeigen in ihren Beiträgen besondere Affinität zu (para)nazistischer Sprache, Gedankengut und Geschichtsbewußtsein wie Kr. Trattnig, B. Petrei, J. Aichhorn, H. Flattner, A. Mölzer, bei einigen Autoren, wie NSDAP-Mitglied P. Petrei, dem Salzburger Bücherverbrenner K. Springenschmid, widerspiegelt sich ihre biographische Kontinuität in der Kontinuität ihrer Sprache und ihrem heute noch von ihnen vertretenen weltanschaulichen Positionen.

NS-Verklärung: Nirgends wird die Legitimität des NS-Regimes in Frage gestellt, dessen inhärent verbrecherischer Charakter angesprochen, nicht ein einziges Mal kommt die Seite der NS-Opfer in den Blick, statt dessen wuchern unreflektierte Heroisierung und Verklärung der Kriegsteilnehmer."

Wie konkret diese Weltdeutung einen Menschen in einem von ÖVP und FPÖ regierten Österreich des Jahres 2002 persönlich betreffen kann, soll Ihnen die folgende von Karl Pfeifer aktuell erstellte Zusammenfassung über seine Erfahrungen mit der österreichischen Justiz schildern:

In Österreich wird das NS-Verbotsgesetz gegen einen kritischen jüdischen Journalisten eingesetzt

Andreas Mölzer schrieb in einem Bettelbrief an die Bezieher von "Zur Zeit" im Februar 2001 u.a.: "Der langjährige Redakteur der Zeitschrift der israelitischen Kultusgemeinde Karl Pfeifer wurde aus Anlaß des Todes von Prof. Pfeifenberger in den Reihen jener Jagdgesellschaft geortet, die den konservativen Politikwissenschaftler in den Selbstmord getrieben hat. Gegen Pfeifenberger sollte bekanntlich ein Gerichtsverfahren wegen NS-Wiederbetätigung wegen seiner Aussagen im "Freiheitlichen Jahrbuch 1995" eröffnet werden.

Der jüdische Journalist Karl Pfeifer hatte dies als "Nazi-Töne" denunziert und damit die juristische Lawine gegen Pfeifenberger ausgelöst. Als Zur Zeit es wagte, dies aus Anlaß des Selbstmordes aufzuzeigen, klagte Pfeifer."

Das Oberlandesgericht Wien (18Bs 184/02) schließt sich dieser Argumentation an: Die Kernsätze im von Dr. Werner Rögglä Unterzeichneten Urteil - das im Oktober schriftlich vorlag - lauten: "Im gegenständlichen Fall hat der Privatankläger und Antragsteller [Karl Pfeifer] Prof. Pfeifenberger zunächst vorgeworfen, sein Artikel im "Freiheitlichen Jahrbuch" würde "Nazitöne" enthalten und er betreibe "die Verherrlichung der Volksgemeinschaft", was der Vorwurf nach § 3 VG ist. Dementsprechend scharf darf auch die Kritik an diesem Vorwurf (und deren Folgen) sein."

Ohne auf die rechtlichen Probleme dieses Urteil einzugehen, ist folgendes zu bemerken:

1) Der gleiche Richter Dr. Rögglä hat in seinem Urteil (Landesgericht für Strafsachen Wien, 1997, 9bE Vr 4166/95, Hv 2466/95) mit keinem Wort das Verbotsgesetz erwähnt, sondern u.a. festgestellt, "daß die vom Beschuldigten gezogenen Schlüsse aus dem Aufsatz

Prof. Dr. Werner Pfeifenbergers wahr sind." (S. 9) weiters "Die Bewertung des Beschuldigten hat sich (sogar) als wahr erwiesen... daß von Karl Pfeifer eine auf Tatsachen basierende zulässige Kritik geübt wurde."

2) Im Urteil des Handelsgerichtes Wien 1997 (Dr. Friedrich Heigl, 35 Cg 35/95a-21) heißt es: "Vor dem Hintergrund der Geschichte des 20. Jahrhunderts, ist es wichtig, den Anfängen zu wehren und Artikel wie jene des Klägers aufzuzeigen und zu kommentieren."

3) Das Oberlandesgericht Wien (18 Bs 7/98) hat sowohl den Freispruch des Handelsgerichts wie auch das des Landesgerichts für Strafsachen 1998 bestätigt.

4) Es ist nicht zu akzeptieren, dass in diesen drei Urteilen in der Sache Pfeifenberger gg Pfeifer kein einziges Mal das Verbotsgesetz erwähnt wird und nun Dr. Röggl dies heranzieht, um damit die Ablehnung der Berufung zu begründen. Auch hat Pfeifer in seiner Rezension (Die Gemeinde, 3. Feber 1995) das Verbotsgesetz nicht erwähnt, geschweige denn eine Anklage gefordert.

5) Offensichtlich haben weder das Landesgericht für Strafsachen, noch das Handelsgericht oder das OLG 1998 eine derartige Anklage gegen Dr. Pfeifenberger für erforderlich gehalten.

6) Karl Pfeifer schrieb in seiner Rezension folgenden Satz: "Freilich kann die Verherrlichung der "Volksgemeinschaft" durch Pfeifenberger auch als Vorbereitung für die "Dritte Republik" und die von Jörg Haider gewünschte "Abschaffung der repräsentativen Demokratie" gesehen werden." Wenn dieser Satz wirklich "der Vorwurf nach § 3 VG ist", dann ist die Frage zu stellen, weshalb Dr. Röggl diesen Satz in seinem Urteil 1997 nicht erwähnt hat.

Sind Sie, Herr Grasser, nicht ebenfalls der Ansicht, Karl Pfeifer müßte seine Zeit nicht auf österreichischen Gerichten zubringen, würde es einen "ordentlichen und anständigen" Umgang mit der Zeitgeschichte von allen auch in der FPÖ geben, die ja in anderen Bereichen gerne und oft "Ordnlichkeit und Anständigkeit" einfordern?

Da Sie für die FPÖ bereits seit 1992 in verantwortungsvollen Positionen tätig sind, ist von Ihnen, Herr Grasser, eine tatsächliche und seit zehn Jahren längst überfällige Klarstellung nicht nur verbal gefordert, sondern endlich auch durch Handlungen glaubwürdig zu machen. Eine gute Gelegenheit dazu wäre, in der Rechtssache Karl Pfeifer gegen Andreas Mölzer Herrn Pfeifer aktiv zu unterstützen, auch auf die Gefahr hin, daß Ihr neuer Förderer Sie dann nicht mehr als Finanzminister haben möchte, unterstützt doch diese von Dr. Wolfgang Schüssel stumm geführte Regierung, der auch Sie angehören, von Jahr zu Jahr mit mehr Steuergeld die Wochenzeitung "ZZ" von Andreas Mölzer.

Abschließend möchte ich mich bei allen Adressaten für die sich nun ein wenig gehäuften offenen E-mails entschuldigen, aber meines Erachtens ist es konstruktiver, vor der Nationalratswahl auch diese Fragen in bezug auf die Wählbarkeit von Dr. Wolfgang Schüssel und der von ihm geführten ÖVP

vorzubringen. Lassen Sie es mich bitte dennoch wissen, wenn ich Sie aus dem Verteiler nehmen soll; denn möglicherweise wird die eine oder andere offene E-Mail bis zum 24. November 2002 noch notwendig sein - dafür aber, so ist zu hoffen, danach keine mehr.

Mit freundlichen Grüßen,

An Herrn Rektor Dr. W. Pöhl
Erinnerungsblatt zur österreichischen Nationalratswahl - Weht die
deutsche Fahne in Österreich schon unter dem Schutz der ÖVP?

Wien, am 17. November 2002, 14.35 Uhr

Sehr geehrter Herr Dr. Pöhl,

für Ihre Beantwortung vom 15. November d. J. möchte ich Ihnen danken.

Mit dieser dem Gebot der Höflichkeit verpflichteten Danksagung wollte ich mich eigentlich begnügen, aber die aktuelle Meldung - Andreas Khol bemühe die Archive - sperrt wieder einmal die Bedenken über die Sinnhaftigkeit des Hinweisens auf den anderen Motiven als der Wahrheit dienenden Umgang mit der Vergangenheit in den Theorieraum; denn mit Ihrem "Erbringen von einem Mindestmaß an Gegenleistung" bewegen Sie sich in einem von ÖVP und FPÖ noch wenige Tage regierten Österreich in ehrwürdiger Gesellschaft von Organen des Bundes.

- Kann es für Sie tatsächlich rechtlich irrelevant sein, daß es von der Homepage der Burschenschaft Leder aus möglich ist, durch einfaches Anklicken des Namens "Helmut Diwald" direkt auf die Homepage von Hellmut Diwald in Deutschland zu gelangen, auf der u.a. zu lesen ist, daß es in Deutschland keine Vernichtungslager gegeben habe?
Kann es für Sie tatsächlich irrelevant sein, mit Ihrer "Gegenleistung" Steuergeld dafür zu verwenden, daß damit zumindest Beihilfe zu einer in Österreich nach wie vor widerrechtlichen Tat geleistet werden könnte?
Unter "Gegenleistung" verstehe ich Sach- und/oder Finanzleistungen, die Sie als Organ des Bundes wohl nur aus Steuergeld erbringen können.

In welcher "Tradition" die Burschenschaft Leder steht und in welche Netzwerke sie eingebunden ist, ist u.a. auch daran abzulesen, welche Geschichtsinterpretation sie anerkennt, wessen Bücher sie bewirbt und welche "Links nach Rechts" sie setzt. Aus dieser Gesamtschau stellt sich wiederum die Frage, ob dies tatsächlich für ein Organ des Bundes irrelevant sein kann:

- Heinrich von Srbik, Mitglied des Reichstages und der NSDAP und Präsident der Akademie der Wissenschaften, der am 27. April 1938 seine Vorlesung mit "Ein Volk! Ein Reich! Ein Führer!" schloß und in der er u.a. davon sprach, "daß der tausendjährige Traum der Deutschen Wirklichkeit

geworden, daß zu der geistigen Einheit nun auch die staatliche gekommen sei. Aufgabe des deutschen Österreichtums sei die Verpflichtung, mit eiserner Kraftanspannung dem Reiche zu dienen und so eine wertvolle Bereicherung des Gesamtdeutschtums zu sein."

- DDDr. Franz Scheidl, u.a. neben Hellmut Diwald einer der "Zeugen" von Gerd Honsik, daß es "keine Gaskammern" gegeben habe, hob in seinem Beitrag gegen die "Ausrottungsbehauptung" hervor, ein Sbrk-Schüler zu sein.
- Bücher über Kärnten und den "Kärntner Abwehrkampf" von Helmut Golowitsch, Andreas Mölzer, Otto Scrinzi.
- Links u.a. zu "Wiener Nachrichten Online", "Thule-Seminar", "Staatsbriefe".

Die eine oder andere Information zu o.a. Namen können Sie bei Interesse unter www.kdu.at (Menüpunkt Politik, offene E-Mails) einholen.

Abschließend möchte ich Sie freundlich ersuchen, mir nicht mehr zu schreiben, denn ich bin für die notwendigen Antworten der falsche Adressat. Darüber hinaus ist es nur noch beschämend, im Jahre 2002 noch derartige Fragen stellen zu müssen: nicht nur Ihnen, sondern in anderen, aber thematisch gleichen Zusammenhängen vor allem auch u.a. Wolfgang Schüssel, Andreas Khol, Ernst Strasser, Benita Ferrero-Waldner.

In der Hoffnung, Ihnen mit diesen Anmerkungen vielleicht doch einen Dienst erwiesen zu haben, und

mit freundlichen Grüßen,
Bernhard Kraut

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Ingrid.Karpf@notes.unileoben.ac.at

[mailto:Ingrid.Karpf@notes.unileoben.ac.at]

Gesendet: Freitag, 15. November 2002 09:09

An: Bernhard Kraut

Betreff: Antwort: Offene E-mail

Sehr geehrter Herr Kraut,

bezugnehmend auf Ihre Anfrage vom 7.11.d.J. (Email) erlaube ich mir, Ihnen Folgendes mitzuteilen:

Die studentischen Verbindungen an der Montanuniversität Leoben haben eine lange Tradition, sind doch viele Studierende und Absolventen unserer Universität auch Angehörige einer solchen Verbindung.

Bezugnehmend auf Ihre Fragen muss ich Ihnen leider mitteilen, dass es irrelevant ist, welche persönliche (subjektive) Meinung ich zur Burschenschaft Leder oder zu einer anderen studentischen Verbindungen und ihren Zielsetzungen habe: Als Organ des Bundes bin ich dem Gesetz verpflichtet, als solches habe ich den objektiven (und nicht den subjektiven), am jeweiligen Gesetz orientierten Willen zu ermitteln und zu vollziehen. Meine Entscheidungen müssen sachlich sein, dürfen also nicht von unsachlichen Motiven bestimmt sein. Dies zu überprüfen obliegt letzten Endes auch den Höchstgerichten.

Die studentischen Verbindungen leisten insgesamt direkt oder indirekt einen wesentlichen Beitrag zur Pflege der Kontakte der Universitäten zu ihren Absolventen. Insoweit ist es nur verständlich und sachlich gerechtfertigt, dass man selbst auch ein Mindestmaß an Gegenleistung erbringt.

Ich darf Ihnen bestätigen, dass ich gesetzwidrige Handlungen an der Montanuniversität Leoben nicht dulde. Sollte sich etwa eine studentische Verbindung außerhalb der geltenden Rechtsordnung bewegen, würde ich selbstverständlich die erforderlichen Maßnahmen ergreifen. Erfreulicherweise bestand jedoch bis heute dazu kein Anlass.

Glückauf!

Dr. W. Pöhl, Rektor

Sehr geehrte Frau Dr. Ferrero-Waldner,

eben haben Sie in der ORF-Sendung "Zeit im Bild 2" so herzhaft beteuert, noch **nie gelogen** zu haben.

Ich darf Sie an mein Schreiben vom 6. September 2001 an Sie mit zwei Zitaten daraus erinnern:

Aber daß Sie, die als gegenwärtige Außenministerin der demokratischen Republik Österreich dem Parlament verpflichtet ist, gegenüber einem Mitglied des österreichischen Nationalrates noch im Dezember 2000 schriftlich behaupten können, die Zeitschrift "Zur Zeit" nicht zu kennen und nicht zu lesen, obgleich Sie auch von mir die offenen E-Mails vom Oktober 2000 an Ihren Bundeskanzler Wolfgang Schüssel wie auch die in seinem Auftrag verfaßte Antwort vom November 2000 zugesandt bekamen, zeigt doch deutlich, welchen Stellenwert das Parlament und welchen Stellenwert die Menschen in diesem Land bei Ihnen einnehmen.

Andreas Mölzer kennt Ihren Namen, Frau Benita Ferrero-Waldner, sehr gut, denn in der Liste von "Zur Zeit" wird für die Ausgabe 06/1998 das mit Ihnen geführte Gespräch mit dem Titel "Unsere Neutralität ist eine militärische ausgewiesen.

Den gesamten Brief können Sie unter www.kdu.at - Politik - Politische Briefe nachlesen. Wenn Sie aber lieber in einem Buch blättern, so finden Sie diesen Brief in "Gefangen, auch im Erinnern" veröffentlicht.

Mehr ist dem nicht hinzuzufügen.

Mit freundlichen Grüßen,

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler der ÖFP,

es ist an der Zeit, daß ich mich bei Ihnen in aller Form entschuldige und Sie zur Ihrer Familie beglückwünsche.

Mit der heutigen Familienangelobung habe ich endlich verstanden, wie tief zu denken Sie imstande sind, aber auch, weshalb so lange auf eine neue Regierung gewartet werden mußte: Sie wollten schlicht die besten Familienköpfe. Und Sie haben sie instinktsicher gefunden:

Stellvertretend für Ihre Familie: der neue [Vizekanzler](#). Alfred Dallinger hätte sich wohl glücklich schätzen dürfen, hätte er vor seiner Berufung zum Sozialminister als Sekretär beim Mag. vet. Herbert Haupt in die Lehre gehen können. In Anbetracht der außerordentlichen Leistungen und der sozialen Kompetenzen vom neuen Vizekanzler Ihrer Familie als Sozialminister muß man auch einmal vergessen können, daß Ihr Vizekanzler vor ein paar Jahren die alleinige politische Verantwortung für das "Grenzlandjahrbuch" übernommen hatte, über das Wissenschaftler u.a. schrieben: "[In einigen Beiträgen finden sich drückende Belege expliziter rassistischer, antisemitischer, deutschnationaler sowie \(z.T. auch früher\) nationalsozialistischer Propagandasprache, Etikettierungen, Vorurteilsstrukturen und Feindbilder.](#)" Zusätzlich werden diese Wissenschaftler wohl falsche Schlüsse gezogen haben, hatten sie doch ohne Ihrem geförderten Vergangenheitsexperten, Andreas Mölzer (wessen Bruder ist er?), das Gutachten zu erstellen.

Abschließend auch für eine weitere Ihrer Leistungen meine Hochachtung: es gibt sicherlich keine besseren Objektivierungsverfahren -als die Posten mit Familienmitgliedern zu besetzen. Hier hat Mag. Herbert Haupt vielleicht noch ein wenig von Ihnen zu lernen. Und wenn er bald wieder mal eine Stelle in einer Versicherungsanstalt zu vergeben haben wird, wird er sicher eine Schwester finden, die nicht buchstabieren kann.

Mit freundlichen Grüßen,
Bernhard Kraut

Sehr geehrter Herr Van der Bellen,

da Sie nun, wie es aussieht, den alten Weg der österreichischen Realpolitik gänzlich beschreiten wollen, erlaube ich mir, Sie an Ihre eigenen Worte zu erinnern, auf daß Sie von Wolfgang Schweigen neben dem namensstiftenden parteipolitischen Instrument nicht noch weitere Werte nach und nach übernehmen.

Mit freundlichen Grüßen,
Bernhard Kraut

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Alexander Van der Bellen [mailto:alexander.vdbellen@gruene.at]

Gesendet: Dienstag, 4. Dezember 2001 12:09 **An:** kraut@web.de

Betreff: Re: Offene Email

Sehr geehrter Herr Kraut,
zum wiederholten Male bedanke ich mich für Ihre Zusendungen, deren letzte meines Erachtens die bisher interessanteste ist. Ich kann Ihnen versichern, dass mich Ihre Arbeit regelmäßig wieder daran erinnert, wie tief verstrickt Angehörige und SympathisantInnen der Regierungsparteien in die rechtsextremistische Szene sind. Und ich halte es auch hinsichtlich der tagespolitischen Arbeit für wichtig, diese Tatsache nie aus den Augen zu lassen.

Aus diesem Grund ersuche ich Sie, mich auch weiterhin in Sachen Blau-Schwarz und rechtsextrem mit Details am Laufenden zu halten.

Mit freundlichen Grüßen
A. Van der Bellen

Sehr geehrte Frau Petrovic,

wenn es für Sie einer "ideologischen Offenbarung" Ihres "Kollegen" Kohl, nämlich sein Lesen der "Zur Zeit" "im Plenum des Nationalrates", gleichkommt, womit wird Ihr Platznehmen auf der Regierungsbank neben Benita Ferrero-Waldner gleichzusetzen sein?

Abschließend bleibt nur zu hoffen, daß Ihre Antwort in bezug auf eine Schwarz-Grüne Regierung einst nicht so ausfallen wird wie Ihre auf meine Frage an Sie, weshalb Alexander Van der Bellen "Zur Zeit" ein Interview gegeben habe:

"Das Interview war ein böser Irrtum eines Mitarbeiters des Pressebüros, der intern ausführlich besprochen wurde und sich nicht wiederholen wird ! Nicht nur ich habe erheblich geschäumt !!!!! Ansonsten vielen dank + Grüße Madeleine Petrovic."

Mit freundlichen Grüßen,
Bernhard Kraut

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Madeleine Petrovic [<mailto:madeleine.petrovic@gruene.at>]

Gesendet: Donnerstag, 6. September 2001 11:12

An: Bernhard Kraut

Cc: lukas.wurz@gruene.at

Betreff: Re: Schriftverkehr mit der Außenministerin

Sehr geehrter Herr Kraut!

Selbstverständlich kann diese Information (angebliche Unkenntnis betr. "Zur Zeit" öffentlich verwendet werden (auch mit Namen). Diese Äußerung ist besonders bemerkenswert, weil die Frau Ministerin erstens dafür etwa einen MONAT (!) gebraucht hat und erst nach Urgenz überhaupt reagiert hat und weil das BMAA zweitens über eine eigene Stelle zur Beobachtung außenpolitisch relevanter Medienberichte verfügt - Frau Bundesministerin könnten also auch lesen lassen ! Wie minutiös die ÖVP das TATBLATT bzw alle als "links" vermuten Blättchen observiert, während verbale Untergriffe, Ausfälle und NS-Verharmlosungen in "Zur Zeit" offenbar nicht wahrgenommen oder wahrgenommen und gebilligt werden (KL Khol liest "Zur Zeit" bisweilen im Plenum des Nationalrats) kommt einer ideologischen Offenbarung gleich:

Beste Grüße

Madeleine Petrovic.

Sehr geehrte Frau Kroczek,

Ihr Schreiben fordert es heraus, darauf zu antworten.

Auch wenn Ihre Partei die Chuzpe, eine reformwillige Partei zu sein, sehr gut verkaufen kann, den tatsächlichen Willen zu Reformen besitzen die Grünen seit ihrer Gründung. Nicht zuletzt ist auch die ÖVP ein Grund dafür, daß jene, die seit zwanzig Jahren um die Notwendigkeit von Reformen wissen, außerhalb der verkrusteten Staatsbürokratie, der Ihr Wolfgang Schweigen seine Karriere verdankt und deren fleischgewordenes Zeichen er ist, sich organisieren mußten. Denn bei der ÖVP war in all den Jahrzehnten nur der Wille beispielsweise zum Proporz und zum Postenschacher bis heute zu erkennen. Und weiter ist bei der ÖVP bis zu heute bloß die Unkenntnis gesellschaftspolitischer Gegebenheiten und der Wille zu erkennen, mit ihren Werten einen christlich-nationalen Kerker errichten zu wollen. Ein schlagendes prominentes Beispiel, daß die ÖVP in gleich welchen politischen Bereichen keine nachhaltigen und visionären Antworten zu den Herausforderungen unserer Zeit hat, ist Ihr Andreas Khol, der seine mit Steuergeld hochfinanzierte Arbeitszeit auch dafür verschwendet, einen seit Ihrem Prälaten nicht mehr staatstragenden und staatswichtigen Begriff in eine mögliche neue Verfassung schreiben zu wollen: "Gott". Wie wenig zukunftsrelevant Ihr Andreas Khol ist, kann auch daran ermessen werden, welche Printmedien er beispielsweise trotz der ach so knappen Budgetmittel massiv gefördert sehen will, nämlich "Zur Zeit": eine Zeitschrift also, deren Druckdatum die einzige Verbindung zur Gegenwart darstellt.

Zu allererst muß die ÖVP ihren Reformwillen unter Beweis stellen, ehe sie in einem Fach berechtigt Noten verteilen kann, in dem die ÖVP selbst es bis jetzt bloß zur greisen Sitzenbleiberin gebracht hat.

Mit freundlichen Grüßen,
Bernhard Kraut

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Ursula.Kroczek@bp.oevp.at [<mailto:Ursula.Kroczek@bp.oevp.at>]

Gesendet: Mittwoch, 12. Februar 2003 09:28

An: 'Bernhard Kraut'

Betreff: AW: SCW Offene E-Mail an Madeleine Petrovic: Schwarz-Grüne Regierung in Österreich: ÖVP rechtes Korrektiv für die Grünen

Sehr geehrter Herr Kraut,

danke für Ihre email, in der Sie uns Ihre Korrespondenz mit den Grünen zur Kenntnis bringen. Es ist uns bewusst, dass eine mögliche Regierungsbildung für die grüne Partei eine qualitativ völlig neue Herausforderung ist. Wir halten es aber für richtig, dass sie sich dieser neuen Situation stellen und haben in den Gesprächen mit den Grünen Reformwillen und Mut zu gemeinsamen Entscheidungen erkennen können. Es ist damit aber noch keine endgültige Entscheidung gefallen, wie sich die Regierung zusammensetzen wird, aber ein wichtiger Schritt zur Bildung einer Bundesregierung.

Mit freundlichen Grüßen

Ursula Kroczek, Korrespondenz

ÖVP Bundespartei

Lichtenfelsgasse 7, A-1010 Wien

Ursula.Kroczek@bp.oevp.at

Topaktuelle Informationen finden Sie auf unserer homepage:

<http://www.oevp.at> >> abonnieren Sie unseren Newsletter!

Sehr geehrte Frau Petrovic,

Sie werden noch verstehen können, daß ich mich für Ihren Schimmelbrief, der eine "Antwort" aus dem Sekretariat von Alexander Van der Bellen ist, die ich bereits am 7. Februar 2003 erhielt, nicht wirklich bedanken kann.

Erstaunlich daran ist - und deshalb schreibe ich erneut an Sie -, wie gut und wie schnell Sie es verstehen, Ihren politischen Stil dem der ÖVP anzupassen, und also nichtssagend und den Fragen ausweichend reagieren können. Eines jedoch ist aus dieser Anpassung herauslesbar, nämlich Ihre Bereitschaft, auch Ihre Partei in die alte österreichische Realpolitik zu führen, für deren Überwindung bis vor kurzem noch die Grünen eine berechnete Hoffnung waren.

Erstaunlich daran ist auch, daß Sie in Ihrem Van-der-Bellen-Schimmelbrief mit Angstmache für Schwarz-Grün argumentieren; denn der Hinweis, daß ÖVP und SPÖ gemeinsam ein "radikal anderes Wahlrecht" beschließen könnten, kann doch nur so verstanden werden, daß diese zwei Parteien ein antidemokratisches Wahlrecht einzuführen beabsichtigen könnten. Aber wahrscheinlich verstehe ich das vollkommen falsch: Sie werden ja Ihrer zukünftigen Regierungspartnerin ÖVP nicht ein derartiges Begehren unterstellen können.

Erstaunlich ist auch, wie gut und wie schnell Sie es verstehen, die ÖVP von der FPÖ zu entkoppeln, Beweise für eine "andere" ÖVP zu finden, wozu Sie zwar die weite historische Reise in den ehemaligen Ostblock antreten mußten, um dafür wenigstens bei den Gesprächen von Erhard Busek mit Dissidenten fündig werden zu können.

Erstaunlich ist auch das Schweigen zu den heutigen Forderungen nach Zuwanderungsbeschränkungen von Werner Fasslabend.

Erstaunlich ist auch, woher Alexander Van der Bellen die Zuversicht nimmt, die Grünen könnten ein "liberales Korrektiv für die ÖVP" werden. Vielleicht mag diese Zuversicht auf eine jetzt nützliche Einschätzung der letzten drei Jahre basieren; aber die ÖVP ist nicht wegen ihrer Regierungspartnerin FPÖ so weit nach rechts gewandert. Vielmehr besteht Anlaß zu meinen, daß die ÖVP zum rechten Korrektiv für die Grünen wird.

Entlassen nicht auch Sie, sehr geehrte Frau Petrovic, die Historiographie der Zweiten Republik aus dem Dienst der Grünen. Zumal auch dies ein Parameter dafür wäre, daß die Grünen jetzt gewillt sind, Politik zugunsten der alten österreichischen Realpolitik aufzugeben.

Mit freundlichen Grüßen,
Bernhard Kraut

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: madeleine.petrovic@gruene.at

[<mailto:madeleine.petrovic@gruene.at>]

Gesendet: Montag, 10. Februar 2003 14:12

An: Bernhard Kraut

Betreff: Offene E-Mail an Madeleine Petrovic: Schriftverkehr mit der Außenministerin - Schwarz-Grüne Regierung in Österreich

Sehr geehrter Herr Kraut,

Eintritt in Verhandlungen bedeutet noch nicht, dass diese unbedingt zu einem positiven Ergebnis führen müssen. Ob sich letztlich ein Reformprojekt mit grüner Handschrift ergibt oder die Ergebnisse für

eine Regierungsbeteiligung nicht ausreichen hängt tatsächlich von den weiteren Verhandlungen ab.

Die anderen Varianten, nämlich schwarz-blau oder schwarz-rot (die mit einer Zweidrittelmehrheit im Parlament Verfassungsgesetze ändern oder ein radikal anderes Wahlrecht einführen kann), eine Minderheitsregierung oder Neuwahlen sind auch wenig anstrebenswert.

Wir verlangen sicherlich einen Politikwechsel der ÖVP, leicht werden die Verhandlungen sicherlich nicht und als Grünes Feigenblatt einer schwarzen Regierungspolitik werden wir uns sicher nicht zufrieden geben. Doch es lohnt sich, zumindest den Versuch zu starten, die politische Richtung der Republik mitzubestimmen.

Wäre von z. B. grüner Umweltschutz-, Frauen- oder Integrationspolitik etwas erkennbar, wäre das schon eine deutliche Akzentverschiebung gegenüber schwarz-blau der vergangenen Jahre, allein atmosphärisch würde eine schwarz-grüne Zusammensetzung vieles in diesem Land verändern.

Mit freundlichen Grüßen
Madeleine Petrovic

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: alexander.vdbellen@gruene.at

[<mailto:alexander.vdbellen@gruene.at>]

Gesendet: Freitag, 7. Februar 2003 12:35

An: Bernhard Kraut

Betreff: Re: AW: Offene E-Mail an Alexander Van der Bellen: Schwarz-Grüne Regierung in Österreich

Sehr geehrter Herr Kraut!

Vielen Dank für Ihre e-mail an Herrn Van der Bellen und Ihre Rückmeldung - ich hoffe Sie haben Verständnis dafür, dass Herr Van der Bellen diese derzeit nicht selbst beantworten kann, wir geben ihm aber ein "Gesamtstimmungsbild" weiter.

Anbei erlaube ich mir Ihnen den EBV-Beschluss zur näheren Information zuzusenden. Die Aufnahme von Regierungsverhandlungen wurde mit 21:8 Stimmen beschlossen.

Eintritt in Verhandlungen bedeutet noch nicht, dass diese unbedingt zu einem positiven Ergebnis führen müssen.

Ob sich letztlich ein Reformprojekt mit grüner Handschrift ergibt oder die Ergebnisse für eine Regierungsbeteiligung nicht ausreichen, hängt tatsächlich von den weiteren Verhandlungen ab. Wir finden, dass wir auf die anderen politischen Verhältnisse reagieren müssen und haben uns daher zu Verhandlungen entschlossen.

Wir können Ihre Besorgnis sehr gut verstehen, bitten Sie aber folgendes zu bedenken:

Die anderen Varianten, nämlich schwarz-blau oder schwarz-rot (die mit einer Zweidrittelmehrheit im Parlament Verfassungsgesetze ändern oder ein radikal anderes Wahlrecht einführen kann), eine Minderheitsregierung oder Neuwahlen sind auch wenig anstrebenswert.

Wir verlangen sicherlich einen Politikwechsel der ÖVP, leicht werden die Verhandlungen sicherlich nicht und als Grünes Feigenblatt einer schwarzen Regierungspolitik werden wir uns sicher nicht zufrieden geben. Doch es lohnt sich, zumindest den Versuch zu starten, die politische Richtung der Republik mitzubestimmen.

Wäre von z. B. grüner Umweltschutz-, Frauen- oder Integrationspolitik etwas erkennbar, wäre das schon eine deutliche Akzentverschiebung gegenüber schwarz-blau der vergangenen Jahre, allein atmosphärisch würde eine schwarz-grüne Zusammensetzung vieles in diesem Land verändern.

Mit freundlichen Grüßen
Christa Grumiller
Sekretariat, A. Van der Bellen

Sehr geehrter Herr Van der Bellen,

es waren keine "mahnenden Worte", sondern im Grunde einfach schon die Verabschiedung eines Stammwählers Ihrer Partei; denn der jetzt von Ihnen eingeschlagene Weg in die alte Realpolitik kann aus heutiger Sicht nur zum Ergebnis führen, daß Ihre Partei bei der nächsten Wahl höchstens - wenn überhaupt noch - mit den allergrößten Bauchschmerzen wählbar sein wird.

Eine schwarz-grüne Koalition ist nicht per se eine denkmögliche, aber eine zum gegenwärtigen Zeitpunkt politisch äußerst bedenkliche:

- Sie werden bloß mithelfen können, daß Wolfgang Schweigen (vulgo Schlüssel) weiterhin als Reformierender sich darstellen kann, obwohl das jahrzehntenlange Amtieren von Wolfgang Schweigen als Mithauptverantwortlicher auch Ursache für die jetzt als notwendig erachteten Reformen ist. Wolfgang Schweigen kann nicht reformieren, er versucht höchstens, die von ihm mitgetragenen Fehlleistungen und Versäumnisse zu vertuschen.
Wenn Sie seine parteipolitische Heimkarriere über die Folie mit den von den Grünen seit vielen Jahren vertretenen Standpunkten legen, kann Wolfgang Schweigen für Sie dann tatsächlich noch ein Partner und Garant für eine Erneuerung in gleich welchem (ökonomischen, ökologischen, sozialen, gesellschaftlichen, ...) politischen Bereich sein?
- Sie haben heute, sehr geehrter Herr Van der Bellen, die Formulierung "Schwamm drüber" verwendet. Sie werden für Herrn Schweigen der "Schwamm" werden, der für ihn all das unfreiwillig wegwischt, was Wolfgang Schweigen mit seiner Bildung einer Koalition mit der Freiheitlichen Partei angepatzt hat. Mehr muß hier, wie ich meine, nicht angeführt werden: es ist die Freiheitliche Partei bestens einschlägig bekannt, es ist das Verhalten von Herrn Schweigen und seiner Partei bestens bekannt, es ist die Subventionspolitik von ÖVP und FPÖ, über die sich einschlägig Amtsbekanntes wohl wie noch nie freuen durften, bestens bekannt.
- Sie werden als Mitglied einer Partei mit einer klaren Haltung zur Geschichte auf der Regierungsbank neben Benita Ferrero-Waldner Platz nehmen, die eine Lüge für eine Wochenzeitung, die den Nationalsozialismus zumindest gegengerechnet sehen möchte, in Österreich immer noch für opportuner hält als die unmißverständliche Aussage zu tätigen: Auschwitz ist nicht relativier- und verhandelbar.
- Sie werden als Mitglied einer als Solidargemeinschaft sich definierenden Partei auf der Regierungsbank neben einem Karlheinz Grasser Platz nehmen, der ausschließlich mit sich selbst (auffälligstes Symbol neuerdings dafür: Anstecknadel "KHG") solidarisch ist. Folgt man den Argumenten von Finanz- und Wirtschaftsexperten, liegt der Schluß sehr nahe, daß Karlheinz Grasser mit der "Null" nicht bloß einen attraktiven Werbeslogan kreierte, sondern gleich sich selbst mit aufs Beste charakterisierte hat.
- Sie werden als Mitglied einer der Partizipation das Wort redenden Partei neben Karlheinz Grasser auf der Regierungsbank Platz nehmen, der dem Kadavergehorsam frönt - anders kann seine Antwort auf eine Interviewfrage anlässlich seines kürzlichen Ausscheidens aus der Freiheitlichen Partei, ob er der ÖVP beitreten werde, nicht verstanden werden, nämlich: nein, er wolle seine wiedergewonnene Freiheit genießen.
- Sie riskieren auch, daß Ihre Partei ihre qualitative Unverwechselbarkeit verliert; denn bereits jetzt wird Ihre Partei auf das Niveau der Freiheitlichen Partei hinuntergezogen und mit dieser in bezug auf Regierungsfähigkeit verglichen ("Knittelfeld" versus "Spittelberg").

- Welche Leistungen hat die ÖVP gerade in der für die Grünen doch immer als wichtig kommunizierten Integration bis jetzt erbracht, die Anlaß sein könnten zu glauben, die ÖVP werde mit den Grünen an ihrer Seite eine tatsächliche Wende ihrer Integrationspolitik vollführen? Waren nicht Asylsuchende im letzten Herbst wegen Ernst Strasser auch Herbergssuchende? Und gab es nicht gerade in diesem Bereich erst vor kurzem eine sehr umstrittene und bedenkliche Postenbesetzung?
- Ist es bereits ein als das Schlimmste zu befürchtende Symbol, wie viele inhaltliche Positionen Ihre Partei gegen Regierungspositionen zu tauschen gewillt ist, zu sehen, wenn Eva Glawischnig bei einem Sondierungsgespräch mit Christlich-Sozialen ein großes Kreuz trägt?

Es ist menschengemäß anmaßend, Ihnen vorzuhalten, daß es Ihnen bei der letzten Nationalratswahl nicht gelungen ist, mehr herauszuholen - dafür aber jetzt bequem am Verhandlungstisch ernten wollen. Aber der Vorwurf kann den Grünen, aber auch den Sozialdemokraten, nicht erspart werden, daß beide Parteien diese einmalige Chance für enorme Stimmenzugewinne nicht hundertprozentig ergriffen haben; denken Sie nur an die daniederliegende Freiheitliche Partei mit den sicher nicht positiven Auswirkungen auf die Regierungsarbeit, wofür auch die ÖVP verantwortlich war wie auch für die vorverlegten Neuwahlen; an die hohe Steuerbelastung; an die Studiengebühren; an die Ambulanzgebühren; an die Abfangjäger; an Gesetzgebungspfuschereien und so fort.

Ich hoffe damit klargestellt zu haben, daß ich Ihnen keine "mahnenden Worte" geschrieben habe, sondern lediglich stenografisch Überlegungen zu aktuellen Vorkommnissen; die "mahnenden Worte" gehören den Pfarrern und den Christlich-Sozialen - unter die möchte ich mich nicht gereiht sehen.

Mit freundlichen Grüßen,
Bernhard Kraut

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: alexander.vdbellen@gruene.at [<mailto:alexander.vdbellen@gruene.at>]

Gesendet: Mittwoch, 5. Februar 2003 13:40

An: Bernhard Kraut

Betreff: Re: Offene E-mail an Alexander Van der Bellen: Schwarz-Grüne Regierung in Österreich

Sehr geehrter Herr Kraut!

Danke für Ihre e-mail - habe Ihre mahnenden Worte erhalten.

Mit freundlichen Grüßen

A. Van der Bellen

Sehr geehrter Herr Dr. Fischer,

ich beziehe mich auf Ihr freundliches und zustimmendes Schreiben vom 12. August 2002 zu meinen Anmerkungen zur "Ausgrenzung der FPÖ" in meiner offenen E-Mail vom 2. August des gleichen Jahres, die Dr. Alfred Gusenbauer ebenfalls zugesandt wurden.

Der Anlaß für meine offene E-Mail an Sie sind die von Dr. Alfred Gusenbauer in seinem aktuellen "Presse"-Interview geäußerten Ansichten über das "falsche Dogma Ausgrenzung" und über die Möglichkeit einer Koalition seiner Partei mit der FPÖ.

Menschgemäß müßte der Adressat Dr. Alfred Gusenbauer sein - aber allein der Gedanke, einem Parteivorsitzenden zu schreiben, der für sich den bequemsten und einfachsten Weg in das Kanzleramt sucht, lähmt.

Lähmend ist auch zu sehen, daß Dr. Alfred Gusenbauer die österreichische Tuchttradition ungeachtet der Zeitläufte beleben will, einzig wohl aus dem Grunde, weil ihm jegliche andere Vision fehlt, um Kanzler werden zu können.

Die Vorstellung, daß schon im nächsten Jahr ein Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer gemeinsam mit seinem Regierungspartner Dr. Jörg Haider israelische Staatsbürger nach Österreich einladen könnte, die in den "Wirren des Krieges ..." - der diesjährige Einladungstext aus Kärnten ist ohnehin bekannt -, kann doch für eine SPÖ der Zukunft nicht kompatibel sein. Dr. Alfred Gusenbauer würde dann aus regierungszusammenhaltstaktischen Gründen ein Dr. Wolfgang Schweigen werden und zusätzlich der Vorgänger von Dr. Franz Vranitzky, der als Bundeskanzler erstmals und endlich klare Worte zu den Verbrechen des Dritten Reiches öffentlich gefunden hat.

Als Angehöriger der Generation von Dr. Alfred Gusenbauer habe ich nun die vielleicht etwas seltsame Bitte an Sie, sehr geehrter Herr Dr. Fischer, erzählen Sie verstärkt Ihrem Parteivorsitzenden doch etwas von der Zeit, als die SPÖ zwar auch Strategien, aber vor allem Visionen hatte, mit denen sie große Wahlerfolge erzielen konnte. Möglicherweise ist es Dr. Alfred Gusenbauer dann gegeben, Anleihen aus der Vergangenheit für die Zukunft zu nehmen, zu den Strategien, die aber stark verbesserungswürdig sind, auch Visionen zu entwickeln, die den Menschen in diesem Land nutzen und nicht nur seiner persönlichen Lebensplanung.

Denn eine FPÖ in 2004 und den Folgejahren wird keine andere sein als die bekannte regierungsunfähige und -unwürdige, zumal auch die junge Generation in der FPÖ, die sich jetzt anschickt in Parteispitzenpositionen nachzurücken, die seit der Neugründung der FPÖ bestens beschriebene alte Generation ist.

Mit freundlichen Grüßen

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Bernhard Kraut [mailto:kraut@web.de]
Gesendet: Mittwoch, 10. April 2002 18:11
An: kv-roma@EUnet.at; c.turek@ikg-wien.at; thomas.klestil@hofburg.at
Betreff: Anfrage: Ehrenschatz für Buchpräsentation im Parlament am 26. April 2002

Sehr geehrter Herr Sarközi!
Sehr geehrter Herr Dr. Muzicant!
Sehr geehrter Herr Dr. Klestil!

Am Freitag, dem 26. April 2002 um 11.00 Uhr wird im Parlament mein Buch "Gefangen, auch im Erinnern" der Öffentlichkeit vorgestellt.

Ehe ich meine Anfrage an Sie richte, möchte ich kurz auf den Inhalt des Buches eingehen.

Dieses Buch versucht einen Beitrag zum Diskurs "Vergessen und Erinnern" zu leisten, wobei im Vordergrund die politische Gegenwart steht. Im Zentrum des Buches steht die Überlegung, die Zweite Republik noch einmal zu gründen als Symbol dafür, daß Österreich mit keiner anderen als mit einer sozialen und demokratischen Republik in die Zukunft gehen gewillt ist.

Am 27. April 1945, an einem Freitag, wurde die Österreichische Unabhängigkeitserklärung unterzeichnet, aber ohne Erwähnung und Einbeziehung der Menschen, die aus ihrer leidvollen Erfahrung heraus das Dritte Reich nur mit Mord, Vertreibung, Plünderung buchstabieren können. Im Rückblick auf die Aufarbeitung dieser Vergangenheit in Österreich kann es nur als Symbol gesehen werden, daß die Unterzeichnung in einer "arisierten" Villa mit dem bezeichnenden Namen "BlaimSCHEIN" stattfand.

Um gerade an diesem Tag ein weithin sichtbares Zeichen zu setzen für die Demokratie, für den Willen, eine tatsächlich antirassistische und antinationalistische Zweite Republik zu werden, wäre es meines Erachtens sehr passend, wenn Sie gemeinsam den Ehrenschatz für die Buchpräsentation übernehmen würden.

Mit dem höflichen Ersuchen, mir noch in dieser Woche Ihre Antworten zu übermitteln, möchte ich mich für die späte Anfrage entschuldigen, aber ich bekam erst heute die Terminbestätigung.

Zur Buchpräsentation selbst lade ich Sie herzlich ein und verbleibe

mit freundlichen Grüßen,